



publiz erhoben haben, wurden zur Teilnahme an Verhandlungen eingeladen, in denen die reichsständische Verfassung beraten und an denen Regierungsvertreter sich beteiligten. Und um den „Genossen“ diese Verfassungsvorlage mündlich zu machen, gestattete man sie derart, daß sogar Bebel als ihr Übersetzer im Plenum aufzutreten sich veranlaßt fühlte. So harmlos, wie der Reichskanzler die „positive“ Mitarbeit der Sozialdemokratie — selbstverständlich im guten Glauben — hinstellte, war sie nicht. Und wir können nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß das Experiment, die Sozialdemokratie zu solchen Verhandlungen mit Regierungsvertretern heranzuziehen, nicht wiederholt werden möchte. Was soll man im Falle von einem solchen Vorgehen denken, wie soll nach ein erfolgreicher Kampf die Sozialrevolutionäre geführt werden, wenn man sie im Reichstage umwirbt, um ein Verfassungsgesetz durchzubringen? Und wenn Regierungsvertreter mit ihnen gemeinsam beraten, um einen Modus für ihr „positives“ Mitwirken zu finden, — das ja im Grunde genommen immer nur darauf ausgeht, die Grundlagen unseres monarchischen Staatswesens zu untergraben —, was soll dabei für die Staatserhaltung herauskommen? Die triumphierenden Anklagen der Sozialistenpresse über den bedeutenden Erfolg der roten Fahne werden hoffentlich der Regierung die Augen öffnen.

Ohne Zweifel hat die sozialdemokratische Partei in dem Wahlsiege für Elsaß-Lothringen leider recht zugkräftigen Agitationsstoff gewonnen. Der „Vorwärts“ vertritt sich von der moralischen Wirkung des Sieges auf die Volksmassen sehr viel. Und so wird man sich wohl auf ein neues Aufflammen der sozialdemokratischen Wahlbewegung einstellen müssen. Die Sozialistenpresse ist der Meinung, daß die Reichstagsmehrheit, die den Reichsständen ein Wahlrecht gegeben hat, das sogar das Reichstagswahlrecht übertrifft, jetzt gar nicht mehr anders könne, als auch ferner noch zusammenzuwirken, um namentlich Preußen und Sachsen mit einem solchen Wahlrecht zu beglücken. Wenn man auch im roten Lager ersthaft solche Hoffnungen nicht hegt, so bezeichnen sie doch die Richtung, in der nun die Wahlrechtsagitationen — zweifellos mit fortschrittlich-jungliberaler Hilfe — sich bewegen werden.

Inwieweit sie werden sich auf ein neues Aufflammen unserer Wahlrechtsbewegung einrichten müssen und wie glauben, das Gisse wird geschmiedet werden, solange es heiß ist. Nicht auf parlamentarische Konstellationen rechnen wir dabei, wohl aber auf den fest entschlossenen Willen des preussischen Volkes. In ganz Süddeutschland herrscht das gleiche Recht, das Reichsland hat es bekommen, soll es uns allein denn noch länger verweigern bleiben? Schier allzulange haben die herrschenden Junker im Dreiklassenhaufe unseren Mahnruf nicht gehört. Es ist Zeit, sie daran zu erinnern, daß auch in Preußen der Stillstand ein Ende haben, daß vorwärts gegangen werden muß. Und deshalb:

Keine Ruhe in Preußen, bevor das gleiche Wahlrecht gewonnen ist!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Mai 1911.

### Abermals die Mutterschaftsversicherung.

Aus dem Reichstage, 20. Mai. Der Entrechtungsblock hatte es sich so schön zurecht gelegt, daß mit der ganzen Versicherungsordnung doch wenigstens am Montag Schluß gemacht werden sollte, nachdem der Plan, in einer Sitzung am Sonnabend die ganze dritte Lesung durchzuputtschen, mißglückt war. Aber auch am Montag ist das geplante Mehrheitsvotum auf eine sachgemäße Beratung nicht gelungen. Einige Paragraphen führten zu gründlichen und sehr erregten Auseinandersetzungen. Die wichtigste derselben, über die Mutterschaftsversicherung, wurde durch die Arbeiterfraktion der Mehrheitsparteien herbeigeführt.

Vorher kam es noch zu einer scharfen Polemik beim § 144 über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beim Versäumen einer Verfahrensfrist. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß bei Fristversäumnis jeder Geschädigte die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand immer verlangen kann, wenn er nachweist, daß die Versäumnis unverschuldet war. Genosse Stadthagen begründete diesen Antrag mit reichem Beweismaterial aus der Praxis. Als der Direktor Caspar dem mit dem Einwand begegnete, so etwas lasse sich wohl in der Strafpraxis festlegen, nicht aber in der Zivilpraxis oder beim Verfahren auf Grund der Reichsversicherungsordnung, da hier die gleichberechtigten Interessen zweier Parteien sich gegenüberstünden, entgegnete Stadthagen treffend, daß damit versucht werde, die unverschuldete Notlage des Arbeiters zu seinen Ungunsten auszubuten. Natürlich wurde der sozialdemokratische Antrag von dem Entrechtungsblock abgelehnt.

Ausgebehnter noch wurde der Kampf um die Krankenversicherung der Privatangestellten. In zweiter Lesung war als Grenze der Versicherungspflicht ein Gehalt von 2000 Mark festgesetzt worden. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Grenze wenigstens auf 3000 Mark zu erhöhen. Die Mehrheit hatte der Beschwerde der Angestellten wenigstens insofern Rechnung getragen, daß sie 2500 Mark als Grenze beantragte. Für diesen Mehrheitsantrag sprach der in Jümmenstadt neu-gewählte nationalliberale Abgeordnete Thoma. Der sozialdemokratische Antrag wurde vom Genossen Hoch begründet; für die Freisinnigen sprach der Abgeordnete Potthoff die Zustimmung aus; doch stellte sich heraus, daß er nur für einen Teil seiner Partei geredet hatte, denn Herr Mugdan legte sich mit Eifer gegen den Antrag und sogar gegen die Erhöhung auf 2500 M. vom ärztlichen Standpunkt aus ins Zeug, weil dadurch den Ärzten zu viel zahlungsfähige Patienten entzogen würden. Gegenüber diesem beschränkten Jümmenstandpunkt nahm sich Genosse Wollenbuhr warm der Interessen der Privatbeamten an. Schließlich wurde nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags die Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 2500 Mark angenommen.

Für die Regelung des Wöchnerinnenschutzes lagen zwei Anträge vor: ein freisinniger auf obligatorische Gewährung von Hebammendiensten und ärztlicher Geburtshilfe sowie ein Antrag Schulz, das heißt der Kompromißpartei, der auf eine Verschlechterung der an sich ungenügenden Kommissionsfassung herauskommt. Er will nämlich den Landfrankenkassen das Recht einräumen, den Bezug der Wöchengerelder bis auf vier Wochen herabzusetzen. Gegen die geplante Schädigung der armen Landarbeiterinnen protestierte Genosse David mit warmen Worten. Er appellierte, da alle anderen Gründe bei der Mehrheit kein Gehör gefunden hatten, schließlich an das Mütterlichkeitsgefühl gegenüber dem schwächeren Geschlecht. Der freisinnige Abg. Begler unterstützte das kräftig auf Grund seiner langjährigen Erfahrung als Landmann. Als er bei Schluß seiner Rede durch die Rechte obendrein verhöhnt wurde, ergriff Genosse Bebel das

Wort, um in einer von tiefer Entrüstung bebenden Rede dieses Gebahren und die Schamlosigkeit des ganzen Antrages zu brandmarken. Rummel verjagte die Herren v. Camp (Mp.), Jrl (Z.) und Horn (nat.) sich zu rechtfertigen. Sie gaben sich aber derartige Blößen, daß Bebel, David und Begler durch abermalige Ausführungen das geplante Unrecht noch gründlicher nachweisen und seine Urheber noch mehr blamieren konnten.

Indes auch gegen die Bestrebungen für einen besseren Wöchnerinnen- und Säuglingschutz hielt der Entrechtungsblock zusammen. Der Verschlechterungsantrag Schulz wurde in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 119 Stimmen angenommen.

Bis 8 Uhr abends zog sich dann die neunstündige Sitzung hin. Beendet wurde noch das zweite Buch (Krankenversicherung). Morgen soll um 10 Uhr die Weiterberatung beginnen.

### Ferienstimmung.

Die große Mehrheit der preussischen „Volksvertreter“ ist bereits in die Ferien gegangen, kaum 50 Abgeordnete hielten es für erforderlich, ihrer Pflicht nachzukommen, obwohl die Fragen, mit denen das Haus sich noch zu beschäftigen hat, durchaus nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Am Montag gelangte zunächst gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler der Gesewentwurf betr. die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts in zweiter und dritter Lesung zur Annahme. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat Liebknecht, der als einzig gangbaren Weg zur Erreichung des Ziels der Vorlage eine Vermehrung der Richterstellen und die Uebertragung einer Anzahl Materien an die ordentliche Gerichtsbarkeit bezog.

Auch mit dem Gesewentwurf über die Postgesellschaften, der hierauf vom Hause verabschiedet wurde, konnten sich die Sozialdemokraten, in deren Reihen Liebknecht die fiskalischen Tendenzen dieser Vorlage bekämpfte, nicht einverstanden erklären. Treffend wies unser Redner nach, wie eine Regierung, die selbst die Spielbank fördert, kein Recht hat, Befehle gegen die Ausbuchtung der Spielbank zu erlassen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung eines Antrages Pitta (Z.) betreffend die Uebertragung des Rechtes zur Ausschufung und Gewinnung der Steinohle an andere Personen. Doch ausgerechnet Herr Pitta, der langjährige Generaldirektor der fürstlich Donnermarschischen Verwaltung, diesen Antrag begründete, ist wohl nur ein Zufall. Genosse Hoffmann bekämpfte den Antrag als ersten Schritt der weiteren Auslieferung von Bergwerken an Privats, aber die Mehrheit dachte anders, sie gab ihm ihre Zustimmung.

Endlich beriet das Haus noch zahlreiche Petitionen, die die verschiedensten Materien betreffen und die, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, unseren Genossen Gelegenheit gaben, in die Debatten einzugreifen.

Dienstag: Sekundärbahnvorlage in zweiter Lesung.

### Ein Appell an die reichsständischen Genossen.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens hat gleich nach Annahme des Verfassungsgesetzes folgenden Aufruf erlassen:

#### Parteilosen!

Die Entscheidung über die elsass-lothringische Verfassungsvorlage ist gefallen! Am Freitag hat der deutsche Reichstag den Beschlüssen seiner Kommission zugestimmt. Mit großer Mehrheit gelangte die Vorlage zur Annahme. Zu dieser Mehrheit gehörte auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Auch sie hat der Vorlage zugestimmt. Sie tat das in der Erwägung, daß die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Elsaß-Lothringen im Hinblick auf die allgemeine politische Situation einen derart großen Fortschritt bedeute, daß demgegenüber die grundsätzlichen Bedenken gegen die Errichtung der ersten Kammer, gegen die Verkörperung des Vetorechts an den deutschen Kaiser als elsass-lothringischen Landesherren zurücktreten müßten. Wir teilen diese Auffassung nicht, aber wir begreifen sie durchaus! Angesichts der verzweifelten Lage, die mit dem reaktionären Junkertum verbündeten elsass-lothringischen Zentrümern und angesichts des Umstandes, daß durch das Eintreten unserer Fraktion für die Vorlage außer einer Reihe anderer Verbesserungen das Pluralwahlrecht zu Fall gebracht und das gleiche Wahlrecht an dessen Stelle gesetzt wurde, läßt sich das unter Vorbehalt abgegebene zustimmende Votum unserer Fraktion erklären und rechtfertigen. Es liegt uns deshalb fern, als irgend welche Vorwürfe gegen unsere Vertreter im Reichstage zu erheben. Wir erkennen im Gegenteil gerne an, daß sie alles getan haben, was sie tun konnten, um dem elsass-lothringischen Volke die ihm zustehenden Rechte und Freiheiten zu verschaffen. Wenn es nicht gelungen ist, die Autonomie unseres Landes durchzusetzen, wenn die Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts beschwert wurde durch Anknüpfung an den Reichstag, so ist das in erster Linie auf die Rückständigkeit unserer Regierung, in letzter Linie auf die rückständige Haltung der bürgerlichen Parteien zurückzuführen. Die Reaktion triumphiert im Reichstage. Dort gilt es einzusetzen! Dafür zu sorgen, daß die reaktionären Parteien im Reichstage bezimert, dafür zu sorgen, daß wahre und richtige, fortschrittlich und freiheitlich genante Volksvertreter in den deutschen Reichstag eingehen, das soll unsere erste und vornehmste Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten sein.

Aber noch eine andere Aufgabe obliegt uns! Binnen wenigen Monaten — vielleicht schon im August, spätestens aber im September — finden in Elsaß-Lothringen die Wahlen zum Landtage statt. Da heißt es für die Parteigenossen in Stadt und Land, auf dem Posten zu sein. Alle Vorbeurteilungen müssen gestrichen werden, damit am Tage der Verkündung des Wahlergebnisses unsere Partei die Wahlmacht sofort eröffnet werden kann.

Parteilosen! Seid daher unablässig tätig! Arbeit, wirtet, schafft, agitiert und organisiert! Werbet neue Anhänger unserer Sache, werbet neue Leser für die Parteipresse! Der Reichstag hat uns ein neues Kampffeld eröffnet. Er hat uns eine neue Waffe in die Hand gedrückt. Zeigen wir, daß wir dieselbe zu handhaben wissen! Zeigen wir, daß wir zu kämpfen verstehen, zu kämpfen für das ausgebeutete Proletariat, zu kämpfen für das unterdrückte, immer noch seiner Freiheiten beraubte elsass-lothringische Volk.

Der Landesvorstand.

Der Aufruf zeigt, daß unsre elsässischen Genossen mit echt proletarischer Schlagfertigkeit die neue, durch das Verfassungsgesetz gegebene Situation anzunehmen bereit sind. Wenn auch nicht alle ihre Wünsche erfüllt wurden, so lassen sie doch keinen Zweifel darüber, daß sie für die kommenden Wahlen zur zweiten Kammer geschlossen in den Kampf ziehen werden. Möge es ihnen gelingen, dem arbeitenden Volke der Reichslande im neuen Parlament die Geltung zu verschaffen, die ihm gebührt, um auch hier der Demokratie und dem Sozialismus mehr und mehr Terrain zu erobern.

### Die Ostmarken-Demonstration.

über die wir bereits in der Sonntagsnummer berichtet haben, fand ihre Fortsetzung in einer großen Versammlung unter freiem Himmel in Posen, zu der 20 000 Menschen zusammengetrömt waren. Die Führer des Ostmarkenvereins hielten

Ansprachen, in denen sie die rückwärtslose Fortsetzung des Kampfes gegen das Votum proklamierten.

Stürmischen Beifall fand ein Antworttelegramm des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, das ein Telegramm des Gesamtvereins des Ostmarkenvereins vom Tage zuvor beantwortete und folgenden Wortlaut hatte:

„Dem Ostmarkenverein danke ich bestens für die freundlichen Grüße vom Deutschen Tage in Posen. Ich freue mich, daß die Ostmarken durch die aus der Luft gegriffenen Gerüchte über einen angeblichen Wechsel in der Ostmarkenpolitik der Regierung sich nicht beirren lassen und gefonnen sind, in Einigkeit und Hand in Hand mit der Regierung auf dem alten Wege fortzuschreiten. Nunquam retrorsum. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.“

Die Fatalisten deuten also das Nunquam retrorsum so, als sei es das Bekenntnis zur Bülowischen Antifranzosenpolitik. Die „Kreuzzeitung“ allerdings kommentiert das Wort Bethmann Hollwegs ein wenig anders:

„Nunquam retrorsum!“ Dieses Telegramm wurde auf dem der Ausschüttung folgenden „Deutschen Tage“ unter lebhaftem Beifall der außerordentlich zahlreichen Versammlung verlesen. Es enthält eine feine Kritik des beanstandeten Vorgehens der „Ostmark“. Denn ihr Artikel stellte ja gerade einen Wandel in der Durchführung der Ostmarkenpolitik als Tatsache hin. Aus dem Kanzlertelegramm aber geht auch hervor, daß die Staatsregierung in Bezug auf die Weiterführung der Polenpolitik vollkommen einig ist. Und damit wird sich wohl für jetzt auch der Ostmarkenverein zufrieden geben müssen.“

Das konservative Organ rückt damit deutlich genug von dem Ostmarkenverein ab. Auch legt es ausdrücklich Verwahrung dagegen ein, daß am Sonnabend ein Ostmarkenredner erklärt habe, der Wille des Volkes werde den Landwirtschaftsminister beiseiten und „einen Mann mit steifem Rückgrat und einem festen Willen“ durchsetzen. Der Volkswille habe mit der Verabschiedung und der Ernennung von Ministern absolut nichts zu tun, das sei lediglich das Recht der Krone.

Wir halten deshalb auch trotz der Ostmarkendemonstration, die schließlich nichts war als eine lärmende Rückzugskanonade, das Gerücht für unbegründet, daß sich der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer mit Rücktrittsgedanken trage. Nicht die 20 000 Anwesenden und Beamten, die in Posen demonstrierten, werden ja von der Regierung als zu respektierende Macht betrachtet, sondern die 20 000 preussischen Junker. Und diese haben ja an der Posenpolitik des Herrn v. Schorlemer nichts auszusehen!

### Auf den Scheiterhaufen!

Die Zentrumspresse fährt fort, diejenigen Abgeordneten ihrer Partei, die bei den Abstimmungen über das Feuerbestattungsgesetz fehlten, durch Veröffentlichung ihrer Namen und entsprechende Glossierung ihres Verhaltens der Rache der ausgeputzten Parteigenossen zu denutzieren. Die „Germania“ geht, angeblich entrüstet, Anfragen aus dem Leserkreise folgend, mit gutem Beispiel voran, und auch die Provinzpresse empfiehlt die Wisseläter angelegentlich dem Strafgericht ihrer Wähler. Vergebens suchen sich einzelne der denutzerten Abgeordneten durch dringliche Abhaltung zu entschuldigen. So teilt der Abg. Schmedding dem „Beifal. Merkur“ mit, daß er während der zweiten Lesung einer wichtigen Kommissionsitzung hätte betreten müssen. Während der dritten Lesung habe er in Posen zu tun gehabt. Doch habe er, um seine Partei vor Schäden zu bewahren, mit einem nationalliberalen Abgeordneten vereinbart, daß auch er der Abstimmung fernbleibe. Der „Beifal. Merkur“ will aber „dies wohl einzig im parlamentarischen Leben dastehende Abkommen des Abgeordneten Schmedding“ nicht gelten lassen! Die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz zieht sogar den polnischen Abgeordneten Kapiba zur Rechenschaft, weil er am 19. und 20. Mai ohne Entschuldigung gefehlt habe.

Dies Vorgehen gegen alte und verdienten Zentrumsmitglieder, wie Herrn Schmedding, beweist jedenfalls, daß das Zentrum mit rückwärtsloser Energie vorgehen kann, wenn es sich um kirchliche Interessen handelt. Bei der Vertretung von Volksinteressen, wie z. B. der Wahlrechtsfrage, offenbar es dafür eine um so ärgerere Feigheit und Rückgratlosigkeit!

### Gegen die Reichsversicherungsordnung.

Ein Parteitag der anhaltischen Volkspartei, der am Sonntag in Dessau tagte, richtete ein Telegramm an den Abgeordneten Schrader, das diesen bittet, gegen die Reichsversicherungsordnung zu stimmen, da die reaktionären Bestimmungen darin überwiegen.

Zu einem ablehnenden Votum kommt auch die konservative „Schlesische Zeitung“. In einem umfangreichen Leitartikel, der die ganze erste Seite umfaßt und überliefert ist „Ein Wendepunkt“, heißt es:

„Wer mit dem Gegenstande einigermaßen vertraut und nicht mit der für unsere lathedonistischen Volksglieder kennzeichnenden Utopie gefaschelt ist, wird nicht umhin können, sich gegen die Reichsversicherungsordnung zu erklären.“

Im weiteren wird dann auseinandergesetzt, daß alle die Erwartungen, die man in konservativen und in Unternehmerkreisen auf eine Reform der Versicherungsgesetze gesetzt habe, unerfüllt geblieben seien. Eine Vereinfachung der Organisation sei nicht eingetreten, die Kosten hätten sich erhöht statt vermindert und eine Menge anderer Schäden seien in der Versicherungsordnung enthalten, die die geringen Fortschritte wesentlich überwiegen. Die Regierung kenne die Mängel ihres Werkes zweifellos selbst, aber die trüben Aussichten für die politische Zukunft ließen sie an der Vorlage festhalten.

Der Artikel kommt zu dem Schluß: „Weser mit leeren Händen vor die Wähler treten, als mit einer so gefährlichen Gabe wie die Reichsversicherungsordnung.“

### Ein Polizeidespot, der über die Polizeimoralisperte.

Ueber eine sensationelle Affäre wird uns aus Eberfeld berichtet: Bis vor etwa zwei Jahren war das hiesige Parteiorgan, die „Freie Presse“, welches über allerbund Polizeistandale berichtet hatte, Gegenstand heftiger richterlicher Verfolgungen. In der Hauptsache war es ein großer Polizeiprozess, dessen Verhandlungen etwa eine Woche Zeit in Anspruch nahmen und in dem, durch über hundert Zeugen bewiesen, die unglücklichen Dinge zur Sprache kamen. Nichtsdestoweniger vermochte es der damalige Polizeidezernent Herr Pfeiffer, der in dem Prozeß die Regie führte, diesen Zeugen, die sich ungerufen gemeldet hatten, ihre eigenen traurigen Erfahrungen vor Gericht mit dem Eide zu belegen, so viel Polizeibeamtenteile entgegenzusetzen, daß die Verurteilung unseres Genossen Dölar Hoffmann als verantwortlichen Redakteur zu zwei Monaten Gefängnis ergiebt wurde. Dieser Prozeß und dergleichen andere, die Herr Pfeiffer gegen die „Freie Presse“ angezettelt hatte und die beweisen sollten, daß bei der Überfelder Polizei alles in bester Ordnung sei, erregten das größte Aufsehen und in weitesten Kreisen Erbitterung. Kurz darauf

Legte Herr Pfeiffer das Polizeidekret nieder und übernahm das Steuerwesen und die Bearbeitung der Kommunal-Personalien. Trotz der Beurteilung unfreies Genossen Hoffmann und trotz der gerichtlichen Feststellung, daß sich die Polizei keine Uebergriffe erlauben dürfe, wurden die fürs Publikum heilsamen Folgen dieser Prozesse bald bemerkt. Auch der ganze Kurs der kommunalen Verwaltungspolitik hat sich wesentlich zum Besseren gewendet, als vor bald zwei Jahren über die Trümmer des Elberfelder Stadtratspartells hinweg unsere Genossen zum ersten Male vier Vertreter als erste Male ins Stadtparlament schickten. Unter diesen die Genossen Rechtsanwalt Landé und Redakteur Hoffmann.

Vor etwa Monatsfrist wurden nun wieder allerhand Polizeifälle in publik. Die Kriminalpolizei hatte auf Grund anonymer Denunziationen ein anständiges Mädchen gewaltsam vom Polizeiarzt untersuchen lassen. Die „Freie Presse“ schilderte den Vorgang und auch ein Teil der bürgerlichen Presse forderte Aufklärung von der Verwaltung. Nach Verlauf einer Woche ließ der Polizeidezernent dann eine „Erläuterung“ folgen, die selbst in bürgerlichen Kreisen allgemeines Befremden hervorrief. Namentlich die philosophischen Betrachtungen der Polizeiverwaltung über den Begriff bürgerlicher Moral und „daß ein Mädchen dann schon Unzucht treibe, wenn es sich, ohne Geld dafür zu nehmen, in geschlechtlichen Verkehr einlasse“, worauf man darauf exemplifizierte, daß das betr. Mädchen von einem früheren Verhältnis schon ein Kind habe, um dadurch das Tun der Kriminalpolizei zu rechtfertigen, veranlaßten die sozialdemokratische Fraktion auf dem Rathause, eine Interpellation in dieser Sache einzubringen. Genosse Hoffmann begründete die Interpellation und erwähnte dann am Schlusse, daß die Kriminalpolizei mandamental auch anders könne. Uns sei eine Sache bekannt, wo sich der Kriminalwachmeister Eslein im Interesse eines hohen Kommunalbeamten dazu hergegeben habe, die gerichtlichen Folgen eines verübten Ehebruchs in einem schwebenden Ehecheidungsprozeß zu hintertreiben. Und dergleichen Beamte, um den es sich hier handle, sei der sogenannte „erste Beigeordnete“ der Stadt Elberfeld, Herr Pfeiffer!

Dadurch war durch die Veranlassung der Elberfelder Polizeiverwaltung die schon seit fast einem Jahre ruckbar gewordene Pfeiffer-Affäre ins Rollen gekommen. Eigentlich wider Willen unserer Partei, die auch bei dem schärfsten Gegner mit persönlichen Angelegenheiten, was schließlich selbst ein Ehebruch eines Beigeordneten auch ist, keine Geschäfte macht. Aber es bestand auch kein Anlaß, deswegen die sonderbare Moral der Polizei nicht an diesem charakteristischen Falle des Kriminalwachmeisters Eslein, mit dem nun einmal — o Ironie des Schicksals! — gerade Herr Pfeiffer Zusammenhang, nicht zu erwähnen.

Herr Pfeiffer, der in der betreffenden Stadtverordnetenversammlung die Oberbürgermeisters den Vorstoß führte, schleuderte dem Genossen Hoffmann einige Insulten ins Gesicht und nannte sein Vorgehen eine unerhörte Dreistigkeit. Als dann das amtliche stenographische Protokoll erschien, hatte Herr Pfeiffer es total unredigiert, und zwar in dem Sinne, daß er in seine Ausführungen eine wahre Kanonade von Schimpfwörtern schwarzen Kalibers verflocht, die er gar nicht gesagt hatte, um vielleicht durch Schnelligkeit zu imponieren. Dann ließ er am nächsten Tage nach der Stadtverordnetenversammlung den Stadtverordneten ein Schreiben zu gehen, in welchem er wiederum den Genossen Hoffmann mit den stärksten Ausdrücken bedachte und beleidigte, im übrigen aber den Sachverhalt der Angelegenheit zugab.

Nachdem sich Herr Pfeiffer solchermaßen angestrengt hatte, veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion wiederum eine Interpellation über dies Schreiben. Trag unserer Widerprüches wurde sie in die geheime Sitzung verwiesen. Genosse Rechtsanwalt Landé begründete in einständiger Rede die Interpellation und wies Herrn Pfeiffer nach, daß er bei seinem Konto in dem Prozeß keinerlei Anlaß habe, jetzt so großspurig aufzutreten. Die Akten seien dergestalt grabierend, daß Herr Pfeiffer alle Ursache habe, recht still zu sein. Mindestens wäre er unwürdig, jemals wieder den Vorstoß im Stadtrat zu führen.

Der Oberbürgermeister Hund äußerte sich darauf u. a.: „Was für mich das Peinlichste ist, daß Weig. Pfeiffer mir nichts gesagt hat, er hätte doch zum mindesten Veranlassung nehmen müssen, die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich selbst zu beantragen. Das hat er nicht getan. Ich bin es darum aber dem Ansehen der Verwaltung schuldig, daß ich jetzt selbst das Disziplinarverfahren gegen den Weig. Pfeiffer einleiten werde. Daß ich Maßnahmen treffen werde, daß Weig. Pfeiffer nicht mehr der Stadtverordnetenversammlung präsidieren, halte ich für meine Pflicht. Was nun die Frage des beleidigenden Vorgehens des Weig. Pfeiffer gegen den Stadtverordneten Hoffmann betrifft, in welcher Weise ihm Genugthuung verschafft werden soll, so kann diese Frage ja noch offen bleiben, vielleicht bei dem Disziplinarverfahren mit erledigt werden.“

Die Hauptbeschuldigungen gegen den Beigeordneten sind folgende drei Punkte: 1. Mißbrauch der Amtsgewalt, 2. Erpressung durch eine Drohung, 3. Fälschung eines Stenogramms. Dazu kommt nun höchstwahrscheinlich noch eine Verurteilung wegen Ehebruchs.

Damit ist zugleich das Ende seiner Tage in Elberfeld gekommen, denn der Spruch des Disziplinargerichts kann nicht zweifelhaft sein.

Ein tragisches Geschick, welches so einen der größten Gegner unserer Partei und zugleich einen der tüchtigsten Polizeiverwalter zu Boden strickte! Was bei Jagaw Komödie war, ist hier zur Tragödie geworden.

### Der liberale „Aufmarsch“ zu den Reichstagswahlen.

Ein fortschrittlicher Parteitag für Sachsen beschäftigte sich am Sonntag mit der Reichstagswahlpolitik. Es wurde mitgeteilt, daß ein Abkommen über ein gemeinschaftliches Vorgehen in vierzehn sächsischen Wahlkreisen getroffen sei. Davon sollen den Nationalliberalen zufallen: Dresden-Altsiedl, Birna, Freiberg, Chemnitz, Zwickau, Annaberg und Leipzig-Stadt; der Volkspartei Dresden-Neustadt, Leisnig, Plauen, Olshay, Glauchau-Meerane, Bismarck und Bautzen. Dabesin für die Nationalliberalen und Mittelweida für die Volkspartei sollen in das Abkommen einbezogen werden. In anderen Kreisen scheiterte das Abkommen, denn der Parteitag einstimmig unter der Voraussetzung zustimmte, daß die nationalliberale Parteileitung innerhalb acht Tagen bezüglich der nationalliberalen Kandidatur Grafer in Plauen eine der politischen Gesamtlage des Liberalismus entsprechende Erklärung abgibt.

Ein heftiger fortschrittlicher Parteitag, der am Sonntag in Bingen tagte, billigt die Stellungnahme des Landesauschusses und des Parteivorstandes zu den Einigungsverhandlungen mit den Nationalliberalen. Er erwartet, daß der bevorstehende Reichstagswahlkampf sich unter der Parole vollziehe: Nieder mit dem schwarzblassen Block und seinen Helfershelfern. Diese Resolution bricht sich auf einen schon früher vom Landes-

auschuss gefassten Beschluß, daß eine Verständigung mit den Nationalliberalen sich tunlichst auf das ganze Großherzogtum erstrecken solle, Einzelabmachungen zwischen Wahlkreisen aber nicht getroffen werden sollen.

In Saarbrücken hielten die Nationalliberalen der Rheinprovinz einen Parteitag ab. Der Abgeordnete Wasser mann sprach über die politische Lage und führte über die Parteigruppierung bei den nächsten Reichstagswahlen folgendes aus:

„Wenn in der Presse das Gerücht aufgetaucht sei, die nationalliberale Partei werde hier oder dort im ersten Wahlgang oder in der Stichwahl irgendwie mit dem Zentrum ein Bündnis abschließen, so sei das durchaus unwahr; mit dem Zentrum könne die nationalliberale Partei unter keinen Umständen patieren. Aus tatsächlichen Gründen sei ein gemeinsames Vorgehen mit den Freisinnigen dagegen wohl notwendig. Das sei durch die gegenwärtige politische Lage bedingt.“

### Das Pflichtfortbildungsschulgesetz.

Das dem Abgeordnetenhaus zur Beratung vorgelegt, dürfte, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, kaum zustande kommen. Nachdem die Kommission den Religionsunterricht als Unterrichtsfach für die gewerblichen Fortbildungsschulen angenommen und beschlossen hat, in den Schulvorstand auch die Geistlichen wählen zu lassen, ist die Vorlage gefährdet, da die Regierung sich diesen Beschlüssen nicht unterwerfen will. Da sowohl Zentrum wie die gesamte Rechte im Plenum für die Kommissionsbeschlüsse eintreten werden, so dürfte die Vorlage kaum Gesetz werden, falls die Regierung ihr „Unannehmbar“ nicht zurücknimmt.

### Eine Verfassung für Mecklenburg.

soß, wie einige bürgerliche Blätter zu berichten wissen, im Oktober d. J. zwangsweise von den Regierungen der beiden Großherzogtümer eingeführt werden. Ob die Regierungen mit ihrer Verfassung, die sie der widerborstigen „Mitterschaft“ aufzwingen wollen, den Krautjüngern sehr wehe tun werden, ist noch sehr zu bezweifeln. Von „demokratischem Del“ wird in dieser Verfassung, die aus den Händen der Regierung des Landes mit dem Däseknopfwappen kommt, nicht viel zu spüren sein.

### Ein netter Vorgesetzter.

Der Unteroffizier Schulz vom 16. Husaren-Regiment in Schleswig ist vor einiger Zeit vom Kriegsgericht der 18. Division wegen geradezu ungläubiger Mißhandlungen in vielen Fällen, begangen mit raffinierter Grausamkeit, Körperverletzung in 11 und Mißbrauch der Dienstgewalt in acht Fällen zu einem Jahre Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Er peinigte nicht allein seine Untergebenen, sondern er versuchte auch sie zu bestechen. Einmal Tages öffnete er das verlassene Spind eines Husaren, um es zu bekräftigen. Der Vorgang wurde von einem Soldaten bemerkt, der gegen den sauberen Patron Anzeige erstattete. Das Kriegsgericht ahndete diesen verübten Diebstahl, bei dem Schulz gestört wurde, mit 7 Wochen Gefängnis. Gegen die Urteile hatte er Verweisung eingelegt. Der Angeklagte suchte seine Schandtaten zwar in einem milden Lichte erscheinen zu lassen und behauptete, hinsichtlich des verübten Diebstahls handle es sich nur um einen verübten Rumpstahl, aber das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) erklärte, daß die Verurteilung seine Vergehen sehr gelinde geahndet habe. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr und sechs Wochen Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Soldatenklasse.

### Die Wahlen in Portugal.

Der Wahltag ist nach den bisherigen Meldungen in völliger Ruhe verlaufen und die Prophezeiungen der Monarchisten, die für diesen Tag den Beginn der Konterrevolution vorausgesagt hatten, haben sich als Lügen herausgestellt. Die Monarchisten, die sich fortgesetzt bemühen, Verdächtigungen anzustellen, haben gar nicht gewagt, an das Volksgewalt zu appellieren, und sind, da auch sonst kaum noch Anzeichen selbständiger Parteien im Lande existieren, die offiziellen Kandidaten der Republikaner fast widerspruchslos gewählt worden. Allerdings haben zu diesem Resultat auch einige schätzbare Bestimmungen des Wahlreglements nicht wenig beigetragen.

In Lissabon selbst war die Wahlbeteiligung im Gegensatz zur Provinz gering. Die Kandidaten des republikanischen Direktoriums, des offiziellen republikanischen Wahlkomitees, hegten mit erdrückender Mehrheit. In Oporto sind für die republikanische Liste 13 200 und für die sozialistische 920 Stimmen abgegeben worden.

Im ganzen sind 231 Deputierte zu wählen. Der größere Teil wird aus den Kandidaten der Leitung der republikanischen Partei bestehen. Die unabhängigen Republikaner sind wenig zahlreich.

Mehrere Verschwörer wurden in der Nacht in Ponte de Lima verhaftet.

### Die Klage des Papstes.

Rom, 29. Mai. Die angekündigte päpstliche Enzyklika ist soeben erschienen. Sie ist an die Bischöfe der ganzen Welt gerichtet. Der Papst bedauert darin lebhaft die in Portugal gegen die Kirche gerichteten Feindseligkeiten. Er erinnert daran, daß die provisorische Regierung unmittelbar nach der Proklamation der Republik eine Reihe von Maßnahmen schroff antikirchlicher Art ergriffen habe, so die gewaltsame Unterdrückung aller religiöser Orden, deren Mitglieder in der unhöflichsten und rohesten Weise ausgetrieben worden seien, und der katholischen Pöbel, die Abschaffung des religiösen Eides, das Verbot des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen, die Einführung der Ehecheidung und die willkürliche Absetzung der Bischöfe von Oporto und Beja.

Gegenüber so vielen gehässigen Maßnahmen habe der Heilige Stuhl eine geduldige und langmütige Haltung betreten. Die portugiesische Regierung habe ihrem religionsfeindlichen Werke die Krone aufgesetzt durch den Erlaß des Trennungsgesetzes. Der Papst könne nun nicht mehr schweigen, da das Gesetz den Abfall des Staates von Gott verkünde und mit der katholischen Religion breche, zu der sich fast die Gesamtheit der Bürger bekenne. Das Gesetz sei nicht ein Trennungsgesetz, sondern ein Kampfgesetz gegen die katholische Kirche, was die materiellen Güter angehe, und ein Gesetz tyrannischer Unterdrückung auf geistlichem Gebiete. Infolgedessen verurteilt der Papst das portugiesische Trennungsgesetz, erklärt es für null und nichtig und ohne Gewicht gegenüber den unverletzlichen Rechten der Kirche, spendet sein warmstes Lob dem portugiesischen Episkopat und Akrens, der dieses Gesetz verurteilt hat, und ermahnt ihn, die einträchtige Verbindung mit dem Heiligen Stuhl zu wahren.

## Frankreich.

### Die Wahlreform.

Paris, 29. Mai. Die Deputiertenkammer bewilligte zunächst ein solches Budgetwölstel und begann sodann die Beratung der Wahlreformvorlage. Justizminister Antonie Perrier erklärte, er hoffe, Ministerpräsident Rouis werde imstande sein, den Verhandlungen gegen Schluß der Generaldebatte wieder beizutreten.

## Belgien.

### Eine liberale Rede.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der Brüsseler Bürgermeister Ray hat in der „Liberalen Vereinigung“ in Brüssel eine Rede gehalten, die, als von dem Haupt einer Großstadt gesprochen, in einer Zeit, in der aufrechte Bestimmung bei bürgerlichen Politikern gerade keine alltägliche Erscheinung ist, einige Beachtung verdient — zumal da kämpfender Liberalismus überall etwas ziemlich Neues ist. Der Versammlung lag eine Protestresolution gegen das Lexikale Schulgesetz vor, die Bürgermeister Ray mit ungefähre folgenden Worten unterstützte: Ich glaube eine Pflicht zu empfinden, die mir mein Amt auferlegt, wenn ich für diese Tagesordnung stimme. Ich weiß, daß man an gewisser Stelle dem Bürgermeister das Recht streitig machen möchte, an politischen Diskussionen teilzunehmen. (Der Bürgermeister bezieht sich hier auf seine Teilnahme an einem Protestmeeting, in dem Sozialisten und Liberale gegen das Schulgesetz manifestierten. Die Liberalen Blätter hatten das Erscheinen des Bürgermeisters in dieser Versammlung abfällig kritisiert.) — Es scheint, daß ich an diesem Tage vergessen habe, daß ich nicht Bürgermeister einer Partei, sondern aller Brüsseler bin. Ich habe die Pflicht, mir das Wohlwollen aller Bürger zu erwerben, aber ich habe auch das Recht, der Bürgermeister der liberalen Stadt Brüssel zu sein. Ich liebe mein Amt, das mir wert und teuer ist; aber ich würde es eher opfern, als auf das kleinste Titeldchen meiner liberalen Ideen zu verzichten. Aus diesen Gefühlen heraus habe ich an dem Meeting teilgenommen. Es ist mir eine Ehre, neben Charles Vullx (ehemaliger liberaler Brüsseler Bürgermeister und der treueste bürgerliche Kämpfer für ein solches Schulwesen Belgiens) zu sitzen und erkläre mein Einverständnis mit unseren Deputierten und Senatoren in der Schulkampagne.

An diese Worte knüpfte der Bürgermeister, der übrigens dem gemäßigten Flügel der liberalen Partei angehört, eine energische Kritik an der Schulvorlage der liberalen Regierung, indem er insbesondere die durch den liberalen Anschlag bedrohte kommunale Autonomie in Sachen des Volksschulunterrichts verteidigte.

## Spanien.

### Mitige Parteikämpfe.

Madrid, 28. Mai. Die „Spana libre“ meldet, daß es in San Felio de Lobregat bei Barcelona zu einem Zusammenstoß zwischen Karlisten und Radikalen kam. Ein Karlist, drei Radikale und ein Gendarm wurden getötet, viele Personen wurden verwundet.

## Rußland.

### Aus dem Lande der Donischen Kosaken.

Kowstschersk, 28. Mai. In das Haus eines Gutsherren in der Nähe der Ortschaft Beseloi wurde eine Bombe geworfen. Bewaffnete brachen darauf in das teilweise zerstörte Haus ein und beraubten den Verwalter. Drei Täter wurden verhaftet.

## Marokko.

### Die Wünsche Mulay Hafids.

Paris, 28. Mai. Die „Agence Havas“ meldet aus Fez vom 22. d. Mts.: Der Sultan empfangt heute die Generale Roinier und Dalbiez. Der Sultan beauftragte Roinier, der französischen Regierung seine Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, die sie ihm gewährt habe bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung dort, wo Unordnung und Anarchie geherrscht habe. Nachmittags hatte der Sultan eine Besprechung mit Roinier über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Ordnung in Mequinez, wo die Berber ihre Kräfte zusammengezogen haben und mit Plünderung drohen. Man will die Ankunft der Abteilung Gouraud abwarten und dann Truppen nach Mequinez hin absenden. Der Weg dorthin ist abgelehnt; die Postkäufer wurden ermordet. Der Sultan hielt strenge Unterdrückung für notwendig.

Nach einer weiteren Meldung aus Fez vom 23. d. Mts. haben die Stämme der Hamidan und Ghesaa zum Zeichen ihrer Unterwerfung Siere geschloßen. Es verlautet, daß die Scherarda und die Ufed Djamma ihrem Vorgehen folgen werden.

### Vorbereitungen für ein französisches Protektorat?

Paris, 29. Mai. Der „Ratin“, dessen Berichterstatter in Fez gestoren meldete, Mulay Hafid habe ein französisches Protektorat und eine Verstärkung der französischen Truppen auf 50 000 Mann verlangt, bringt heute eine anscheinend offiziöse Note, in der es heißt: Das Ansuchen Mulay Hafids um das Protektorat Frankreichs ist nicht neu. Ein solches Ansuchen ist im Namen des Sultans schon 1810 durch El Molri an Minister Richon gerichtet worden. Die Regierung, die auf den den leitenden Grundfragen der Algeriasache und der anderen bestehenden Verträge so zuwiderlaufenden Gedanken nicht eingehen könne, hat ausweichend geantwortet, und selbstverständlich ist die Haltung der gegenwärtigen Regierung in diesem Punkte dieselbe wie die ihrer Vorgängerin. Die Algeriasache bleibt die Grundfrage der Marokkopolitik Frankreichs. Ebenfalls selbstverständlich ist, daß man dem Ansuchen Mulay Hafids, die Zahl der vor Fez stehenden Truppen auf 50 000 Mann zu erhöhen, nicht nachkommt. Die gestern eingetroffenen Depeschen des Konsuls Gailard und des Generals Roinier über ihre Unterredung mit dem Sultan enthalten keinerlei Anspielung auf ein Ansuchen um das Protektorat oder um Verstärkung der französischen Truppen.

## Mexiko.

### Die Kriegskosten.

Mexiko, 28. Mai. De la Barra beabsichtigt die sofortige Auflösung der revolutionären Truppen und die unverzügliche Bestimmung der durch den Krieg begründeten Ansprüche. Die Kosten des Krieges werden auf 20 Millionen Dollar geschätzt, der den Fremden zugefügte Schaden auf zwei Millionen. Die staatliche Kasseverbe beträgt 62 Millionen Dollar, wovon 14 Millionen bei der Bank von England deponiert sind.

### Ein Angriff auf Diaz.

New York, 27. Mai. Ein Telegramm aus Veracruz meldet, daß die Bundesstruppen von einer Schar von 700 Rebellen bei Tepic in ein Gefecht verwickelt wurden, als sie Diaz hierher begleiteten. Nach heftigem Kampf zogen sich die Rebellen unter Zurücklassung von dreißig Toten, ihrer Fahnen und einer Kasse mit 1000 Pesos in größter Verwirrung zurück. Die Bundesstruppen, deren Zahl 300 betrug, hatten drei Gefangene. Diaz und sein Sohn Oberst Porfirio Diaz, die in einem Zuge folgten, nahmen an dem Gefecht teil. Die Aufwührer flohen wahrscheinlich, als sie den dritten Zug der ebenfalls Bundesstruppen mit sich führte, sich nähern sahen.

# Gewerkschaftliches.

## Der Berliner Bäckerstreik.

Nichts ist tödlicher, als wenn jemand, der sich und seine Gefolgschaft in eine unangenehme Situation gebracht hat, seinen Getreuen vorzureden sucht, die Lage sei glänzend. So aber machen es jetzt die Führer der Bäckereien. Wer nichts weiter liest als die offiziellen Innungsorgane, der kann zu der Ansicht kommen, daß die Bäckergesellen den Streik verlorren hätten. Auch in die Tagespresse sind die irreführenden Angaben von Innungsmachern übergegangen. Glauben können solche Angaben allerdings nur bei Leuten von der Sorte finden, die leider „nicht alle wird“. Unsere Leser wissen, daß der Erfolg des Streiks über Erwarten günstig ist, und das läßt sich jederzeit durch die einwandfreien zahlenmäßigen Angaben der Streikleitung beweisen.

Nach den zahlreichen Bewilligungen, die schon bis Sonnabend eingegangen waren, erfolgten am Sonntag und Montag wieder eine erhebliche Zahl neuer Bewilligungen. Die Feststellungen, welche die Streikleitung gestern nachmittags 8 Uhr machte, ergab folgendes Resultat: Bewilligt haben 1888 Bäckereien mit 3572 Bäckern, 277 Konditoren, 492 Lehrlingen. Rechnet man die Lehrlinge ab, dann sind in den 1888 geregeltten Betrieben 3849 Bäder und Konditoren beschäftigt. Diese Zahl hat sich aber durch neue Einstellungen während des Streiks um 186 vermehrt. Die Neueinstellungen machten sich nötig in den Betrieben, die zuerst bewilligt hatten und denen sich, als der Vorkost einsetzte, die Handerschaft derjenigen Meister zumwandte, die bis dahin nicht bewilligt hatten. Insgesamt sind also 4035 Bäder und Konditoren zu den neuen Bedingungen beschäftigt.

Den in die Tagespresse übergegangenen Behauptungen der Innungsführer zufolge, sollen nur Meister mit ein bis zwei Gesellen bewilligt haben. Wie aber diese Behauptung ist, das wird schon durch die vorstehenden Zahlen bewiesen. Im übrigen hat die Streikleitung festgestellt, daß gerade die großen und mittleren Betriebe die ersten waren, welche die Forderungen bewilligten. Sie taten das in ihrem eigenen Interesse, denn es liegt ihnen natürlich daran, ihre älteren, geübten Arbeitskräfte nicht durch einen Streik zu verlieren. Die kleinen Meister, welche nur ein bis zwei Gesellen beschäftigten, kamen zum großen Teil erst etwas später mit den Bewilligungen. Doch haben auch gestern noch eine Anzahl von Betrieben mit vier bis sechs Gesellen bewilligt.

Erfolge, die noch über die aufgestellten Forderungen hinausgehen, sind erzielt worden in den 34 Großbetrieben, wo der Verband der Bäder dominiert. In diesen Betrieben sind 878 Bäder und 65 Konditoren beschäftigt. In einem Teil dieser Betriebe wurde die bisherige Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt und der Wochenlohn um 3 bis 4 M. erhöht. In 12 Betrieben mit 228 Bädern und 8 Konditoren sind Sommerferien bis zu 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt worden. 6 Betriebe mit 150 Bädern und 2 Konditoren haben den 1. August ein-geführt. Es sind dies die folgenden Firmen:

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, Lichtenberg, Mittergutstraße; Schwarzbrod-, Pumpernickel- und Simonsbrodfabrik S. Wittler, Razstr. 7; Brotfabrik Turban, Frankfurter Allee 32; Wilhelma-Brotfabrik, Androssstraße. (Diese Fabriken gehören noch Sommerferien.) Goldacker Großbäckerei, Brunnenstraße 129; Mühl's Großbäckerei, Spandau, Achenbachstr. 8. Aus einer weiteren Landbrotfabrik ist die Streikleitung benachrichtigt worden, daß auch diese entschlossen sei, falls nicht technische Schwierigkeiten entgegenstehen, ebenfalls den 1. August einzuführen.

Das sind Erfolge, die noch

### über die Erwartungen der Streikleitung

hinausgehen. — Angesichts dieser Situation nimmt es sich recht sonderbar aus, wenn die offiziellen Innungsorgane noch in diesem Augenblick die Meister auffordern, die Forderungen des Verbandes nicht zu unterschreiben, weil ihnen dadurch unerwünschte Kosten entständen. Nun, die große Zahl der so unerwartet schnell erfolgten Bewilligungen widerlegt scharf die Behauptung von den unerwünschten Kosten und zeigt, daß sich die Bädermeister diesmal nicht mehr von den Innungsmachern irreführen lassen. Es würde auch keinem Bädermeister etwas helfen, wenn er sich auf die Verheißungen der Innungsführer verlassen wollte. Nicht einmal die bestellten und erwarteten Streikbrecher konnten die Innungen stellen. Am Sonntag sollte aus Plauen i. S. ein Transport von 200 Streikbrechern eintreffen. In der Innungserheberge sollten sie aufgenommen werden. Deshalb wurde den Schlafgästen, welche schon vorher dort übernachtet hatten, kein Logis mehr gewährt. Aber statt der erwarteten 200 trafen, dank der Gegenmaßregeln der Streikleitung, nur 15 Arbeitswillige in Berlin ein, und zwar von einer Qualität, die man den kampflustigen Bädermeistern gern gönnen kann.

### Die Polizei

Kommt den Innungsscharfmachern mit einem Kampf gegen die Bewilligungsplakate zu Hilfe. Obgleich das Plakat nicht im Schaufenster, also nicht öffentlich, ausgehängt wird, sind am Sonntag und Montag eine große Zahl von Fällen vorgekommen, wo Schutzleute den Aushang der Plakate im Laden nicht nur untersagten, sondern das Plakat sogar „konfiszieren“. Die Schutzleute können das natürlich nicht aus eigenem Antriebe, sondern nur im Auftrage ihrer Vorgesetzten getan haben. Es muß deshalb immer wieder betont werden, daß diejenigen, welche solchen Auftrag erteilen, ungesetzlich handeln. Der Aushang im Schaufenster ist ja feinerzeit durch Gerichtsurteil als unstatthaft erklärt worden. Obgleich dieser Standpunkt des Gerichts sehr ansehbar ist, läßt sich im Augenblick nichts dagegen machen. Aber im Laden hat die Polizei, wenn sie nicht ungeschicklich handeln will, nicht zu bestimmen, was auszuhängen ist oder nicht. In manchen Fällen ist es denn auch der energischen Intervention der betroffenen Meister gelungen, das Plakat vor der „Konfiskation“ zu retten, so daß sie es ihren Kunden wenigstens zeigen können. — Daß die Polizei mit solchem Eifer gegen die Plakate vorgehen würde, das haben selbst die Innungsführer nicht erwartet. Sie sprechen in ihrer neuesten offiziellen Veröffentlichung nur davon, daß die Entfernung der Plakate aus den Schaufenstern verlangt werden soll. Mehr kann, wie gesagt, auch die Polizei nicht verlangen. Die Rechtslage ist die: Wenn das Publikum auf der Straße das Plakat nicht sehen kann, dann ist es nicht öffentlich ausgehängt und niemand hat ein Recht, die Entfernung desselben zu verlangen.

Durch das unrechtmäßige Vorgehen der Polizei kann natürlich der schöne Erfolg der Bäderbewegung ebenso wenig als der Welt geschadet werden wie durch die Verheißung der Innungsführer, daß der Zweckerbund sich entschlossen habe, Flugblätter zur Aufklärung und gegen die Angriffe des Verbandes „hinausgehen“ zu lassen. Im Innungsorgan werden auch die Meister aufgefordert, die heute (Dienstag) stattfindenden Volksversammlungen, welche sich mit dem Bäderstreik befassen zu besuchen, und dort den Stand-

punkt der Meister zu vertreten. Wenn die Meister, welche jetzt noch auf dem Standpunkt der Innungsführer stehen, Mut genug haben, dieser Aufforderung Folge zu leisten, dann kann es in den Versammlungen vielleicht ganz interessante Erörterungen geben, die aber den Innungshauptern keine Freude machen werden.

Außer den Bädermeistern, die bewilligt haben, erhalten bekanntlich auch die Händler, die Ware aus geregelten Betrieben feilhalten, die Plakate und Legitimationskarten. Solche sind bis jetzt an 750 Händler abgegeben worden.

Die Zahl der Streikenden beträgt zurzeit 1122.

### Berlin und Umgegend.

#### Eine Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Die in den Getreidemühlen Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter versammelten sich am Sonntagmittag im Gewerkschaftshaus, um zu beraten, ob sie in eine Lohnbewegung eintreten könnten. Sadapp, der Vorsitzende des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, referierte: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mühlenarbeiter sind sehr verbesserungsbedürftig, wie eine statistische Erhebung in sieben Betrieben zeigte. Bei einer Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden verdienen Wagenführer pro Schicht 5 M. bis 5,50 M., Müller verdienen meistens nicht mehr wie 27 bis 30 M. pro Woche, von einigen Ausnahmen abgesehen; Boden- und Speicherarbeiter erhalten 40 bis 45 Pf. Stundenlöhne. Wochenlöhne werden nicht bezahlt, so daß jeder Feiertag abgezogen wird. Ueberstunden werden nur mit einem ganz geringen Aufschlag bezahlt. An einem Arbeitsnachweis für Mühlenarbeiter fehlt es, was sehr viel Unzutraglichkeiten im Gefolge hat. Die sanitären Zustände in den Mühlen bedürfen ebenfalls dringend mancher Verbesserung.

Es handelt sich um 10 Betriebe, die sich in Berlin, Tegel und Köpenick befinden und wo insgesamt 350 bis 380 Mühlenarbeiter beschäftigt sind. Die Wünsche der Arbeiter richten sich auf Einführung von Wochenlöhnen, und zwar wurde vorgeschlagen, daß für Wagenführer 35 M., für Müller 33 M. und für die übrigen Arbeiter 30 M. als Regel gelten sollen. Ferner ist zu erwägen, ob das Akkordsystem nicht gänzlich abgeschafft werden müßte. Die Arbeitszeit ist nach den gemachten Vorschlägen so einzurichten, daß bei einer Dreiarbeitszeit von 12 Stunden Pausen von 3 Stunden, aber mit einer Abkühlung, eintreten. Innerhalb 11 Stunden soll die Arbeitszeit auch nur 9 Stunden betragen. Sehr notwendig ist die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises.

Nach einer längeren Diskussion wählte die Versammlung eine Tarifkommission, die in gemeinsamer Beratung mit der Ortsverwaltung und den Vertrauensmännern einen Tarifentwurf auszuarbeiten soll. Ueber weitere Maßnahmen wird dann in einer kommenden Versammlung von Mühlenarbeitern beschloffen werden.

Mühlenarbeiter! Der Streik in der Dampfmühle des Großbäckereibesizers E. Goldacker, Brunnenstraße 129/130, ist zugunsten der Arbeiter beendet. Herr Goldacker hat den eingereichten Tarifvertrag unterzeichnet und haben sämtliche Arbeiter am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperre über die Dampfmühle Goldacker ist hiermit aufgehoben.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.  
Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Militärfabrik bei Willep in Spandau hat den Inhaber genannter Firma bereits in arge Bedrängnis gebracht. Um nur die dringendsten Arbeiten fertigzustellen, mußten die „Arbeitswilligen“ sogar am Sonntag zur Arbeit erscheinen. Ob die dazu notwendige Erlaubnis der Polizeibehörde eingeholt worden ist resp. erteilt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Große Enttäuschung erregt es unter den Arbeitern, daß sich ein in der Kgl. Artillerie-Werkstatt beschäftigter Zailier nicht entblödet, noch Feiertags nach zu Hause für die Firma Willep als Heimarbeiter tätig zu sein. Mit Recht können die streikenden Arbeiter wohl verlangen, daß die in der Kgl. Werkstatt beschäftigten Arbeiter eine solche Tätigkeit zu unterlassen haben. Daß Herr Willep aber auch diese Arbeitskräfte für sich besonders zu verwenden sucht, ist jedenfalls das beste Zeichen für die Zwangslage, in der er sich befindet.

### Deutsches Reich.

#### Tariffbewegung der Braunkohlenbergarbeiter in Mitteldeutschland.

Die in den drei Verbänden (Bergarbeiterverband, Christlicher Gewerksverein, polnische Bergarbeitervereinigung) organisierten Schachtdelegierten des Bezirks Magdeburg-Helmstedt haben in einer Konferenz in Schöningen am 28. Mai beschloffen, auf den gut organisierten Werken dieses Bezirks, die Kundigungen am 29. Mai einzuziehen. Bei den Kundigungen kommen hauptsächlich die in der Kohlen- und Stieftrocknung beschäftigten Arbeiter in Frage. Alle Mittel, den Abschluß eines Lohnvertrags auf friedlichem Wege zu erreichen, sind an dem prophethaften und brutalen Herrn-im-Hause-Standpunkt der Grubenbesitzer gescheitert, so daß den Bergarbeitern nur noch dieser Weg übrig blieb. Während die Bergarbeiter in aller Stille die Kundigungen vorbereiteten, gehen die Grubenverwaltungen schon mit Maßregelungen vor. So haben die Braunschweigischen Kohnewerke in den letzten Wochen 4 Mann auf das Strahlenplaster geworfen. Einer wurde auf Grube Viktoria demagogisiert, weil er es in seiner freien Zeit gewagt hatte, Flugblätter zu verteilen.

Um diesen direkten Maßregelungen vorzubeugen, ersuchte der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes den Braunschweigischen Kreisbeamten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß derartige brutale Maßnahmen unterlassen würden. Aber bis zum heutigen Tage ist von einem Eingreifen in dieser Beziehung noch nichts zu spüren gewesen, noch viel weniger ist eine Antwort auf die Eingabe erfolgt.

Bezeichnend ist das Verhalten der bürgerlichen Presse. Jedes kleinste Kreis- und Lokalblättchen und die Provinzialblätter suchen in Unternehmerrückständigkeit zu machen. Triumphierend brachten sie in der vergangenen Woche die Schwindelnachricht, daß in diesem Bezirk kein Streik zu erwarten sei, da sich die dortigen Bergarbeiter über die Frage der Kündigung nicht einigen könnten. Damit wollten sie die Bewegung zerplündern; sie erreichten aber gerade das Gegenteil, wie der Beschluß der Konferenz beweist.

Eingeleitete Gruben machen schon die äußersten Anstrengungen, um sich mit Arbeitswilligen zu versehen, meistens jedoch mit dem Erfolg, daß die Betroffenen sofort wieder abwandern, oder bald wieder den Kundigungszettel unterschreiben. Vornehmlich beziehen die Grubenbesitzer von dem Stellenvermittler Arnold Ottawa in Wilmshausen O.-S. (Arbeitsnachweis für Land, Forst und Industrie) ausländische Arbeiter, denen in den meisten Fällen ein halbjährlicher Kontrakt vorgelegt wird. — Es wird daher ersucht, durch Fernhaltung des Zuganges den Bergarbeitern den Kampf zu erleichtern. Namentlich werden die Arbeitsbreider der russisch-polnisch-schlesischen Grenze gewarnt, sich als Streikbrecher anwerben zu lassen.

Die Kölner Dampfer und Dampfmotoren Iraken, wie uns ein Privattelegramm meldet, überall da in den Streik, wo der Tarif nicht anerkannt wurde.

Metallarbeiter! Wegen Maßregelung der Vertrauensleute sind in den Bogenweiden Schmachtenberg u. Türl und Krups in Bald schwere Differenzen ausgebrochen. Die Firmen wollen dazu übergehen, unorganisierte Kollegen von auswärts heranzuziehen. Wir ersuchen die Kollegen, Zuzug von obigen Firmen fernzuhalten. Gleichzeitig bitten wir die arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck dieser Warnung. Alle Anzeigen usw. sind an den Bevollmächtigten Karl Rapp, Solingen, Kölner Straße, zu richten.

Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Solingen.

### Ausland.

Die Wiener Schneiderräusperrung ist nach eintägiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Arbeiter beendet worden. Alle Entlassungen wurden zurückgenommen.

#### Zum Streikbruch kommandierte Marinemannschaften.

In Fiume streiken etwa 700 Maschinisten, Heizer und Seeleute der „Angara Kroata“. Die Postdampfer und die Route nach dem Seeab Wabazza werden von Seeleuten betrieben, die jetzt dem Vaterlande die Dienstpflicht ableiten und für die das Kriegsrecht an Stelle des Koalitions- und Streikrechts getreten ist.

#### Aus den amerikanischen Gewerkschaften.

Die „Western Federation of Miners“, die im „Föderation“ zum „Amerikanischen Arbeiterbunde“ auf sozialistischer Grundlage aufgebaut ist, hat sich nunmehr diesem angeschlossen. Es ist das insofern zu begrüßen, als das den Einfluß der sozialistischen Elemente innerhalb der „Federation of Labor“ wesentlich erhöht.

Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten hat eine Anzahl ihrer Angestellten gemahregelt, weil sie in der neuen Gewerkschaft der Postbediensteten „eine zu aktive Tätigkeit“ ausüben haben. Das sei ihnen untersagt worden; sie hätten dem entgegengehandelt, es läge also ein Fall der Insubordination vor. — Das klingt ja ganz preussisch. — Im Unterhause des Staates New York ist mit 86 gegen 36 Stimmen die 54-Stunden-Woche für Frauen angenommen worden. Es besteht die Meinung, daß das Gesetz vom Bundesgericht anerkannt, also rechtskräftig wird. Man macht aber schon seit 12 Jahren Anstrengungen, ein solches Gesetz durchzubringen.

## Letzte Nachrichten.

### Das Ende des russischen Bluffs.

Konstantinopel, 29. Mai. (W. T. B.) In der Verhandlung der Deputiertenkammer über die Anfrage an den Minister des Auswärtigen betreffend den diplomatischen Schritt Rußlands hob der Fragesteller Dscheneani die ungeschickliche Form dieses Schrittes hervor und betonte, keine andere Redt hätte gegenüber Montenegro konstanter handeln als die Türkei. Der Minister des Auswärtigen Nisfaat Pascha verlor eine Erklärung, in welcher betont wird, daß die von der öffentlichen Meinung an dem Zwischenfall geknüpften Vermutungen einer Wiederkehr der bedauerlicherweise in früheren Jahren vorgekommenen fremden Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Türkei grundlos seien. Der russische Botschafter habe keine Note übergeben, sondern die Mitteilung sei eine mündliche und keinewegs der am Tage vorher durch eine Telegraphenagentur in einer ungeschicklichen und seltsamen Weise erfolgten Publikation ähnlich gewesen. Wie der Botschafter zum Schluß der Unterredung selbst gesagt habe, war seine Erklärung mit dem durch die Telegraphenagentur mitgeteilten Texte nicht konform. Der Minister erwähnte den bekannten Appell Montenegros an die Großmächte und betonte, daß zu Besorgnissen Montenegros kein Anlaß vorliege. Wenn Montenegro die Grenze gegen die Aufständischen gesperrt halte und den Mafisoren die weitere Anteilnahme am Aufstande nicht gestatte, werde die Unterdrückung des Aufstandes in kurzer Zeit leicht erfolgen. Rußland habe aber geglaubt, daß der allgemeine Frieden gefährdet werden könnte und daher den russischen Botschafter in Konstantinopel beauftragt, einige freundschaftliche Erklärungen abzugeben. Der Botschafter habe dem Minister sein Bedauern über die Mißdeutung der Mitteilung, die bloß einen freundschaftlichen Charakter trug, ausgedrückt.

Was die Beschwerde Montenegros anlangt, so halte der Minister es für überflüssig zu erklären, daß diese ebenso unlogisch als unangebracht sei. Die Türkei habe Truppen an die montenegrinische Grenze geschickt, weil ein Aufstand dort ausgebrochen sei. Es sei unverständlich, wie der Türkei geheime Ziele zugesprochen werden konnten. Ein Krieg mit Montenegro könne der Türkei weder materielle noch moralische Vorteile bringen. Die ottomanische Regierung habe keine Angriffsgedanken gegen irgendwelchen Nachbar.

Hierauf ergriff der Großwesir das Wort. Er besprach den Mafisorenaufstand und führte aus, die Regierung habe gemerkt, daß im Frühjahr ein Aufstand ausbrechen sollte und deshalb Truppenentsendungen vorbereitete, die aber infolge des Aufstandes im Jemen eine Verpätung erlitten. Die Türkei mußte infolge des abenteuerlichen Charakters der Montenegriner ein Armeekorps kongenzieren. Der Minister betonte dann nochmals die friedlichsten Absichten der Türkei. — Hierauf wurden zwei Tagesordnungen eingebracht. Die erste verlangt die Umbenennung der Anfrage in eine Interpellation, die zweite, die vom jungtürkischen Zentrum eingebracht wurde, bezeichnete die Aufklärungen als hinreichend und sprach der Regierung das fortgesetzte Vertrauen aus. Die Opposition wollte unter Lärm die Abstimmung verhindern, da die Verknüpfung der Anfrage mit dem Vertrauensvotum ein lächerliches Spiel sei. Der Großwesir nahm die zweite Tagesordnung an. Unter Lärm der Opposition erfolgte die Abstimmung.

#### Zu der Entführung des Ingenieurs Richter.

Saloniki, 29. Mai. (W. T. B.) Zur Verfolgung der Räuber, die den Ingenieur Richter aus Jena entführt haben, sind zwei Militärabteilungen von Elafona, drei von Koflos und eine von Katerina abgegangen, außerdem alle verfügbaren Gendarmen sowie eine aus früheren Vandalenmitgliedern bestehende Kompanie von Freiwilligen. Die Regierung macht die Behörden bekanntlich, weil dieselben Richter nur zwei Gendarmen zur Begleitung gegeben haben. Die Leichen der beiden Gendarmen wurden in einem Gehölz bei Koliarplo gefunden. (Siehe auch „Aus aller Welt“.)

#### Zugentgleisung.

Treßlau, 29. Mai. (W. T. B.) Bei Staffan Sambotiv, Strecke Treßlau-Brieg, entgleiste heute nachmittags 5 Uhr aus bisher unangefährter Ursache ein Probezug, der zum Ausprobieren einer neuen Schnellzugmaschine vom Treßlaer Hauptbahnhof abgelaufen worden war. Ein Feizer wurde getötet, drei Eisenbahnbeamte verwundet.

#### Verhängnisvolle Brände.

Tüft, 29. Mai. Wie die „Tüftler Zeitung“ aus Schillingen meldet, sind heute nachmittags dort zehn Wohnhäuser abgebrannt. Drei Kinder einer Familie sind verbrannt, zwei Kinder einer anderen Familie wurden verletzt.

San Francisco, 29. Mai. (W. T. B.) Heute vormittag brach in den „Chutes“, dem größten Vergnügungspark von San Francisco, ein Brand aus, dem der ganze Gebäudeblock, mit Ausnahme eines massiven Theaters, zum Opfer fiel. Bisher sind drei Leichen geborgen worden.

#### Vom Automobil überfahren.

Marseille, 29. Mai 1911. (W. T. B.) Auf der Straße von Grou noble nach Pont-a-Cara ereignete sich ein schweres Automobilunglück, indem ein des Weges kommendes Automobil einen Hirten überfuhr, der einer wild gewordenen Kuh nachlief. Der Hirte war auf der Stelle tot; die Insassen des an den Straßenrand gescheiterten Automobils lamen mit leichten Verletzungen davon. Sie trugen den Leichnam des Toten in die nahe Schäferhütte und bedeckten ihn mit einer Matte, auf die sie einen Briefumschlag mit fünftausend Frank in Banknoten legten. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, die Insassen des Automobils festzustellen.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

186. Sitzung vom Montag, den 29. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Es wird mit der Spezialberatung der

Reichsversicherungsordnung

in dritter Lesung begonnen.

Bei § 83 erklärt auf eine Anfrage des Abg. Trimborn (S.) Staatssekretär Dr. Delbrück, es bestehe in Preußen nicht die Absicht, Assessoren zu Vorsitzenden der Oberversicherungsämter zu bestellen.

Bei § 132 (Hilfe bei Zahnkrankheiten) wünscht Abg. Dr. Mugdan (Sp.) von der Regierung eine Einschränkung der Behandlung durch Dentisten.

Abg. Hoch (Soz.) und Abg. Dr. Fleischer (S.) wünschen im Gegenteil, daß die Regierung von der ihr erteilten Befugnis, zu bestimmen, wer Zahnkünstler im Sinne dieses Gesetzes sei, keinen engherzigen Gebrauch mache.

Zu § 144 (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Verfümmen einer Verfahrnsfrist durch Naturereignisse) beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) die Fassung: „Wer ohne sein Verschulden eine Frist veräumt hat, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangen.“

Abg. Stabthagen (Soz.):

Dieser Antrag ist um so berechtigter, als das Gesetz von Unklarheiten wimmelt. Wenn die Frist veräumt wird, wo es sich z. B. um ein Verfahren zur Bekämpfung der Tuberkulose handelt, müßte in weitestmöglicher Weise die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erfolgen, wenn wirklich Ernst gemacht werden soll mit der Bekämpfung der Tuberkulose. Auch ist es in höchstem Maße ungerecht, den Arbeiter bösen zu lassen für Irrtümer seines Vertreters oder von Beamten; namentlich bei Polizeibeamten werden solche Versehen vorkommen, die den Arbeiter seines Rechts berauben, ohne daß er irgend eine Schuld an dem Versehen hat. Das verstoßt geradezu gegen die guten Sitten, und zwar in ganz anderer Weise, als die Verträge, gegen die Graf Westorp die guten Sitten schütten zu müssen glaubt. Bei der Strafprozessordnung hat die Regierung und die Kommission selbst anerkannt, daß die Fassung „Verhinderung durch unabwendbare Zufälle“ ganz unklar ist, und deshalb hat die Kommission dort die von uns hier dargelegene Fassung angenommen; hier handelt es sich um Arbeiter, und da wollen Sie die unklare Bestimmung lassen. (Der Redner spricht laut, um die Gespräche der Mitglieder der Mehrheit zu übertönen; von rechts erschallen ironische Zurufe: lauter!) Meinen Sie, durch diesen Zuruf Ihre unläutere Gesinnung verschleiern zu können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben hier mit ausgesprochener Absicht ein

Klassenkampfgesetz gegen die Arbeiter

gemacht; aber dieser Klassenkampf darf doch nicht gegen die Gesundheit und gegen die Rechte der Arbeiter geführt werden. Deshalb nehmen Sie unsern Antrag an. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar bittet um Ablehnung des Antrages, der Vergleich mit der Strafprozessordnung sei nicht zulässig, da es sich hier um Zivilansprüche handelt.

Abg. Stabthagen (Soz.):

Dem Reichsgericht hat sich zuweilen das Herz im Leibe umgedreht (Heiterkeit), wenn es wegen einer unverschuldeten Fristveräumnis einen Antrag ablehnen mußte. Das Reichsversicherungsamt konnte weitherziger sein, weil es bisher neben den unabwendbaren Zufällen „ähnliche Gründe“ zulassen konnte. Das würde nach der neuen Fassung nicht mehr möglich sein. — Wenn der Regierungsvorsteher meinte, bei Zivilansprüchen sei das Recht des einen zugleich das Unrecht des anderen, so muß ich das entschieden zurückweisen; von dem Zufall eines Versehens der Gegenpartei Gebrauch zu machen, ist ein Verstoß gegen die guten Sitten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und hier tritt als Gegenpartei des Arbeiters das Versicherungsamt, ein Organ des Staates auf. Der Staat aber soll den Armen helfen, nicht aber eine unverschuldete Fristveräumnis eines armen Arbeiters bemühen, um ihm keine Rente zu bezahlen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Beim zweiten Buch, Krankenversicherung, will ein Antrag Albrecht (Soz.) bei § 177 die Gehaltsgrenze von 2000 auf 3000 M. hinaufsetzen.

Ein Kompromißantrag der Mehrheitsparteien will die Gehaltsgrenze auf 2500 M. festsetzen.

Abg. Thoma (natl.) befragt den Kompromißantrag; eine Weiterheraufsetzung wäre zwar angezeigt, aber jetzt nicht erreichbar.

Abg. Hoch (Soz.):

begründet den sozialdemokratischen Antrag. Es liegt kein triftiger Grund vor, die Krankenversicherung bei 2500 M. enden zu lassen. Weder in der Kommission noch im Plenum hat man kräftige Einwände gegen unseren Antrag vorbringen können. Es geht doch nicht an, aus Rücksicht auf die Praxis der Ärzte Leute mit einem Einkommen von 2500 bis 3000 M. der Vorteile der Krankenversicherung zu berauben. Uebrigens ist es auch sehr zweifelhaft, ob die Interessen der Ärzte wirklich gut bei der vorgeschlagenen Normierung auf 2500 M. wären. Bei 2000 oder 2700 M. jährliches Einkommen hat, kann keine immensen Arzthonorare begehren. Mit wenig Ausnahmen haben sich alle interessierten Kreise, auch der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) für unsere Forderung erklärt. In demselben Sinne haben sich die katholischen kaufmännischen Vereine ausgesprochen. (Hört! hört!) Die Angestellten sind empört über das Verhalten der bürgerlichen Parteien, die ihren Versprechungen untreu geworden sind, während die Sozialdemokraten in allen Stadien der Verhandlung energisch die Interessen der Privatbeamten vertreten haben. Speziell die Nationalliberalen und das Zentrum haben in förmlichem Brettefein die Interessen der Privatbeamten verraten; abwechselnd haben sie alle Verbesserungsanträge zu Fall gebracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als beliebter Vorwand mußte immer das angeblich unabweigbare „Unannehmbar“ der Regierung dienen. Spiegelschere! Die Regierung hat doch auch in die Erhöhung auf 2500 M. eingewilligt. Wenn man es nicht so eilig mit den Ferien hätte, dann ließe sich selbst vom Standpunkt der Kompromißparteien, wenigstens des Zentrums, aus noch mancherlei erreichen. Aber was soll man von einer Mehrheit erwarten, von der ein hervorragendes Mitglied, der Abg. Pauli-Wottdam, erklärt, wer 2000 M. Einkommen habe, bedürfe nicht der Wohlthaten der Krankenversicherung. Dieses Wort wird den Konservativen bei den Wahlen noch schwer im Magen liegen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Kollege Becker-Krnsberg hat die Behauptung in die Welt gesetzt, das Zentrum habe die Reichsversicherungsordnung nicht mit uns machen können und habe sie mit den Konservativen machen müssen, weil wir völlig unerfüllbare Forderungen aufgestellt hätten. So sagt das Zentrum jetzt. Bei der ersten Kommissionsberatung erklärte es, es könne die Reichsversicherungsordnung sehr wohl mit uns machen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), weil wir erklärt hätten, daß auch Zugeständnisse, die wir als ungenügend betrachten müssen, uns nicht an der Mitarbeit hindern würden. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt aber soll die angebliche Undurchführbarkeit unserer Anträge den Vorwand für die

verräterische Haltung der Mehrheitsparteien

liefern! Aber jedermann durchschaut das Spiel. Die Privatbeamten werden nicht wieder, wie 1907, auf die Versprechungen der Regierungen und der bürgerlichen Parteien hineingefallen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Voithoff (Sp.): Auch die nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmer einschließlich der Privatbeamten und Techniker sind unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Reichsversicherungsordnung gemacht wird. Die Werkmeister, Techniker, Privatbeamten aller politischen und sozialpolitischen Schattierung, nicht etwa bloß dieser oder jener als besonders radikal beschriebene Verband, haben ihre helle Entrüstung über den Druck feierlicher Versprechungen zum Ausdruck gebracht. Ich wäre durchaus für die Normierung der Maximalgrenze auf 5000 M. Das mindeste aber sollte die Annahme des sozialdemokratischen Antrages sein, umso mehr, als man die freiwillige Versicherung der Privatbeamten verächtlich und ihnen keinen Einfluß auf die sorgfältig konservierten Betriebsklassen eingeräumt hat. Und was das — noch dazu sehr beschränkte — Interesse der Ärzte an der Minderhöhung der Maximalgrenze betrifft, so steht doch wahrhaftig die Volksgesundheit über dem ärztlichen Interesse. Das werden auch die vernünftigen Ärzte zugeben. Mit einem Teil meiner politischen Freunde werde ich für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, und ich hoffe, daß auch manche Herren von den Nationalliberalen und vom Zentrum dafür stimmen werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und einem Teil der Freisinnigen.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Ich für meine Person werde sogar gegen den Antrag auf Erhöhung der Maximalgrenze auf 2500 M. stimmen. — Man mutet dem Arztstand zu, im Interesse der Allgemeinheit sich schädigen zu lassen. Mutet man das anderen Ständen zu? Mit Recht würden die Wädergesellen, wenn man ihnen sagen würde: „Durch Euren Streik treibt Ihr den Preis der Semmel und des Brotes in die Höhe, Ihr schädigt dadurch die Allgemeinheit; also dürft Ihr nicht streiken“, dann würden mit

Recht die Wädergesellen das als natürliche Zumutung zurückweisen. Was dem einem recht ist, das ist aber dem anderen billig. — Man sagt: der Geldwert ist gesunken. Vieles ist teurer geworden, vieles aber auch billiger, z. B. Möbel. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Warum weicht sich die Regierung so sehr gegen alle anderen Verbesserungen, während sie in diese Erhöhung auf 2500 M. einwilligt? Ganz einfach. Diese Erhöhung tragen nur die Arbeitgeber. Das ist überhaupt das Charakteristikum der ganzen Sozialpolitik: sie wird aus anderer Leute Kosten gemacht. — Wenn man den Kreis der Zwangsversicherten immer weiter ausdehnt, so soll man den ganzen Wertesstand verstaatlichen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Mit Ihnen ist kein Staat zu machen! Heiterkeit.) Durch diese neue Belastung der Arbeitgeber wird auch ihr Widerstand gegen das Privatbeamtenversicherungsgesetz gestärkt werden. Ferner wird mancher Arbeitgeber die Beiträge, die er zahlen muß, als Vorwand nehmen, um die Gehälter nicht zu erhöhen.

Abg. Dr. Fleischer (S.): In der Kommission haben meine Freunde beantragt, die Gehaltsgrenze auf 3000 Mark festzusetzen. Dieser Antrag wurde aber nicht angenommen. Wenn wir uns dann mit der Grenze von 2000 Mark zufriedengaben, so deshalb, weil wir die Ausdehnung der Gehaltsgrenze auf 5000 Mark bei der Unfallversicherung für wichtiger halten, als die Erweiterung der Gehaltsgrenze bei der Krankenversicherung. Wir treten nunmehr auch auf den Boden des Kompromißantrages, schon damit die Reichsversicherungsordnung nicht an dieser Klippe in letzter Stunde scheitert. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Die Nachteile, welche die neue Versicherungsordnung bringt, dürfen ihre Vorteile mindestens aufwiegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Fleischer rühmt, was Sie mit der Erhöhung der Einkommensgrenze bei der Unfallversicherung auf 5000 M. für die Privatangestellten getan haben. Aber für die Berechnung der Rente wird das Einkommen über 1800 Mark nur mit einem Drittel berechnet. Dadurch sinkt die Privatbeamten mit den höheren Gehaltsstufen schlechter wie jezt gestellt, da ihnen der Anspruch auf Grund des Hospitalkrieges, der ihnen jetzt zusteht, auf Grund des neuen Gesetzes genommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Man nennt die ganze Versicherungsreform einen Fluch für die Ärzte. Unter den Ärzten sind eben recht eigentümliche Ansichten verbreitet, haben doch manche Ärzte bei Belanntwerden des Spitalheilmittels von Ehrlich darüber geflagt, daß nunmehr ihr Verdienst aus den bisherigen langwierigen Kuren weg-falle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie Annahme unseres Antrages sollen nur 7 Proz. der Bevölkerung für die freie Praxis der Ärzte übrig bleiben. Nun, die Kassen würden bei der von uns beantragten Ausdehnung der Versicherungspflicht 214 Millionen statt 71 an die Ärzte zu zahlen haben, was bei gleichmäßiger Verteilung ein Einkommen geben würde, das mindestens dem Durchschnitts-einkommen von Leuten mit gleicher Vorbildung gleich wäre. Dazu käme noch die Behandlung der 23 Millionen Angehörigen der Versicherten und die von 7 Proz. der Bevölkerung in freier Praxis. Also die Ärzte haben nicht zu klagen. Sorgen Sie nur dafür, daß wir gute, leistungsfähige Kassen haben, die mit den Ärzten Verträge mit anständigen Honoraren abschließen können. Wenn freilich die Ärzte alles tun, um die Kassen leistungsunfähig zu machen, so haben sie selbst die Folgen zu tragen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht (Soz.) wird in namentlicher Abstimmung mit 225 gegen 71 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt, der Kompromißantrag (Erweiterung der Einkommensgrenze auf 2500 M.) wird angenommen.

Zu § 195 begründet

Abg. Währe (Soz.)

einen Antrag, bei den baren Leistungen der Kasse einen Grundlohn von sieben Mark (statt fünf Mark der Vorlage) festzusetzen und zu gestatten, durch Zahlung ihn bis zu acht Mark (statt sechs Mark der Vorlage) festzusetzen. Es sei eine notwendige Folge der eben angenommenen Erhöhung der Einkommensgrenze, auch die zulässige Grenze für den Grundlohn zu erhöhen.

Unser Antrag würde die Kassen leistungsfähiger machen und den höher gelohnten Arbeitern für ihre höheren Beiträge auch höhere Leistungen sichern.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Abschnitt „Wohngeld“ (§§ 210—218) liegt ein Kompromißantrag vor, für Mitglieder der Landrentenkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen, die Dauer des Wohngeldbezuges auf mindestens 4 und höchstens 8 Wochen durch Zahlung festzusetzen.

Ein Antrag Albrecht u. Gen. (Sp.) verlangt obligatorische Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe sowie weitere obligatorische Leistungen an die Wöchnerinnen und Schwangeren.

Kleines feuilleton.

Eine Ausstellung gegen den Alkohol. Das Internationale Bureau zur Bekämpfung des Alkoholismus hat in Lugano eine Ausstellung gegen den Alkohol veranstaltet, in der eine Reihe von eindringlich wirkenden Beispielen die schweren Schädigungen durch unmäßigen Genuß alkoholischer Getränke vorgeführt werden. Auf einigen Tischen sieht man Körperstücke, die die Verwüstungen durch Alkohol erkennen lassen, und zwar ist immer dem Beispiel das Gegenbeispiel gegenübergestellt. Man sieht Regenwände von Trinken gegenüber anderen von gesunden Menschen. Man sieht Stücke des Darmkanals, der durch Alkohol gelitten hat, ebenso Lebern, erweiterte Herzen, kurz eine Gesamtschau über die verheerenden Wirkungen einer langsamen Vergiftung, die sich oft bei Trinken völlig unbemerkt vollzieht. An anderer Stelle erblickt man eine Wiese, auf der drei Trupps von kleinen Weisoldaten vorrücken. Den ersten Trupp bilden Abstinenzler, den zweiten solche, die Wasser und Wein trinken und den dritten jene, denen mehr als die übliche Ration Alkohol gegeben wurde. Hinter den drei Trupps sieht man drei Ambulanzen. Während man nun bei den Enthaltenden nur einen Kranken auf dem Bogen sieht, sind auf dem der Wägen zwölf Soldaten außer Gefecht gesetzt und die Trinker haben alle nur verfügbare Fläche mit Beschlag belegt und schleppen sich nur mühsam weiter. Eine große Tabelle zeigt zwei lange Trupps von Wahnsinnigen, Männern und Frauen, die ihr Unglück dem Alkoholgeist zuschreiben haben. Dann wird wieder die geringe Nährkraft der alkoholischen Getränke anschaulich vorgeführt. Die Aussteller haben für eine Mark verschiedene Nahrungsmittel wie Milch, Brot, Erbsen, Käse, Zucker usw. gekauft und diesen gegenüber stehen eine Reihe Behälter, die mit einem weichen Pulver gefüllt sind, durch die die Größe des Nährwertes der verschiedenen Speisen genau angezeigt wird. Ein Bild überzeugt so den Besucher, wie außerordentlich gering der Nährwert des Alkohols gegenüber jedem anderen Nahrungsmittel ist. Ein wirksamer Vergleich ist auch zwischen dem Bier und der Gerste dargestellt. Die Gerste, die den wichtigsten Bestandteil für die Bereitung des Bieres ausmacht, hat dreimal größeren Nährwert als das ihr entsprechende alkoholische Erzeugnis.

Das größte Luftschiff der Welt. Aus London wird berichtet: Das Rarinetluftschiff, das größte der Welt, wurde in Barrow „von Stapel gelassen“, indem es von dem Wauksuppen in die besonders konstruierte Schutzhalle überführt wurde. Die „Rahsh“, wie das Luftschiff genannt wurde, zeigt im wesentlichen den barten Typus

der Zeppelinluftschiffe. Das Rahmentwerk ist aus „Duralumin“, einer neuen Aluminiumlegierung, die von den Chemikern der Westf. Werke, der Erbauer des Luftschiffes, erfunden worden ist. In dem Metallrahmen sind 17 Gasballons untergebracht, und der zwölfteilige Walfondörper ist von einer mit der neuen Substanz „Joco“ präparierten Seide überzogen. In der äußeren Gestalt erinnert das Luftschiff nach den vorliegenden Bildern sehr stark an den „Zeppelin“; nur das Hinterteil ist erheblich schlanker. Die Länge des Schiffes beträgt 155 Meter, der größte Durchmesser 16 Meter; die Maschinen haben 220 Pferdekraft und treiben drei Schrauben, von denen zwei vorne und eine hinten sitzen. Die Tragfähigkeit des Luftschiffes ist 21 Tonnen. Auch die Steuer- vorrichtungen sind denen der Zeppelinschiffe sehr ähnlich. Zwei bootförmige „Gondeln“ sind durch einen bedeckten Gang miteinander verbunden und können 22 Personen aufnehmen. Unter den Gondeln sind Wasserkanäle angebracht, die gefüllt werden, wenn das Schiff an der Oberfläche bleiben soll, und zum Aufstieg entleert werden können. Das Schiff ist mit einer vollständigen Einrichtung für drahtlose Telegraphie versehen. Die Kosten betragen bisher 820 000 Mark.

Die Exkommunikation der Mailäfer. Seit jeher trat in den nördlichen Ländern Europas der Mailäfer als gefürchteter Schädling auf und in früheren Zeiten wurde ihm manchmal auf ganz originelle Art und Weise der Krieg erklärt; die Mailäfer wurden nämlich vielfach in den Mann getan. Die berühmteste Exkommunikation dieser Art stammt aus dem Jahre 1449. In diesem Jahre suchten die Bewohner der Stadt Bern Hilfe gegen die Engerlinge bei ihrem Bischof. Daraufhin ließ der Bischof von Lausanne auf dem Kirchhof zu Bern und auf den Dörfern folgendes Monitorium an die Engerlinge verlesen: „Du unvernünftige, unvollkommene Kreatur, du Inger! Deines Geschlechts ist nicht gewesen in der Arche Noah. Im Namen meines gnädigen Herrn und Bischofs von Lausanne, bei Kraft der hochgelobten Dreifaltigkeit, vermale die Verdienste unseres Erlösers Jesu Christi und bei Gehorsam gegen die heilige Kirche gebueh' ich euch, allen und jeden, in den nächsten sechs Tagen zu weichen von allen Orten, an denen wächst und entspringt Nahrung für Menschen und Vieh.“ Im Falle des Ungehorsams wurden die Engerlinge auf den sechsten Tag nachmittags 1 Uhr vor den Richterstuhl des Bischofs nach Wisliburg geladen. Sie erhielten, als sie nicht erschienen, noch einen Auffub, als aber auch eine zweite Zitation auf die unvernünftigen Tiere keinen Eindruck machte, erfolgte endlich die Exkommunikation: „Wir, Benedikt von Montserand, Bischof von Lausanne, haben gehört die Bitte der großmächtigen Herren von Bern gegen die Inger und uns gerüht mit dem heiligen Kreuz und allen Gott

vor Augen gehabt, von dem alle gerechten Urteile kommen — Demnach so gravieren und beladen wir die schändlichen Würmer und bannen und verfluchen sie im Namen des Vaters, Sohnes und heiligen Geistes, daß sie beschwört werden in der Person Johannes Perrotati, ihres Beschirmers, und von ihnen gar nichts bleibe denn zum Nutzen des menschlichen Brauches.“

Hier, wie in allen Bannflüchen der damaligen Zeit finden wir den eigentümlichen Gebrauch, daß den Tieren, denen der Prozeß gemacht werden sollte, ein Sachwalter gestellt wurde, der vor Gericht die Interessen der angeklagten Tiere in jeder Weise wahrnehmen mußte. Ein deraartiger Kurator machte in langer Verteidigungsrede geltend, daß die Rattäfer seit unvorstellbaren Zeiten in der betreffenden Gegend Wohnung und Nahrung gehabt hätten, also angefaßen und heimatrechtlich seien und infolgedessen durch einen Gerichtsbeschuß nicht verbannt werden könnten.

Notizen.

— Theaterchronik. Am Mittwoch geht als erster Abend der Orestie im Jirkus Wulch der „Agamemnon“ in Szene. Der zweite Teil wird zuerst am 10. Juni aufgeführt. Der Biletverkauf für den zweiten Orestie-Abend findet bei A. Wertheim statt, und beginnt Dienstag, den 30. Mai, vormittags 10 Uhr. Für die Studentenschaft, die Schulen und die Gewerkschaften ist ein Teil der Karten reserviert. — Unter der Leitung von Reinhardt wird im September eine vollständige Aufführung der drei Teile der „Orestie“ in der Münchener Infanterie-Kaserne stattfinden.

— Kunstankäufe der Stadt Berlin. Im städtischen Etat sind Summen für Kunstankäufe in den beiden Ausstellungen angefaßt. Aus der Sezessionsausstellung wurden daraus erworben Baluschek's Gemälde Mittag und eine Wädchensüste von Rag Krause.

— Ein neuer Chodowied im Kaiser-Friedrich-Museum. Das Kaiser-Friedrich-Museum hat ein kleines, reizvolles Bild von Daniel Chodowied, dem Meister der Berliner Popzettel erworben. Das Gemälde, das im Saal des 18. Jahrhunderts seinen Platz erhielt, schildert eine Familienszene aus kleinbürgerlichem Milieu.

— Ein Heindenkmalin Frankfurt a. M. Ruder- tum, Bureaucratie und Chauvinismus haben bisher in Preußen, wo die größten Trottel und die verhaßtesten Volkseinde durch Denkmäler die Nachwelt belästigen, jedes Heiden-Denkmal verhin- dert. Jetzt wird wieder ein Versuch in Frankfurt a. M. unter- nommen. Der Magistrat will sogar einen öffentlichen Platz dazu überlassen. Den Heiligen und den Rittern wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als einen bewaffneten Aufzug zu unter- nehmen zur Abwehr der Schmach — edler Frankfurt zu boogelieren.

Abg. Dr. David (Soz.):

Wir werden für die Anträge Ablass stimmen, die in der Richtung unserer Anträge zur zweiten Lesung liegen, wenn sie auch nicht so weit gehen. Ich hoffe in der zweiten Lesung, Sie durch das bessere Bild der Säuglingssterblichkeit, das ich entrollte, für eine Erweiterung des Säuglings- und Wöchnerinnen-Schutzes zu gewinnen. Darin habe ich mich getäuscht. Ich hatte aber nicht erwartet, daß bis zur dritten Lesung noch ein Antrag ausgeht würde, der die Sorge in diesem Punkte noch verschlechtert, er will den Landkrankenlasten gestatten, das Wochenlohn von acht Wochen auf vier Wochen herabzusetzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden hat der Vizepräsident Schulz nach Zeitungsberichten gesagt: „Angesichts der Hygiene treten alle parteipolitischen Gegensätze zurück.“ Und der Name desselben Herrn Schulz zielt einen Antrag, der auf einem der wichtigsten Gebiete der Hygiene den parteipolitischen, den antisozialen Standpunkt der Rechten in der marantischen Weise dokumentiert. (Lebhafte Zustimmung links.) Dieser Antrag ist die Fortbildung des Antrages Zrl-Dufnagel, den die Herren bei der zweiten Lesung in einer Anwendung berechtigter Schwammgefühl zurückgezogen hatten. Dabei ist die Säuglingssterblichkeit gerade in den ländlichen Bezirken, welche die Herren rechts vertreten, besonders groß. Die Herren aus Bayern, welche den Antrag unterzeichnet haben, möchte ich darauf hinweisen, daß im Landesdurchschnitt die Säuglingssterblichkeit in Bayern noch größer ist als in Preußen, und zwar auch dort vorzugsweise in den ländlichen Bezirken. Sie haben über den Antrag Schulz namentlich Abstimmung verlangt, um die Herren, die für ihn stimmen, vor dem deutschen Volk

an den Pranger

zu stellen. (Lebhafte Zustimmung links.) Zur zweiten Lesung war hier eine Eingabe der preussischen Landeszentrale für Säuglingschutz eingegangen, in der ebenfalls die obligatorische Schwangerenfürsorge, die obligatorische Leistung von Hebammen- und Arzthilfe verlangt wurde. Unterzeichnet war die Eingabe u. a. vom Leibarzt des Kaisers und der Kaiserin, von vielen hohen Beamten, auch die feine Damenwelt sollte nicht, so prangte darunter der Name Frau Gräfin Schwerin-Löwzig. Alle diese Unterzeichner der Eingabe werden merken, was sie von den sozialen Nebenwirkungen der Vorkämpfer der Rechten zu halten haben, denen sie in den Salons begegnen.

Wohltätigkeitsarbeit wollen Sie treiben,

Margueritenlage veranstalten, hundertmal soviel wert wäre es, wenn Sie heute die hier vorliegenden Anträge annehmen und den Antrag Schulz ablehnen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Regierung hat in der zweiten Lesung ihr Unannehmbar erklärt, wenn die obligatorische Hebammenhilfe angenommen würde. Würde das Deutsche Reich die hieraus entspringende Belastung nicht mehr tragen können, so wäre das eine Schmach für das Deutsche Reich. (Lebhafte Zustimmung links.) Nein, dieses Unannehmbar hat keine praktische Bedeutung. Niemand hier im Hause glaubt, daß die Regierung daran das Geringste scheitern lassen könnte, das wäre eine politische Unmöglichkeit, und deshalb läßt die Verantwortung für Ihre Abstimmung auf Ihnen selbst. (Sehr richtig! links.) Und beim Antrag Schulz ist kein Unannehmbar der Regierung vorhanden, da handelt es sich sogar noch um eine Verschlechterung. Werden Sie wenigstens diesen Antrag in den Diskurs. In der zweiten Lesung habe ich an Ihr soziales Gewissen und Ihr nationales Gefühl appelliert. Jetzt will ich an Ihr Gefühl als Männer, an Ihr Ritterlichkeitsgefühl appellieren, an das Gefühl der Ehrfurcht vor der schwangeren Frau, und der werdenden Mutter, die mit ihrer Gesundheit Opfer für das werdende Leben bringt. (Lebhafte Bravo! links.)

Abg. Fegter (Sp.) beläpft erneut die Differenzierung gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung und wendet sich dann gegen den Antrag Schulz. Dieser Antrag ist noch schlechter als der Antrag Zrl und er wird nicht dazu beitragen, die Majorität für die Reichsversicherungsordnung zu erhöhen. Der Antrag muß empörend wirken und Sozialdemokraten geradezu schrecken. Der Antrag richtet sich direkt gegen die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Hier hätte die Regierung ein „Unannehmbar“ aussprechen sollen. (Zustimmung links.) Daß der Appell Dr. Davids an die Ritterlichkeit jener Herren vergebens sein würde, war mir von vornherein klar. (Bravo! links. Lauter ironisches Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Durch diese Rundgebung brandmarken die Herren von der rechten Seite sich selbst. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie scheinen gar nicht zu begreifen, wie ernst die Sache ist. Das geht ja auch daraus hervor, daß die Antragsteller trotz der sehr gründlichen Angriffe gegen den Antrag es nicht für nötig gehalten haben, auch nur ein Wort zur Begründung des Antrages zu sagen. Sie halten es nicht einmal für wert, dieser Debatte überhaupt nur zu folgen. (Sehr gut! links.) Mein Parteifreund David hat in warmen Worten an das soziale Gewissen der Herren appelliert, an Ihr nationales Gewissen, an das Gewissen der Männer, die Gerechtigkeit üben wollen, aber eines hat er vergessen, er hätte auch appellieren sollen an ihr christliches Gewissen. (Lebhafte Zustimmung links.) Denn die Anträge, die hier als rein menschlichen Gründen gestellt sind, sind zugleich im eminenten Sinne christlich. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir hätten erwarten müssen, daß gerade die Herren, die hier als Vertreter des Christentums erscheinen, sich veranlaßt gesehen hätten, für die Mütter einzutreten, von denen in der Bibel gesagt ist: Mit Schmerzen sollst Du Kinder gebären. Wenn Sie auch nicht alle Frauen haben oder gehabt haben — Mütter haben Sie alle gehabt, und die Empfindung für die Mutter sollten Sie alle haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Mehr als Männer in den Schlachten getötet und verwundet sind, sind Mütter bei der Geburt gestorben und sich geworden. Tausende und aber Tausende von den Müttern befinden sich in der traurigen Lage und ohne die notwendige Hilfe. Wenn je ein Wort mit Recht ausgesprochen ist, so das Wort von der schmerzlichen Stunde, das man auf die Frau anwendet, die gebären soll, und mit Recht sagt Goethe: Was eine Mutter bei der Geburt aushält, ist mehr, als zehn Männer aushalten können! Ist das alles richtig, so ist es unerhört, daß man solche Anträge stellen kann, und ich konstatiere, daß auch

brei christliche Arbeitervertreter

unter den Unterzeichnern sind. (Lebhafte Rufe links: Psuil Arbeitervertreter!) Wie Sie die Panzerträger sind bei den Bestimmungen gegen die Arbeiter, so sind Sie hier auch die Panzerträger bei dem Antrag gegen die Arbeitermütter. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das ist ein Standal sondergleichen.

(Lebhafte, wiederholte Zustimmung links. Großer Lärm rechts.) Sie machen uns maßhaftig die Ablehnung dieses Gesetzes sehr leicht. (Sehr richtig! links.) Neben den christlichen Arbeitervertretern gehören auch zwei katholische Geistliche zu den Unterzeichnern des Antrages: Dr. Hise und Dr. Schädler. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn ich alles für möglich gehalten hätte, aber daß katholische Geistliche einen solchen Antrag unterzeichnen, daran habe ich auch nicht einmal im Traum gedacht. In Wahrheit liegen die Zustände viel schlimmer, als sie bisher hier geschildert wurden. Gerade in katholischen Ländern sind sie besonders arg, und speziell Dr. Schädler muß wissen, wie es in seinem Heimatlande Bayern aussieht. (Sehr richtig! links.) Auch Herr Horn-Reuß gehört zu den Unterzeichnern des Antrages, obgleich er doch ganz genau weiß, daß in dem Wahlkreis, den er vertritt, die Kindersterblichkeit erheblich größer ist als in Preußen. Während sie in Preußen im Durchschnitt 16,3 Proz. beträgt, beträgt sie im Heinen Reuß 21,3 Proz. (Hört! hört! links.) und wie sieht es in Bayern aus? Nach einer Statistik aus der Mitte des vorigen Jahres betrug die Säuglingssterblichkeit für die Stadt Augsburg 27,4

Prozent (Hört! hört! links), für das Bezirksamt Augsburg 34,3 Proz. (erneutes Hört! hört! links), für Donaauwörth-Stadt 24,1 Proz., für Donaauwörth-Land 33,1 Proz. (Hört! hört! links), für Günzburg 27,6 Proz., für den Bezirk Günzburg 32,1, für die Stadt Nördlingen 21, für den Bezirk Nördlingen 26,5 Proz. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Durchschnittsterblichkeit über ganz Bayern betrug für Kinder in den Städten 24,3 und auf dem Lande 28 Proz. (Lebhafte Zustimmung links.) Das sind alles vorwiegend katholische Bezirke. Es ist geradezu ungläublich, daß sich ein bayerischer katholischer Geistlicher dazu hergegeben hat, diesen Antrag zu unterzeichnen. Wie kann man angesichts solcher Zahlen und überhaupt zumuten, für diesen Antrag zu stimmen. Ich verstehe gar nicht, wie das möglich ist. Wenn Sie vor der Rede meines Parteifreundes Dr. David aus der zweiten Lesung, die doch jedem aus dem Herzen gegriffen hat, einen solchen Antrag gestellt hätten, dann hätte es noch durchgehen können, weil Sie die Dinge nicht kannten. Uebrigens soll man über Dinge keine Anträge stellen, die man nicht kennt. (Sehr richtig! links.) Aber Sie waren gewarnt. Sie haben auch nicht eine einzige Behauptung von uns widerlegen können. Da ist die Zumutung, die Sie heute an uns stellen, eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen. (Lebhafte wiederholte Zustimmung links.) Wir protestieren jedenfalls dagegen, daß man uns im Reichstage überhaupt mit einem solchen Antrage kommt, mit einem Antrage, der, wenn er angenommen würde,

eine Schmach für den Deutschen Reichstag

ist. (Lebhafte, anhaltender Beifall links, Unruhe und Lärm rechts und im Zentrum.)

Abg. v. Camp-Massauen (Sp.): Die Ausfälle der Vorredner überschritten so sehr das gemohnte Maß, daß man doch dazu nicht schweigen kann. Wir messen der Frage dieselbe Bedeutung bei, wie der Kollege David; nur über die Wege der Besserung gehen unsere Ansichten auseinander. — Der Kollege Fegter kennt die Arbeiterverhältnisse im Osten einfach nicht. (Zuruf links.) Die verheirateten Arbeiterinnen auf den Wäldern des Ostens werden eigentlich nur während der Erntezeit stärker beschäftigt. Für sie kommt die Wochenhilfe nicht in Betracht, so sehr in Betracht, wie für die städtischen Industriearbeiterinnen. Auf den Bauerngütern besorgt die Besitzerin die größten und unsaubersten Arbeiten, das Diebstahlmädchen die schmerzlichsten und schmutzigsten. (Sehr richtig! rechts; Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Es ist wahrhaft empörend, wie sich die Redner der Linken über Dinge äußern, die sie nicht kennen. (Bravo! rechts, Heiterkeit und Zurufe links, Unruhe im ganzen Hause.) — Die Geburten auf dem Lande gehen durchweg weit leichter vor sich als in der Stadt. Die Herabsetzung der Wochenbeihilfenzahl von acht auf vier Wochen soll und kann die Mittel disponibel machen, um den Frauen obligatorische Hebammendienste zu sichern. Und dies ist das allerwichtigste. Ich hoffe, daß die Aufsichtsbörden dahin wirken werden, daß möglichst viele Landkrankenlasten jahungsmäßig obligatorische Hebammendienste einführen. — In keiner Weise verdienen wir die Vorwürfe der Linken. (Lebh. Bravo! rechts.)

Abg. Zrl (Z.): Dr. David hat seine Rede aus der zweiten Lesung wiederholt. Ich aber käme nicht wieder. (Zuruf und Heiterkeit links.) In Bayern ist ganz vorzüglich für die Säuglinge gesorgt. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Auf die Ausführungen des Vorredners will ich nur kurz bemerken, daß die Gegend, die er vertritt, zu den schlimmsten Gegenden gehört. (Hört! hört! links.) Die Säuglingssterblichkeit ist dort am größten. (Abg. Zrl: Das liegt an den vielen Russinnen! Lachen links.) Dann wird dort also die

Engelmacherei engros

getrieben. In Oberbayern beträgt die Kindersterblichkeit in den Städten 25,7, auf dem Lande 30,5 Proz. (Hört! hört! links.) Das zeigt, daß die Verhältnisse auf dem Lande dort noch recht traurig liegen. Wir bestreiten ja gar nicht, daß die Vorlage einen kleinen Fortschritt bringt, aber einen vollständig ungenügenden Fortschritt. (Sehr richtig! links.) Sie fragen bei jedem unserer Anträge, wo das Geld hergenommen werden soll. Dabei zählen die Arbeiter ja zwei Drittel der Beiträge. (Sehr richtig! links.) Dann sagen Sie, der Bauer lasse sich nicht zwingen. Gewiß, der Bauer läßt sich nicht zwingen, er will nicht gezwungen sein, und da er nach dem Gesetz in den Landkrankenlasten alles und die Arbeiter nichts zu sagen haben, so können wir uns ja vorstellen, wie die Dinge sich auf dem Lande entwickeln werden. (Sehr richtig! links.) Wenn man den Freiherren von Camp hörte, dann sollte man meinen, Ostpreußen sei für die Arbeiterfrauen das reine Dorado. Es ist nur verwunderlich, warum die Arbeiter

in heißen Scharen davonlaufen,

warum immer mehr und mehr Arbeiter nach dem Westen gehen. (Sehr richtig! links; Zuruf links: Weil es ihnen im Osten zu gut geht! Heiterkeit.) Wenn der Abg. Freiherr v. Camp recht hätte, dann wäre es ferner nicht zu verstehen, warum die eingeborenen Arbeiter in die Stadt gehen und dafür

hunderttausende von Russen und Polen ins Land geholt werden müssen.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, zeigt ein vor mir liegendes Vertragsformular für Inleute, ausgestellt von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, also einer Korporation, deren Kompetenz Freiherr v. Camp nicht bestreiten wird. Da heißt es in § 2: „Der Unterzeichnete hat die Pflicht, mindestens ein arbeitsfähiges Mädchen oder einen solchen Jungen täglich zur Arbeit zu stellen. In diesem Fall ist die Frau nur in der Erntezeit oder in besonders dringenden Fällen verpflichtet, in Arbeit zu kommen. Jedoch ist die Frau zum Melken der Kühe verpflichtet.“ (Hört! hört! links.) Im § 4 heißt es: „Die Arbeitszeit ist die ortsübliche. Die Frau darf eine halbe Stunde später zur Arbeit kommen und dieselbe eine halbe Stunde früher verlassen.“

Die ortsübliche Arbeitszeit auf dem Lande beträgt 14 Stunden.

Die Frauen müssen demnach 13 Stunden arbeiten. (Hört! hört! links.) Weiter heißt es: „Sollte in besonders dringenden Fällen über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden, so...“ (Hört! hört! links.) Und an einer anderen Stelle: „Sollte in ganz besonders dringenden Fällen in der Ernte auch Sonntagsarbeit notwendig werden, so...“ (Hört! hört! links.) Was besonders dringende Fälle sind, darüber entscheidet der Arbeitgeber. Sie sehen, daß die Verhältnisse für die Frauen auf dem Lande erheblich schlechter sind, als sie Freiherr von Camp geschildert hat. (Sehr richtig! links.) Er malte alles in den hellsten Farben, aber die Tatsachen sprechen gegen ihn. Deshalb haben seine Ausführungen auf uns auch keinen Eindruck gemacht. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Fegter (Sp.): Der Abgeordnete Zrl vertritt sich dagegen, daß er wiederkäme. Warum diese Behauptung? Man hat ihn doch nicht ein Hindrich genannt. (Heiterkeit und Sehr gut! links, Unruhe im Zentrum und rechts.) — Herr v. Camp spielt sich als ganz besonderer landwirtschaftlicher Sonderbündiger auf. Nach dem Reichstagshandbuch hat er als Referendar angefangen, ist Professor geworden und hat es bis zum Wirklichen Geheimrat im Eisenbahnministerium gebracht. Nebenbei hat er dann noch ein Rittergut geerbt. (Heiterkeit links.) Und nun kommt der Geheime Wirkliche Geheim Regierungsrat und wirft mir, der ich mein Lebenlang auf dem Lande gelebt und gearbeitet habe, vor, nichts von landwirtschaftlichen Dingen zu verstehen. Aber der Wirkliche Geheime Rat, der versteht natürlich alles. (Große Heiterkeit links.) Sozialpolitik, Landwirtschaft und sogar Geburts-helferei. (Sturm. Heiterkeit.) Wenn er übrigens so eifrig für die obligatorische Hebammenhilfe eintritt, so nehme er doch unseren Antrag an und stimme gegen den ungeheuerlichen, ja, unsittlichen Antrag Schulz. (Sturm. Zustimmung links, Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Unsittliche Anträge gibt es nicht.

(Sturm. Heiterkeit im ganzen Hause.) Abg. Dr. Hugban (Sp.) kann sich bei der im Hause herrschenden Unruhe nur schwer verständlich machen. Er verweist namentlich darauf, daß in den Landkrankenlasten nicht bloß „robuste“ Landarbeiter, sondern auch nicht gerade sehr robuste Heimarbeiter usw. verifiziert sind.

Abg. Horn-Reuß (nail.) tritt für den Kompromißantrag ein. Die Frau des Handwerkers, des Bauern steht nach ein paar Tagen vom Wochenlohn auf. Da wird man es auf dem Lande nicht verstehen, wenn die Landarbeiterin 8 Wochen hindurch Beihilfe erhalten soll.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die landwirtschaftliche „Remerkschaft“ des Herrn v. Camp ist ja vom Kollegen Fegter gebührend beleuchtet worden und wie es mit dem angebliehen östlichen Eldorado der Landarbeiter steht, hat mein Parteifreund Wedel gezeigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, wenn Landarbeiter hier wären, sie würden Herrn v. Camp ins Gesicht schlagen. Und ebenso lachen alle Fachleute — Kollege Dr. Hugban wird es bezeugen — über das, was Herr v. Camp hier uns von den leichten Geburten auf dem Lande erzählt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) In Hessen ist man mit den Blumentagen bis auf die kleinsten Dörfer gegangen; ein Beweis dafür, daß man auch auf dem platten Lande allgemach die Notwendigkeit einer ausgiebigeren Säuglingsfürsorge einsieht. — Herr v. Camp bekennet sich als Anhänger der obligatorischen Hebammendienste. Dann stimme er doch für den Antrag Ablass. (Sehr gut! links.) Man sagt uns: die Landkrankenlasten können ja auch nach dem Antrag Schulz Wochenhilfe bis zu 8 Wochen gewähren. O ja, sie können das. Also, wenn der gesetzliche Zwang wegfällt, dann wird der agrarische Druck, unter dem die Landkrankenlasten stehen, in 90 von 100 Fällen verhindern, daß die Krassen freiwillig tun, wozu sie gesetzlich nicht verpflichtet sind. Hier wird, um den agrarischen Profit zu schonen, eine wahre Engelmacherei getrieben. (Lärm rechts!) Wenn die Mehrheitsparteien noch einen

Gucken von Anstandsgefühl

besitzen, so müssen sie wenigstens diesen Verschlechterungsantrag zurückziehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm und Anordnung bei der Mehrheit.)

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen keinen solchen Vorwurf gegen Parteien dieses Hauses erheben.

Abg. v. Camp (Sp.): In Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses werde ich den Abgg. David und Fegter ein anderes mal antworten.

Abg. Fegter (Sp.): Das ganze Gesetz, wenigstens soweit es sich um die Landkrankenlasten handelt, ist ausschließlich nach ostelbischen Gesichtspunkten zurechtgeschnitten.

Abg. Dr. Säbikum (Soz.):

Ueber das intellektuelle Manis, das in den Reden der Zrl und Genossen zutage tritt, könnte man hinwegsehen, empörend aber ist die Herzenshärtigkeit, die man bei dieser eigentümlichen Mittelständererei und angebliehen Bauernfreundlichkeit an den Tag legt. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe bei der Mehrheit.) Der Kollege Zrl sucht nachzuweisen, daß Bayern in bezug auf Säuglingssterblichkeit besonders günstig dastehe. Nur in bezug auf Kostländer gibt er achselzuckend einen großen Sterblichkeitsprozentsatz an. Aber das sind ja nur Kostländer, großstädtische Kostländer, die aufs Land gegeben werden. Sind etwa solche Kostländer keine Menschen? (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn unter den Kostländern eine große Sterblichkeit herrscht, so nicht darum, weil diese Kinder aus Großstädten kommen, sondern weil es sich um maltraktierte, mißhandelte, vernachlässigte, schlecht genährte Kostländer handelt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich wiederhole noch einmal: es ist Herzenshärtigkeit, was aus den Reden und Anträgen der Mehrheit spricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lärm und Unruhe bei der Mehrheit.)

Abg. Helm (Z.): Die Säuglingssterblichkeit ist sehr verschieden in den einzelnen Teilen Bayerns. An der erhöhten Säuglingssterblichkeit in einigen Teilen Bayerns trägt Schuld einmal die Unterernährung, die u. a. durch die verhängnisvolle, von uns nicht beklagte Entwicklung des Molkereiwesens bewirkt ist. (Hört! hört! links.) aber auch durch die Abneigung der weiblichen Jugend gegen den häuslichen Dienst. (Sehr richtig! rechts.) Diese ist um so ungerechtfertigter, als dort noch patriarchalische Verhältnisse und zwar im guten Sinne existieren. Dort in Bayern redet man sich noch mit Du an, dort sagt der Arbeiter zum Arbeitgeber auch nicht „gnädiger Herr“.

Die Diskussion schließt. Es folgen persönliche Bemerkungen. Zunächst behauptet Abg. Pauli-Votsdam (L.), daß die Linke gemohnheitsmäßig die Reden der Rechten störe, während die Rechte mausestills bei Reden der Linken zu sein pflege. (Stürmische Heiterkeit links.) Abg. Fegter (Sp.) protestiert gegen diese Behauptung.

Präsident Graf Schwerin, der dem Abg. Pauli-Votsdam die Ausdehnung seiner persönlichen Bemerkung gestattet hat, unterbricht unter tosendem Beifall der Rechten mehrmals den Abg. Fegter.

Nachdem der Lärm der Rechten sich einigermaßen gelegt hat, behauptet Abg. Pauli-Votsdam erneut, daß die Rechte niemals unter Führung der Antisemiten so intensiv und andauernd, daß der Redner völlig unverständlich bleibt.

Der Kompromißantrag Schulz wird in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 119 Stimmen bei 2 Stimmenthaltenungen angenommen, die Anträge Ablass (Sp.) werden abgelehnt.

Zu § 363a (Dienstordnung für die Angestellten der Ortskrankenlasten) bemerkt

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Ich will hier die Vorwürfe zurückweisen, die gegen meine Freunde bei den Ortskrankenlasten erhoben sind, natürlich nicht alle, aber doch einige. Der Ministerialdirektor Caspar hat die drausichweicigste Ortskrankenlasten angegriffen. Auch die Arbeitgeber im Vorstand — und keiner derselben gehört der sozialdemokratischen Partei an — haben sich dagegen verwahrt, daß bei der Anstellung von Beamten die politische Gesinnung irgendwie von Einfluß ist. — Ferner hat der Abg. Weder behauptet, daß die Essener Ortskrankenlasten in Zentrumshänden sei — die Kasse, die zur Sicherstellung ihres Mandanten im Fall der Auflösung seines Vertrages 52 000 M. hinterlegt hat. Für die Richtigkeit der Behauptung, daß die Essener Kasse in christlichen Händen ist, verweise ich auf die „Essener Volkszeitung“. — Weiter hat Weder die Münchener Kasse kritisiert, es seien dort im Jahre 1908 vier Beamte entlassen worden, weil sie unserer Partei nicht angehörten. Aus den beteiligten Kreisen wird uns mitgeteilt, daß damals zwei Beamte entlassen wurden, weil sie für ihr Amt unfähig waren; der eine der Entlassenen gehörte dem Zentrum an, der andere unserer Partei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter lagte Herr Weder über schlanke Kontrolle eines Ortskranken im Jahre 1897. Damals war die Kasse nicht in den Händen meiner Parteigenossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist damals ein dem Zentrum angehöriger Mann namens Fischer angestellt worden, der der böse Mann gewesen sein muß, wenn wirklich zu viel kontrolliert worden ist. — Ich bitte um Entschuldigung, daß ich solche Kleinigkeiten hier vortrage; ich bin aber dazu gezwungen, weil diese Behauptungen in der zweiten Lesung hier vorgetragen sind. — Auch der Abg. Cunow hat über Mißbräuche in den Ortskrankenlasten gesprochen. Gerade er als langjähriges Mitglied der Aufsichtsbehörde hätte in der Lage sein müssen, den Beweis zu führen, wenn wirklich Mißbräuche vorgekommen wären. Gerade von ihm hätte man laohaler Weise erwarten müssen, daß er von dem hohen Standpunkte der

sozialdemokratischen Vorstände der Ortskrankenkassen in Hagen berichtet hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) wiederholt, daß die Essener Ortskasse nicht in christlichen Händen sei, wenigstens nach seinen Gewährsmännern, denen er Glauben schenke. Nach diesen Gewährsmännern habe er auch daran fest, daß zahlreiche sozialdemokratische Mitglieder in den Ortskrankenkassen vorgekommen seien.

Abg. Giesberts (Z.): Wenn an dem zu tabelnden Beschluß der Essener Ortskrankenkasse auch christliche Arbeiter mitgewirkt haben, werden wir ihnen gründlich die Leviten lesen. Hier aber handelt es sich darum, die Krankenkassen so zu gestalten, daß sie als öffentlich-rechtliche Institutionen neutral sind.

Abg. Que (Soz.):

Herr Becker hat in zweiter Lesung die Aufforderung an uns gerichtet, ihm einen Fall zu nennen, in dem ein christlich organisierter Arbeiter von einer sozialdemokratischen Kassenverwaltung angestellt worden ist. Wir haben ihm einen solchen Fall genannt, der selbstredend nicht der einzige ist. Herr Becker's lähne Schlusfolgerungen fallen damit zusammen. — Die Essener Kasse, von der hier mehrfach die Rede ist, weist eine christliche Vertretermajorität auf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kassenbeamte Meyer, der sich für sorgfältig von der christlichen Kassenverwaltung das bekannte hohe Gehalt hat garantieren lassen — gegen den Widerspruch und in Abwesenheit des einzigen sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedes der Essener Kasse —, ist kein Sozialdemokrat, kein Nationalliberaler, kein Christlich-Sozialer, kein Demokrat, er ist, wie in Essen jedes Kind weiß, ein guter Zentrumsmann. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie unsererseits können mit zahlreichen Fällen aufwarten, in denen sozialdemokratische Beamte von christlichen Vorständen aus Kassenverwaltungen herausgedrängt worden sind. Früher hat Herr Giesberts selbst alle die Schauererlebnisse von sozialdemokratischem Terrorismus in den Krankenkassen als legendär bezeichnet. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Fünfzehn Jahre hat man emsig, unter Aufbietung eines gewaltigen Apparats, nach Material gegen die Krankenkassen gesucht. Und das Resultat? Die amtlichen Motive der Reichsversicherungsordnung gehen ein, daß es kein Material gibt. Und trotz des mangelnden Materials macht man das Antikrankenkassengesetz. Das ist bezeichnend für die Mehrheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Que (Soz.)

polemisiert gegen den Abg. Giesberts. Wenn sozialdemokratische Mitglieder der Kassenvorstände außerhalb ihrer Amtsstunden noch für ihre Partei tätig sind, so ist das doch ihr gutes Staatsbürgerrecht und kann in keiner Weise dahin gedeutet werden, daß die Kassen sozialdemokratisch gemischtbraucht werden. Man kommt mit solchen Vorwänden, um einen unerhörten Angriff auf die Selbstverwaltung der Arbeiter mit einem Schein des Rechts zu umkleiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.): Wir haben nicht das Recht der politischen Betätigung der Kassenbeamten außerhalb der Kassenstunden bestritten, sondern uns nur dagegen gewandt, daß die Kassen zum Tummelplatz politischer Agitation gemacht werden. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Die Debatte schließt. § 303 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei § 325a, der von den Anknappschaffskassen handelt, befürwortet

Abg. Que (Soz.)

einen Antrag, wonach der zweite Absatz lauten soll: In die Generalversammlung und den Vorstand der knappschafflichen Krankenkassen, Anknappschaffvereine und Anknappschaffskassen können auch Anknappschaffinvaliden gewählt werden.

Ministerialdirektor Caspar tritt demgegenüber für einen Antrag der Kompromißpartei ein, die Vergünstigten nur wählbar zu machen, wenn sie als freiwillige Mitglieder Beiträge zur Krankenkasse zahlen.

Abg. Sachse (Soz.)

weist darauf hin, daß in dem Kompromißantrag die Worte „Anknappschaffvereine und Anknappschaffskassen“ fehlen, so daß demnach zahlreiche Invaliden nicht wählbar sind.

Abg. Giesberts (Wirtsch. Bg.) belämpft ihn, weil die Pensionskassen landesgesetzlich geregelt seien.

Der Kompromißantrag wird angenommen, der sozialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 95 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Das zweite Buch (Krankensicherung) ist damit erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Fortsetzung.

## Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom Montag, den 20. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: v. Dallwitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Entlastung des Oberverwaltungsgerichts.

Die Kommission hat die Einführung einer Revisionssumme getrieben und nur die Bestimmungen über die Hinzuziehung von Hilfsrichtern angenommen.

Abg. v. Kried (L.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen. Bewußt sei auch das Hilfsrichtertum bei höchsten Gerichten nicht sehr erwünscht. Daher möge die Regierung so bald wie möglich mit einer organischen Verwaltungsreform kommen.

Abg. Lieber (nat.) spricht sich für die Beschlüsse der Kommission aus.

Abg. Gysling (Sp.): Wir werden auch gegen die Hinzuziehung von Hilfsrichtern stimmen, da nicht die genügenden Rauteln für ihre Selbständigkeit gegeben sind und weil die Gefahr vorliegt, daß die Gesundheit gerade besonders tüchtiger Kräfte durch die Ausnutzung ihrer Arbeitskraft beim Oberverwaltungsgericht dauernd untergraben werde. Man täte besser, die ordentlichen Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts zu vermehren.

Abg. Loy (H.) erklärt sich für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir begrüßen die Abschwächung der Regierungsvorlage. Können aber auch den Rest, den die Kommission bewilligt hat, nicht akzeptieren. Die Gründe habe ich in der ersten Lesung eingehend dargelegt; sie liegen vor allem in der besonderen Wichtigkeit der Unabhängigkeit der Richter bei dem höchsten Verwaltungsgericht, zumal es sich aufbaut auf untere Instanzen, bei denen diese Unabhängigkeit nicht vorhanden ist. Geeignete Mittel zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts sind genügend vorhanden; sie liegen in der Vermehrung der Richterstellen und der Übertragung einer Anzahl Materien an die ordentliche Gerichtsbarkeit. Daher liegt kein Grund vor, den Weg der Vorlage zu befürworten; wir werden deshalb gegen die Vorlage stimmen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nachdem sich noch der Abg. Bitta (Z.) für die Kommissionsfassung erklärt hat, schließt die Debatte.

Die Vorlage wird in zweiter und dann auch in dritter Lesung angenommen, der Termin des Inkrafttretens wird auf den 1. Juli 1911 festgesetzt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Lotteriegewinne, die Veräußerung von Inhaberpapieren mit Prämien und den Handel mit Lotterielosen.

Die Abg. Wöhmer (L.), Merin (H.) und Sobel (Z.) erklären sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Abg. Veltjahn (Sp.): Wir erkennen an, daß die Kommission den Entwurf verbessert hat, aber wir halten die Landesgesetzgebung in dieser Materie für nicht zuständig. Die Regelung der

Materie im Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Reichsstrafgesetzbuch sollte nicht durch die Landesgesetzgebung durchläßt werden. Die Mißstände auf diesem Gebiete herrschen auch nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten. Jeder Freund der Reichseinheit sollte daher seine Mitwirkung bei dieser Vorlage verweigern. (Wahr! links.)

Zustimmungsbeschlüsse: Die Regierung ist mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Durch das Strafgesetzbuch wird lediglich bestraft, wer eine Lotterie ohne Zustimmung veranstaltet, und im Einführungsgezet heißt es ausdrücklich, daß im übrigen die Landesgesetzgebung freie Hand hat.

Abg. Lieber (nat.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich kann mich der Kritik des Herrn Abg. Veltjahn durchaus anschließen. Man hat in der Kommission sich krampfhaft bemüht, ein Ubergreifen auf das Gebiet des Reichsstrafgesetzbuchs zu vermeiden, und ist dabei zu dem Kautschulbegriff gekommen, daß der zu bestrafen sei, der gewerbsmäßig, in der Absicht, andere auszubeuten, zur Beteiligung an Lotteriegewinnen aufzordert usw. Das Gesetz ist, wie aus den Kommissionsverhandlungen klar hervorgeht, nicht diktiert von sozialpolitischen Erwägungen, sondern aus fiskalischen Interessen. Das beweist der außerordentlich energische Kampf, den die Regierung um den Paragraphen geführt hat, der von außerpreussischen Lotterien handelt. Wir können die ersten Paragraphen, die sich gegen die Ausbeutung der Spielsucht wenden, um so weniger ernst nehmen, da sie von einer Regierung kommen, die selbst in der energischsten Weise die Spielsucht furbert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens habe ich erfahren, daß in Bad Salzbrunn ein königlicher Genehmigung im Interesse des Fürsten Pleß ein Roulette aufgestellt sein soll. Eine Aufklärung hierüber wäre wohl erwünscht. — Wenn in der Debatte dieses Gesetz als eine sozialpolitische Tat des Abgeordnetenhauses bezeichnet worden ist, so beweist das, wie außerordentlich gering die sozialpolitische Leistungsfähigkeit dieses Hauses ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Sozialpolitik im Sinne jener weisen Salbe, die überhaupt als Symbol der modernen Sozialpolitik bezeichnet werden kann. Wir sind deshalb nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Das Gesetz wird angenommen; auch in dritter Lesung.

Es folgt die Beratung eines Antrages Bitta (Z.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. Übertragung des Rechts zur Auffindung und Gewinnung der Steinsolze an andere Personen.

Nach kurzer Debatte, in der Abg. Hoffmann (Soz.) sich gegen die Anträge wendet, da sie der Absicht Vorhieb leisten, die staatlichen Vergewerte der Privatindustrie auszuliefern, wird der Antrag Bitta angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition wünscht Aufhebung der gemischten Schulklassen in der Gemeinde Ehnatten.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Kaufmann (Z.) befürwortet einen Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Verückichtigung.

In der Diskussion nimmt Abg. Liebknecht (Soz.) wiederholt das Wort, um unter Gehelung des rüchständigen Antrags des Zentrums für die gemeinsame Erziehung der Geschlechter einzutreten.

Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Eine Petition des Bürgervereins in Westmünde wünscht Verleihung des Städterechts an die Gemeinde Westmünde.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Verückichtigung.

Nach längerer Diskussion, in der u. a. Abg. Veinert (Soz.) die übergroße Opferwilligkeit der Gemeinde gegenüber dem Kreise geißelt, wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr (Petitionen und Eisenbahnangelegenheit).

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Blumen- und Glätterarbeiter Deutschlands.

Berlin, den 27. Mai 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit der Generaldebatte über die Beitragsverhöhung und den Ausbau der Unterstützungsanstalten. Es liegen Anträge vor auf Einführung einer dritten Beitragsklasse, die speziell für jugendliche männliche Arbeiter gedacht ist. Ferner liegen Anträge auf Ummodellung der Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung vor und auf Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung, die neben der Krankenunterstützung gewährt werden soll.

Ueber die Notwendigkeit der Beitragsverhöhung herrsche eine seltene Einmütigkeit unter den Delegierten, und nach kurzer Debatte wurde die Schaffung einer dritten Beitragsklasse abgelehnt und beschlossen, den Beitrag für männliche Mitglieder auf wöchentlich 45 Pf. festzusetzen und für weibliche den bisherigen Beitrag von wöchentlich 20 Pf. beizubehalten, in Rücksicht auf die schlecht entlohnenden Heimarbeiterinnen. Den männlichen jugendlichen Arbeitern steht es frei, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ebenfalls in dieser Beitragsklasse zu zahlen. — Die Umwandlung der Kranken- in eine Erwerbslosenunterstützung wird abgelehnt; dagegen wird beschlossen, neben der Kranken- noch eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Bei eintretender Arbeitslosigkeit kann den Mitgliedern, welche den 45 Pf.-Beitrag entrichten, vom achten Tage ab Unterstützung gezahlt werden in derselben Höhe und Dauer der bisherigen Krankenunterstützung. Mitglieder jedoch, welche den 20 Pf.-Beitrag entrichten, können nur die Krankenunterstützung oder die Wöchnerinnenunterstützung beziehen.

Die Erhebung der erhöhten Beiträge soll bereits am 1. Oktober dieses Jahres beginnen, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung dagegen erst am 1. Juli 1912.

Ferner wird beschlossen, dem § 4 des Statuts, der von den Pflichten der Mitglieder handelt, einen neuen Passus anzufügen:

Die in der früheren Organisation gezahlten ordentlichen Beiträge werden auf die Karenzzeit angerechnet. Wähler für über-tretende Personen sind vom Verbandsvorstand auszustellen und ist diesem vorher das Buch des Uebertretenden einzufenden.

Die Delegation zu den Verbandstagen soll in Zukunft in folgender Weise geregelt werden:

Ordnungsverwaltungen bis zu 100 Mitgliedern wählen einen Delegierten, Ordnungsverwaltungen, die mehr wie 100 Mitglieder haben, wählen auf je 100 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Eine Debatte zeitigte der Antrag auf Besetzung des ersten Vorsitzenden und Verlegung des Sitzes von Berlin nach Sebnitz. Weichold-Sebnitz begründete diesen Antrag damit, daß Sebnitz als Sitz der hauptsächlichsten Blumenindustrie, sowie die ganze Umgebung, größere Fortschritte in der Organisation zu verzeichnen hätten, wenn dort eine freigestellte Kraft für den Verband wirken könnte. Da aber höchstens die Mittel für die Besetzung des Vorsitzenden vorhanden seien, beantrage die Sebnitzer Zahlstelle die Verlegung des Sitzes.

Lube-Dresden meint, dem Verlangen der Sebnitzer könne dadurch Rechnung getragen werden, daß für den Bau Sachsen eine agitatorische Kraft mit dem Sitz in Sebnitz angestellt werde.

Nachdem der Vorsitzende Sinn erklärt, daß er glaube, die Arbeit der Verbandsteilung könne auch in Zukunft im Neben-amte gemacht werden, und daß er sich so kurz vor der Verschmelzung des Verbandes gegen die feste Anstellung des ersten Vorsitzenden wenden müsse, werden beide Anträge zurückgezogen.

Unter allgemeinen Anträgen kamen zunächst jene zur Verhandlung, die sich auf den Blumenarbeiter bezogen. Nach kurzer

Debatte wurde beschlossen: „Der Blumenarbeiter“ erscheint in Zukunft alle 14 Tage, ob vier- oder achtseitig soll der Vorstand dem Bedürfnis gemäß bestimmen. Es wurde weiter kurz darüber debattiert, ob „Der Blumenarbeiter“ in Zukunft Annoncen aufnehmen soll. Die Delegierten sind durchweg der Meinung, daß die Aufnahme von Annoncen vorteilhaft für den Verband sei. Genosse Reichste gibt die Erfahrungen zum besten, die die Gutmacher mit der Aufnahme von Annoncen und speziell von Arbeits-gesuchen gemacht haben; durch diese Erfahrungen könne er nur raten, in Zukunft Annoncen aufzunehmen.

Es kommen nunmehr jene Anträge zur Beratung, die zur Abänderung des Streikreglements gestellt sind; bei dieser Aussprache wird gleichzeitig die Haltung bei Lohnbewegungen mit erörtert. Der Vorsitzende tadelt, daß leider etliche sogenannte wilde Streiks stattgefunden haben und daß in Zukunft derartige Streiks wie der in Weichensee und in Dresden vermieden werden müssen, und daß vor allen Dingen die Berichterstattung bei Streiks besser funktionieren muß, speziell bei größeren Streiks. — Lube-Dresden glaubt, daß der Verband auch in Zukunft nur mit kleinen Streiks zu rechnen haben. Im weiteren äußerte er sich über die Dresdener Vorkommnisse. — Weichold-Sebnitz ist der Ansicht, daß durch den Anschluß der Blumenfabrikanten an den Bund der Industriellen auch die Lohnkämpfe der Blumenarbeiter sich in Zukunft sehr leicht auf breiterer Grundlage abspielen können.

Für die Kommission, die über die Anträge, die zum Streikreglement gestellt sind, beraten, berichtet Stell. V. v. Dresden-Berlin. Selbiger beantragt: Das Streikreglement der Gutmacher mit kleinen Änderungen zu übernehmen. Dieser Vorschlag findet Zustimmung; danach kann Mitgliedern, die mindestens 13 Wochenbeiträge geleistet haben, in der ersten Klasse pro Woche 12 M., in der zweiten Klasse 8 M. gewährt werden.

Familienväter resp. weibliche Mitglieder, die alleinige Ernährer ihrer Kinder sind, erhalten für jedes noch vollschulpflichtige Kind pro Woche 1 M. Die Gesamtunterstützung soll 18 M. nicht übersteigen.

Bei längerer Dauer des Streiks kann der Verbandsvorstand bedürftigen Mitgliedern einen Nichtzuschuß bis zur Höhe einer Wochenunterstützung gewähren.

Der Vorstand wird beauftragt, einen Leitfaden für die Zahlstellenleiter herauszugeben.

Bei Wahrgelungen kann eine wöchentliche Unterstüfung bis zu 15 M. und für jedes noch vollschulpflichtige Kind 1 M. pro Woche gewährt werden. Ueber die Höhe und Dauer der Unterstüfung entscheidet der Vorstand.

Lube-Dresden schildert in kurzen Ausführungen, wie das

Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause

nach zehnjähriger Fabrikarbeit übertritten wird.

Durch Kontrolle ist festgestellt, daß in verschiedenen Dresdener Blumenfabriken die Arbeit von Dienstmädchen oder sonstigen Vertrauten des Firmenträgers in die Wohnungen der Arbeiterinnen geschafft wird. Er empfiehlt nachstehende Resolution zur Annahme:

„Der heute in Berlin tagende Verbandstag der Blumen-, Wälder-, Feder-, Palmenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nimmt Kenntnis von der kolossal zunehmenden Ueber-tretung des § 137a der Gewerbeordnung. Er erwartet, daß die Aufsichtsbehörden der Durchführung dieses Paragraphen in der Blumenindustrie mehr Beachtung schenken werden.“

Die Zahlstellen werden aufgefordert, den Behörden Material über Verhöre zu übermitteln, und wenn danach keine Abhilfe geschieht, die Vorkommnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten.“

Der Vorsitzende Sinn schildert, wie auch in Berlin sehr oft an Sonnabenden die Arbeit für Arbeiterinnen übertritten wird, und daß dieserhalb schon Anzeigen erstattet wurden, die auch zu Verhaftungen der Fabrikarbeiter führten.

In letzter Stunde referierte Weichold-Sebnitz über die

Heimarbeiter in Sachsen.

Kedner schildert, wie in dem hochindustriell entwickelten Sachsen die Heimarbeiter zu Hause ist und sich nicht nur in den Städten, sondern auch weit auf das Land und ins Gebirge hinein erstreckt. Und weiter, wie die Handweberei, die früher als Heimindustrie weiteste Verbreitung in Sachsen fand, in vielen Orten durch die Fabrikation der Blumen verdrängt worden ist. Die Blumenindustrie ist in Dresden und Leipzig durch eine Französin eingeführt und hat sich in Dresden ungeheuer entwickelt, während sie in Leipzig nicht so festen Fuß gefaßt hat. In Sebnitz wurde die Blumenindustrie in den Jahren 1888 und 89 aus Böhmen eingeführt, spielte aber zunächst nur eine recht untergeordnete Rolle; aber nach den Jahren 1870/71 wuchs sie sich zu einer mächtigen Exportindustrie mit weitgehender Arbeitsteilung aus. Dadurch wurden ungenutzte Hilfskräfte herangezogen und der Boden für die Heimarbeiter geschaffen. Die Arbeit zu Hause gestaltete sich immer rentabler für den Unternehmer, für die Arbeiterschaft aber wuchs sie sich zu einer Industrie der niedrigsten Löhne, zu einer Elendsindustrie aus, unter der tausende Arbeiterinnen litten, die auch die Kinderarbeit im Heimarbeitsgebiet züchtete, wodurch ein ihrer Jugend betrogen werden.

Zur Vergrößerung des Heimarbeitsgebietes tragen unter anderem auch verschiedene Gemeindevorsteher bei, indem sie sich bemühen, Ausgabestellen für Blumen zu bekommen, in dem Glauben, daß durch Beschaffung dieser Arbeitsgelegenheit die Steuerkraft der Bevölkerung gehoben wird. — Kedner schließt sich den Forderungen des Heimarbeitertages an: Festsetzung von Mindestlöhnen durch Lohnämter, Lohnbücher, Aushang der Lohnlisten usw. und daneben eine starke Organisation der betreffenden Arbeiter.

Durch diese werde am besten den schlimmsten Auswüchsen der Heimarbeit begegnet.

Nachdem Lube und Frau Lube-Dresden in ergänzendem Sinne gesprochen, wird der Vorstand beauftragt, die Forderungen des Heimarbeitertages aufs neue dem Reichstages zu unterbreiten. Es wird nunmehr über den

Gewerkschaftskongreß

und dessen Tagesordnung beraten. — Die Zahlstelle Sebnitz beantragt:

Der Gewerkschafts-kongreß wolle beschließen, um eine weitere Einschränkung des Branntweingenusses zu erzielen, den Vorkott gewerkschaftlich zu organisieren.

Lube, Vertreter der Generalkommission, glaubt, daß es sich nicht empfiehlt, den Gewerkschafts-kongreß damit zu belasten; der Parteitagbeschuß genüge nach seiner Meinung, und die Aufklärung und Belehrung über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses müsse ein übriges tun.

Der Antrag wurde abgelehnt. — Als Delegierter zum Gewerkschafts-kongreß wurde der Vorsitzende Sinn, als Stellvertreter Weichold-Sebnitz gewählt.

Als Entschädigung für die geleistete Arbeit der Vorstandsmitglieder wird dem Vorsitzenden die Summe von 200 M., dem Kassierer und dem Schriftführer je 100 M. bewilligt; außerdem soll der Kassierer 40 M. Mantageld erhalten.

Sinn-Berlin, der nach dem Tode der Genossin Thier bereits die Geschäfte führte, wird als Vorsitzender gewählt. Nach längerer Debatte über die Besetzung des Kassiererspostens wird der Kollege Morgenstern und als Schriftführerin Fräulein Anobe — beide Berlin — gewählt.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wird beantragt, im Herbst dieses Jahres eine größere Agitation im Heimarbeitsgebiet zu veranstalten und bei der Generalkommission eine Beihilfe zu dem Kampfe zu beantragen. — Lube glaubt, daß durch solche Agitation unter den Heimarbeitern wenig erreicht wird; er hält vielmehr die persönliche Agitation der Kollegen für wirksamer. Wenn aber die Notwendigkeit vorliegt, für längere Zeit eine Kraft für das Heimarbeitsgebiet der Blumenindustrie freizustellen, kann diese ja der Vorstand einen Antrag bei der Generalkommission stellen.

Mit dem Wunsche, daß die gesuchten Beihilfen für die Ausbreitung des Verbandes wirken mögen, schloß der Vorsitzende die

Generalversammlung.



**Wasch-Anzüge** blaugestreift von M. 1<sup>10</sup>  
**Wasch-Hosen** aus Resten gearbeitet . . . von 60 Pf.  
**Kieler Anzüge** Gestreifte Kadettstoffe, feste Kragen und Manschetten . . . von M. 3<sup>50</sup>  
**Kittel - Anzüge** nur einzelne Modelle, hervorragend schöne Muster M. 4<sup>75</sup>  
**Wasch-Blusen** verschiedene Muster M. 1.85 0.95 und 50 Pf.  
**Spiel-Höschen** Praktischer Ersatz für Spielanzug 2.50, 25 95 Pf.

**Sport-Hemden** für Knaben . . . M. 1<sup>75</sup>  
**Loden-Pelerinen** für Knaben und Mädchen . . . von M. 4<sup>50</sup>

ca. 1000 Knaben-Anzüge  
 Modelle von hervorragender Schönheit  
 Entzückende Passons außergewöhnlich billig

# Baer Sohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.

# Continental

**Pneumatik**

**Gesamt-Personal**

1900 - 1650

1905 - 4516

1910 - 7500

Seit Jahren widmet sich ein Stamm altgeschulter Kräfte der Spezialaufgabe, gute Automobil- und Fahrradreifen zu fabricieren. „Gute“ Reifen, die das Geld wert sind. Wenn Sie vor Enttäuschungen sicher sein wollen, so verlangen Sie nur **Continental-Pneumatik**.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

**Kardinal-Makkafee**  
 der Beste der Gegenwart  
 Überall zu haben  
 Nur echt in roter Packung.

**Pollmanns Bandagen**  
 Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstatt.

## Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von **Kohnen & Jöring**, Arbeitskleidung für jeden Beruf.  
 Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße; Sandberger Allee 148, am Friedrichshagen; Nixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

### Theater.

Dienstag, den 30. Mai.  
 Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Carmen.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die Journalisten.  
**Neues königl. Opernhaus.** Polnische Wirtin.  
**Deutsches.** Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.)  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Opernvorstellung.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Kammerspiele.** Die Königin.  
 Zeffireo. Glaube und Heimat.  
**Römische Oper.** Die Land.  
**Berliner.** Hummelstudenten.  
**Neues.** Mein erlauchter Ahnherr.  
**Neues Schauspielhaus.** Eine Million.  
**Kleines.** Der Leibgardist.  
**Westen.** Die lustigen Nibelungen.  
**Zustspielhaus.** Nevers.  
**Trianon.** Das Fräulein. Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
**Thalia.** Geschlossen.  
**Schiller O.** (Schiller-Theater.)  
 Der Traum ein Leben.  
**Schiller-Charlottenburg.**  
 Revolutionshochzeit.  
**Herrnsfeld.** Das Scheidungs-Souper.  
 Ein Verlobungs-Geschäft.  
**Neues Operetten.** Der Graf von Luxemburg.  
**Lutten.** Geschlossen.  
**Modernes.** Dienerrinnen. (Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.)  
**Rose.** Der fremde Blick. Verlobung im Bett.  
**Folies Caprice.** Bertheim wird plagen! III. Klasse. (Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.)  
**Metropol.** Hobeit amüsiert sich!  
**Rafino.** Zwei Bappen.  
**Apoko.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Walhalla.** Wein und Weibchen. (Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.)  
**Intimus.** Die neue Geliebte. Der Beichtvater. (Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.)  
**Wedding.** Lichtspiele.  
**Koffer-Panorama.** Besuch von Geylon und Andien. Wanderung durch die Nordsee.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-62

### Schiller-Theater O. Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der große Name.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Im Klubsessel.**  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Revolutionshochzeit.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**König Heinrich.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Revolutionshochzeit.**

### Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:  
**Die lustigen Nibelungen.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**

Dienstag, den 30. Mai, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
 Opernaufführung der Opernschule des Brandenburgischen Konzerthaus:  
**Bastion und Bastionne.** Komische Oper in 1 Akt von Mozart.  
 Zum ersten Male in Berlin: Das Streichholzschloß. Lustmärchen in 1 Akt von H. Fama.  
**Der Troubadour.** Von Verdi. 2. Akt.  
**Das Nachtlied von Granada.** Romanische Oper von Kreutzer. 2. Akt.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
**Meyers.**  
**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.  
 Vorher:  
 Die Verlobung im Bett.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Auf der Gartenbühne täglich 5 Uhr:  
 Theatervorst., Konzert, Spezialitäten.

### Passage-Theater.

Abends 8 Uhr.  
**Kammerspiele der Hunde.**  
**Ota Gygi,**  
 Violinvirtuose.  
**Alt-Bonner Studenten**  
 und das große  
**Mai-Programm!**

### Neue Welt.

**Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.**  
**Große Spezialitäten-Vorstellung**  
 „Die gute alte Zeit“  
 Komische Ballettpantom. v. Alfred Appolino, kgl. Ballettmeister a. D.  
**Großes Promenaden-Konzert.**  
**Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett, Gebirgsbahn, Cake walk u. a. — Heute Eintrittspreis 10 Pf.**

### Metropol-Theater.

**Hobeit amüsiert sich!**  
 Operette in 3 Akten von R. Freund.  
 Musik von Rudolf Keilon.  
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

### Apollo Theater

Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
**Letzter Sonntag**  
 des großen Mai-Programms.  
 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Berlin Sensation:  
**Am ein Weib.**  
 Großes amerikanisches Ausstattungs-  
 Sensationsstück in sieben Bildern.  
 Nie gesehene Effekte.

### Herrnsfeld Theater

Das Scheidungs-Souper.  
 Die Bar-Schweizer.  
 Ein Verlobungs-Geschäft.  
 Schluss diesjähriger Saison am  
 31. Mai a. c. Wiedereröffnung  
 am 1. August a. c.

### Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena.** Allabendlich:  
 Das prunkvolle Eisballett  
**Montreal**  
 Die Stadt auf Schlittschuhen.  
 100 Mitwirkende 100  
 Apochen-Tänze auf dem Eis.  
 Die Eisb. ist v. 10 U. früh geöffnet.  
 Anerk. vorzügliche Restauration.  
 Bier- und Weinabteilung.  
 Bis 7 Uhr und von 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
 abends: halbe Kassonpreise.

### WINTERGARTEN

Neues Programm!  
**LA TORTAJADA.**

### The surf Bathers

eine Idylle am Meerestegade.  
**De Dio**  
 in ihren neuesten Schöpfungen  
 von Phantasietänzen  
 und der von  
 Publikum und Presse  
**glänzend beurteilte**  
**Mai-Spielplan.**  
 — Rauchen gestattet —

### Folies Caprice.

Nur noch wenige Tage:  
**III. Klasse.**  
 Ab 1. Juni  
 Gastspiel  
**Parisiana-Ensemble.**

### Casino-Theater

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
 Nur noch bis 31. Mai:  
**„Zwei Wappen“.**  
 Wiedereröffnung den 30. August mit  
 der Original Berliner Besetzung  
**„Der selige Goldschmidt“.**

### Voigt-Theater

Geismbrunnen, Badstraße 58.  
**Keine Vorstellung.**  
 Beginn der Sommerferien:  
**Sonntag, den 4. Juni 1911**  
 (1. Flugtagstag).  
**Goldene Jugend**  
 u. das große Spezialitätenprogramm.

### Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Das Prinzen.**  
 Liebesdrama in 3 Akten v. R. W. H. H. H.  
 Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater  
 Taubenstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Lebende Tierbilder**  
 von nah und fern.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
 Eintritt 1 Mark,  
 von abends 6 Uhr ab  
 50 Pf., Kinder unter  
 10 Jahren die Hälfte.  
 Jahres-Abonnement an allen drei  
 Schalterkäffen.



### Sensationelle Attraktionen!

Eintrittspreis 50 Pfennig.  
 Heute Dienstag, den 30. Mai,  
 nachmittags 6 Uhr:  
**Frühlings-Konzert**  
 des  
**Erk'schen Männergesangsvereins**  
 unter Leitung des Chorleiters  
 Professor Max Stange.  
 Beginn der Gesangsvorträge  
 8 Uhr abends.

### Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.  
 Sensationeller Erfolg:  
**Flachhaar als Erzieher.**  
 Die 3 Luissets. Otto Bayer.  
 Ouvertüre. Anthe Ravera ufm.  
 Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Sonntag 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

### Lebte Vorstellung! Zirkus Busch

Heute abends 8 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
**Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.**  
 Darauf: Hr. Georg Bartholdi-  
 Kottitz, Schauspieler, Urmaler,  
 der Meister aller Kriegswaffen.  
 Die berühmte Kletterfamilie  
 Frediani. Herr Ernst Schumann,  
 Freiheitkämpfer. Der urkom.  
 Jungs-Jungen. 3 Gehr. Fratellini,  
 italienische Clowns, und das große  
 Galaprogramm.

### Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
 Berlin N., Brunnenstraße 16.  
 Heute geschlossen.  
 Sonntag:  
 Eröffnung der Sommerpielzeit.  
 Konzert, Theater, Spezialitäten.  
 Sonnabend, den 3. Juni: Cessant!  
 Generalprobe bei freiem Entree.

### Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger.**  
 Britton als  
 Wiese im Hosenrock.  
 Anfang  
 heute  
 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

### Max Kliems Sommer-Theater

Rudolf Krüger, Salenstraße 13-15.  
 Täglich: Erstklassige Theater-  
 und Spezialitäten-Vorstellungen.  
 Weltbedachtler Theatergarten, bei un-  
 günstiger Witterung Schuss bildend.  
 Donnerstag: Elftag.

### Passage-Panoptikum

Lebend!  
**Hede Kosch**  
 das Mädchen aus Steinzeit!  
 Das Urbild der Mensch-  
 werdung und die anderen  
 Schautattraktionen.  
 Ohne Extra-Entree!

Für den Inhalt der Inserate  
 übernimmt die Redaktion dem  
 Publikum gegenüber keinerlei  
 Verantwortung.



### Das Eisenbahnglück bei Baumshulenberg

Beschäftigte heute in einer umfangreichen Verhandlung die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports und fahrlässiger Körperverletzung ist der Lokomotivführer Richard Heine angeklagt. — Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Zimmermann, die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bahl vertreten, die Verteidigung des Angeklagten führen die Rechtsanwälte Dr. Hugo Sonnenfeld und Dr. Herbert Frankel. In der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen geladen. Als Sachverständige sind anwesend: Geh. Regierungsrat Courtois, Geh. Reg.-Rat Richter und Regierungsbaumeister Voepeler. — Der jetzigen Anklage liegt jener folgenschwere Zugzusammenstoß bei Baumshulenberg zugrunde, welcher sich am frühen Morgen des 6. Februar d. J. ereignete. An jenem Tage, wenige Minuten vor 6 Uhr morgens, fuhr der vom Potsdamer Bahnhof kommende Vorortzug 3903 in den von Niederschöneweide nach Berlin fahrenden Stadtbahnzug 1830. Der um 5.30 von Baumshulenberg abfahrende Stadtbahnzug hatte das Ausfahrtsignal erhalten und setzte sich nach Berlin in Bewegung. Als er die Kreuzungsstelle mit den Vorortgleisen gerade erreicht hatte, kam ihm plötzlich von der Seite der Vorortzug entgegen und fuhr ihm mit einem weithin hörbaren Knack in die Flanke. Zwei Personenwagen des Stadtbahnzuges wurden mit solcher Wucht aus dem Gleise geschleudert, daß sie die Weisung hinabstürzten und sich dabei überschlugen. Zum Glück war der eine Wagen zweiter Klasse leer, während der zweite Wagen 3. Klasse fast besetzt war. Auf einen kurzen Moment der Stille erfolgte ein furchtbares Schreien und Wimmern der in dem hinuntergestürzten Wagen eingeschlossenen Personen, die zum Teil schwere Verletzungen erlitten hatten. Die Verletzten konnten durch das herbeigeeilte Bahnpersonal durch Öffnen der Türen nach oben aus dem geträumerten Wagon herausgezogen werden. Die Verwundeten, die zum Teil Gehirnerschütterungen, Quetschungen der Wirbelsäule und Knochenbrüche erlitten hatten, wurden in das Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide, zum Teil auch in das Kreiskrankenhaus in Pritzsch geschafft, wo sie sämtlich mehrere Wochen zubringen mußten. Sofort, nachdem die Rettung eingeleitet war, begab sich der Direktionspräsident Müllin mit mehreren Beamten an die Unfallstelle. Da sich die Signale, Weichen und Sicherungsanlagen in vorchriftsmäßigem Zustand befanden, wurde von der Eisenbahnbehörde schon damals angenommen, daß das Unglück auf eine

**Verwechslung zweier Signale** zurückzuführen sei und zwar sollte nach Ansicht der Behörde die alleinige Schuld der Führer des von Nizdorf kommenden Zuges, der jetzige Angeklagte Heine tragen. Gegen H. wurde deshalb die vorliegende Anklage erhoben. In der heutigen Verhandlung ergab sich folgendes: Der Angeklagte ist seit 1903 Lokomotivführer, nachdem er vorher 10 Jahre lang Heizer gewesen war. Er befuhr die fragliche Strecke erst seit Juli d. J. und sonst abwechselnd Stadtbahnzüge und Vorortzüge. In der Sache selbst bestritt er ganz energisch jegliche Schuld und behauptete, daß sein Signal auf „freie Fahrt“ gestanden habe, trotzdem es allerdings gleich nach dem Unfall wieder auf „Halt“ gestanden habe. Es habe nach seiner Meinung der Stellhebel vielleicht auf „Halt“ gestanden, das Signal aber nicht. Nach der ganzen technischen Anlage soll dies zwar nicht möglich sein. Trotzdem sei es ihm

schon dreimal vorgekommen, beim vierten Male sei leider etwas passiert. Sein Heizer Weh habe ebenfalls deutlich gesehen, daß das Signal auf „freie Fahrt“ gestanden habe. Er selbst habe den Heizer noch darauf aufmerksam gemacht. Von den drei falschen Signalstellungen habe er feinerzeit sofort Meldung gemacht; in einem Falle habe ein Versehen des Weichenstellers vorgelegen, während die beiden anderen Fälle anscheinend auf die nicht genügende technische Vollkommenheit der Signaleinrichtungen zurückzuführen seien. — Von den geladenen Sachverständigen von der Eisenbahnbehörde wird entschieden bestritten, daß die an der Unfallstelle vorhandenen Signaleinrichtungen nicht genügend funktioniert hätten. — In der Weisaufnahme gegen den angeklagten Lokomotivführer Heine traten zahlreiche von der Verteidigung geladene Zeugen auf, die übereinstimmend bezeugten, daß sie wiederholt beobachtet hätten, daß Signale, die eigentlich auf „Halt“ hätten stehen müssen, auf „freie Fahrt“ standen. Die Versuche der Sachverständigen, näheres über die Ursache des unrichtigen Funktionierens der Signale zu erfahren, scheiterten daran, daß in keinem dieser Fälle von den auf der Lokomotive befindlichen Beamten nähere Ermittlungen angestellt werden konnten, da sie die Lokomotive nicht verlassen durften. — Der Heizer Weh, der sich ebenfalls auf der Lokomotive des vom Angeklagten geführten Zuges befand, bezeugte, daß er genau gesehen habe, daß das in Frage kommende Signal „C“ auf „freie Fahrt“ gestanden habe. Eine Reihe anderer Zeugen bezeugten dagegen, daß das Signal auf „Halt“ gestanden habe. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bahl hielt durch die Weisaufnahme fest, daß das Signal auf „Halt“ gestanden, der Angeklagte sich somit einer groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die hieraus entstanden seien, beantragte er eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Die Rechtsanwälte Dr. Hugo Sonnenfeld und Dr. Herbert Frankel hielten bei den widersprechenden Zeugenaussagen und den durch die Weisaufnahme als feststehend anzusehenden Mängeln der Signaleinrichtungen die Freisprechung des Angeklagten für geboten. Das Gericht schloß sich nach jeder Richtung hin den Ausführungen der Verteidiger an und erkannte auf

**Freisprechung.** Die Erklärung des Angeklagten, daß er das Signal „freie Fahrt“ habe stehen sehen, stehe zwar in nichterklärlichem Widerspruch mit den Gutachten der Sachverständigen über die technische Vollkommenheit der Einrichtungen; es könne aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß auch der als Zeuge vernommene Heizer eidlich bezeugte, daß das Signal auf „freie Fahrt“ gestanden habe.

### Aus der Partei.

Die Vertretung der amerikanischen Partei in den Kommunen und gesetzgebenden Körperschaften.

Man schreibt uns aus New York: Dank der überraschenden Erfolge der sozialistischen Partei bei den nunmehr abgelaufenen Wahlen ist die Zahl unserer Vertreter in den Kommunen ganz bedeutend in die Höhe geschnitten. Sozialistische Bürgermeister und Ortsvorstände gibt es in den Vereinigten Staaten jetzt 31, und zwar entfallen auf den Staat Kalifornien 4 (Berkeley, Redwood, San Bernardino), auf Colorado 1 (Victor), auf Idaho 1 (Coeur d'Alene), auf Illinois 3 (Danis, Granite City, O'Hellon), auf Kansas 3 (Arma, Curranville, Girard), auf Michigan 3 (Holt, Greenville, Jackson, Wilton, South Frankfort), auf Minnesota 3 (La Porte, Ten Strife, Two Harbor), auf Missouri 3 (Cardwell, Gibson, Rincken), auf Nebraska 2 (Beatrice, Red Cloud), auf Washington 1 (Edmonds) und auf Wisconsin 4 (Grantwood, Green Bay, Manitowish, Milwaukee). Außerdem sind nunmehr 225 andere Kommunalämter, wie Stadträte, Schulräte, Stadtschreiber, Stadtschatmeister, Stadtrichter und Superintendanten, mit Parteigenossen besetzt. Im nationalen Repräsentantenhaus ist die Partei durch den Genossen Victor Berger vertreten, und in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sind 17 Genossen, nämlich in Massachusetts 1, North Dakota 1, Pennsylvania 1 und Wisconsin 14 in Unter-

haus und 2 im Senat). Gleich erfreulich ist die Entwicklung der Parteioffiziere. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist im ersten Quartal dieses Jahres auf 78 000 gestiegen gegenüber etwa 58 000 im Durchschnitt des Vorjahres.

**Gemeindevahlrecht in Deutsch-Oesterreich.** In der niederösterreichischen Eisenbahnerstadt Amstetten brachten unsere Genossen im 3. Wahlkörper gegen Christlichsoziale und Deutschnationalen fünf Kandidaten durch, in Dornau im Erzgebirge siegten unsere Genossen in allen drei Wahlkörpern mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Justiz will ein Opfer haben.

Die Offiziere der Allensteiner Garnison sollte der Expedient der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Mertins, durch einen politischen Vortrag, den er am 14. August d. J. gehalten hat, beleidigt haben. Er kam auf den Fall der Frau von Schönebeck zu sprechen und sagte nach einer Bemerkung über das Verhalten der Offiziere zu Frau v. Schönebeck: „Der Prozeß hat gezeigt, wie verächtlich die bürgerliche Ehe ist. Da darf man nicht der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, daß sie die Ehe zerstört.“ Der Garnisonälteste von Allenstein, Divisionskommandeur v. Westernhagen, hat wegen Beleidigung der Allensteiner Offiziere Strafantrag gestellt. Das Landgericht Lissit hat aber durch Urteil vom 26. Januar das Verfahren eingestellt, weil nicht erwiesen sei, daß die Offiziere in bezug auf ihren Beruf beleidigt seien und der Strafantragsteller selber nicht beleidigt sein könne, weil er zur Zeit der Schönebeck-Affäre der Allensteiner Garnison noch nicht angehört. — Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Er behauptete, die Beziehung zum Beruf sei unerkennbar, die Einstellung also zu unrecht erfolgt. — Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet und bemerkte dann noch: Der Staatsanwalt hat es unterlassen, sich den Strafantrag eines der in Frage kommenden Offiziere zu verschaffen; jetzt hat er es auf meine Veranlassung hin getan. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Lissit zurück. Die Worte „in Beziehung auf ihren Beruf“ in § 198 sind vom Landgerichte zu eng ausgelegt. Auch enthält das Urteil mehrere Unklarheiten.

### Jugendbewegung.

Der Polizeikampf gegen die Jugendorganisationen

hat zu einem Prozeß geführt, der am Sonnabend in fünfter Instanz die 8. Strafkammer des Landgerichts I Berlin beschäftigte. — Angeklagt waren der Graveur Erich Hehne, der Handlungsgehilfe Georg Holzgätter, der Arbeiter Willi Scholz und der Instrumentenmacher Ernst Wenzel. — Die vier Angeklagten waren durch einen polizeilichen Strafbefehl in eine Geldstrafe von je 10 M. genommen worden, weil sie Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufgenommen und ferner auch die Namen der Vorstandsmitglieder und die Sitzungen bezug deren Verhandlungen nicht dem Polizeipräsidium eingereicht hatten. Nach Ansicht des Polizeiprääsidenten handelte es sich bei den Jugendorganisationen um einen politischen Verein, welchem Personen unter 18 Jahren nach dem Reichsvereinsgesetz nicht angehören dürfen. — Gegen diesen Strafbefehl erhoben die Angeklagten Widerspruch. Das Schöffengericht erkannte feinerzeit auch auf Freisprechung, indem es annahm, daß die Jugendorganisation nicht als ein politischer Verein anzusehen sei, sondern hauptsächlich die geistige Fortbildung ihrer Mitglieder und die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zum Ziele habe. Die Strafkammer hob dann aber wieder auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft das freisprechende Urteil des Schöffengerichts auf, erkannte aber nur wegen der Aufnahme der Personen unter 18 Jahren auf eine Geldstrafe, während bezüglich des Nichteinreichens der Sitzungen die Verurteilung als eingetretene angesehen und das Verfahren bezüglich dieses Teiles der Anklage eingestellt wurde. Das Kammergericht hob dieses Urteil auf, da eine Verurteilung deshalb nicht angenommen werden könne, weil es sich um ein Dauerdelikt handele. Die Verhandlung, in welcher sich das Gericht der Rechtsauffassung des Kammergerichts anschloß, endete mit einer Verurteilung der Angeklagten zu je fünf M. Geldstrafe.

### Aus Industrie und Handel.

Deutsches Mehl im Auslande.

Sowohl die Ausfuhr von Roggenmehl als die von Weizenmehl nimmt auch im laufenden Jahre weiter stark zu. In den Monaten Januar bis April dieses und der drei Vorjahre betrug die Ausfuhr Deutschlands an Roggen- und Weizenmehl in Doppelzentnern:

	Roggenmehl	Weizenmehl
1908 . . . . .	121 935	387 944
1909 . . . . .	212 052	489 282
1910 . . . . .	374 767	491 780
1911 . . . . .	441 253	511 576

Jedes Jahr hat eine Fortsetzung der Zunahme gebracht. Im ganzen Jahre 1910 hatte die Ausfuhr von Roggenmehl 1 003 918 Doppelzentner gegen 1 067 688 Doppelzentner, die Ausfuhr von Weizenmehl 1 904 001 Doppelzentner gegen 1 640 686 Doppelzentner im Jahre 1909 betragen. Wenn es sich dabei lediglich um einen Veredelungsverkehr handelte, könnte man mit der Steigerung zufrieden sein, die Getreide- und Mehlausfuhr ist aber ein Völkerverkehr geworden, für das unser verrücktes Einfuhrsystem die Grundlage abgibt.

**Die Deutsche Bank in Süddeutschland.** Die der Deutschen Bank nahestehende Rheinische Kreditbank in Mannheim, die besitzt 85 Millionen Mark Aktienkapital und 15 Millionen Mark Reserven, schließt mit der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen — 50 Millionen Mark Aktienkapital — eine Interessengemeinschaft. Diese bekommt für die nächsten fünf Jahre nur die 7 Proz. Dividende garantiert, sie muß aber alle Jahre von ihren Einnahmen vorweg eine halbe Million an die Rheinische Bank abführen. Das Aktienkapital der Pfälzischen Bank soll auf kurze Zeit verkleinert werden, und zwar durch Rückforderung von Aktien, die von ihren Besitzern gratis abzugeben sind! 30 Millionen des Grundkapitals sollen so eingefordert werden. Die zehn Millionen dienen dem weiteren Zweck, daß sie, als Kapitalerhöhung wieder anferstanden, zur Erwerbung der Süddeutschen Bank in Mannheim, welche ein Aktienkapital von 12 Millionen besitzt und nun zum Konzern der Deutschen Bank gehört, benutzt werden!

Die drei so fusionierten Banken, die äußerlich jede für sich weiterlebt, verfügen dann über ein Aktienkapital von rund 150 Millionen Mark! Es ist bemerkenswert, wie rasch und für ihre eigenen Klassen schmerzlos die Deutsche Bank dieses Geschäft macht. Fusion, Säuberung und Stempelversparnis auf einen Schlag! Die Deutsche Bank verdrängt auf eine Zufallsfälligkeit der drei Banken zu einem Unternehmen, um sich keine Verpflichtungen aufzuballen, für die sie mit Mitteln aus dem eigenen Besitz einzutreten hätte. Durch die vorübergehende Kapitalreduzierung wird der Pfälzischen Bank das Geld frei, das zum Erwerb der Süddeutschen Bank notwendig ist; die Stempelsteuer, die sonst bei Aufnahme neuer Aktien zu zahlen gewesen wäre, fällt fort, die unglücklichen und nicht gerade allzu laubhaften Geschäfte werden kostenlos abgeflohen. Allerdings, die Provinzbanken machen zuweilen nur desto mehr unsichere, halb- oder auch ganz faule

Geschäfte, weil das die einzigen sind, die ihnen von den Großbanken übrig gelassen werden. Kommt der Moment, dann erscheinen die Großbanken und verschlucken die kleine Konkurrenz.

### Soziales.

Ein vernünftiges Urteil über die Rabattsparevereine.

In Trossberg in Bayern wurde die Gründung eines Konsumvereins beabsichtigt. Sofort erschienen auch die Krämer auf dem Plan, um einen Rabattspareverein zu errichten. Der Vorsitzende des Handelsgremiums Traunstein, zu dessen Bezirk Trossberg gehört, wandte sich jedoch mit folgenden Ausführungen gegen diesen Plan:

Von seiten des Handelsgremiums sei hier die Frage gestellt, ob es wünschenswert sei, die Geschäftstreibenden hier zu einer Aussprache zu veranlassen wegen der Einführung der Rabattmarken. Jedermann freier Wille ist selbstverständlich und sei respektiert. Wäre es aber nicht besser, sich heutzutage gemeinsam vor neuer Teuerung und Arbeit zu schützen, als später sich vergebens um die Abschaffung zu plagen? Wer glaubt denn, daß ein Mensch 5 Proz. seines jährlichen Einkommens herfschenkt? Das Publikum glaubt es zum Teil, und schweren Herzens entschließt sich mancher Geschäftsmann, an dieser Düpierung des Volkes sich zu beteiligen. Er muß eben mehr Nutzen auf seine Ware rechnen und erschwert sich dadurch natürlich andererseits wieder das Geschäft gegen den, der zu Nettopreisen verkauft. Was alles für Dummheiten möglich sind, beweist unsere heutige Zeit, in der wir auch Millionen für Ausfuhrprämien auf unser Getreide bezahlen, die wir nicht selbst soviel produzieren, als wir im Inlande brauchen. Das sei nur nebenbei erwähnt. Man kann nicht mehr tun, als die Geschäftsleute rechtzeitig warnen.

Es zeigt sich immer von neuem, daß die einsichtigen Kaufleute durchaus keine Freunde der Rabattsparevereine sind. Auf die Dauer werden sich die Gegner wahrscheinlich durchsetzen, besonders wenn die Konsumenten sie dadurch unterstützen, daß sie alle Geschäfte, die Rabattsparemarken anpreisen, meiden.

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

ist am Sonnabend als deutsche Abteilung der 1910 zu Paris gegründeten Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit errichtet worden. Den Vorsitz führt Dr. Freund, der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise und Vizepräsident der Internationalen Vereinigung. Als Zweck der neuen Gesellschaft formuliert der § 3 der Satzungen: Das Problem der Arbeitslosigkeit und die Mittel zur ihrer Bekämpfung zu untersuchen, entsprechende Materialien zu sammeln und die einschlägigen Fragen in Versammlungen zu erörtern. Sitzungsgemäß soll die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Verbande Deutscher Arbeitsnachweise in enge Verbindung treten. Die Bureaus beider Organisationen sollen miteinander vereinigt und öffentliche Versammlungen gemeinschaftlich abgehalten werden.

Ein merkwürdiger Hausfriedensbruch.

Schlechte Erfahrungen im Kampfe gegen das Ungeziefer machte der Knecht Fressdorf auf dem Gute Friedrichstraße bei Grimih in Mecklenburg. Der Mann gehört zu den Elementen in der Landwirtschaft, die, von der modernen Kultur nach Wohlbehagen ergriffen, alle Scheu vor der Herrschaft abstreifen. Es paßte ihm nicht, daß seine Schlafstätte von Ungeziefer wimmelte. Er ging mit Kollegen, die unter derselben Plage litten, zu dem Chef, dem Oekonomierat Schwieger, um Abstellung des Ungezieferstandes zu verlangen. Im Falle dies nicht zugesagt wurde, wollten die Geplagten ihre Kopiere verlangen. — Unerhört! — Der Empfang bei dem Herrn Oekonomierat entsprach der Situation. Es kam zu Auseinandersetzungen, die damit abschlossen, daß die Arbeiter hinausflohen. In der Aufregung ließen die Leute sich dazu verleiten, zurückzulehren. Schwieger begrüßte sie mit einem Revolver. Der Oekonomierat jagte einen Schuß in die Decke; als Fressdorf dann flüchtete, erhielt er von dem Wirtschaftler Harber mit einem Gummischlauch einen Hieb über den Kopf. Damit nicht genug, Fressdorf stand dieser Tage unter der Anklage des Hausfriedensbruchs vor dem Grimih'schen Schöffengericht. Das Gericht erkannte auf zwei Wochen Gefängnis. Die übrigen Beteiligten waren nicht zu ermitteln gewesen.

### Gerichts-Zeitung.

Eine nächtliche Revolverfeier

Leg einer Anklage wegen qualifizierten Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und unbesugten Waffentragens zugrunde, welche das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Angeklagt waren der Steward Erich Arnold und dessen Bruder, der Monteur Robert A. Der Angeklagte Erich A., welcher bei der Hamburg-Amerika-Linie als Steward angestellt ist, hatte vor einiger Zeit mit seinem Bruder eine Abschiedsreise unternommen. An dieser beteiligte sich der Eisenbahnführer Robert A., der bei der Ehefrau des Robert A. als Schlafburche wohnt. Daß Robert A. schon drei Jahre von seiner Frau getrennt lebt und Robert A. bei ihr die Stellvertreterrolle spielt, ist dem gemüthlichen Weisheitsmännlein der drei keinen Abbruch. Während der Bierreise verneinte Robert A. auf ausdrückliche Fragen des Robert A., daß er zu dessen Ehefrau in Beziehung getreten sei und auch, daß er überhaupt noch bei ihr wohne. Als sich R. verabschiedet hatte, sah Robert A. den Plan, sich persönlich zu überzeugen, ob er die Wahrheit gesagt hatte. Beide begaben sich nach der Wohnung der Frau A., wo sie kurzerhand die Türöffnung eintraten und dann feststellten, daß Robert A. die Untertür geöffnet hatte. Es kam zu einer wüsten Prügelei auf dem dunklen Korridor, bei welcher Erich Arnold mehrere Revolverschläge abgab, die jedoch glücklicherweise niemand trafen. Der Anwalt beantragte mit Rücksicht auf die recht gräßliche Ausschreitung der Angeklagten 1 Woche und 50 M. bzw. 10 Tage und 40 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Dr. Gehmann machte geltend, daß in der nachlässigen Prüfung der ehelichen Treue der Ehegatten durch den Ehemann ein Hausfriedensbruch nicht erblickt werden könne. Das Gericht erkannte auf 40 bzw. 60 M. Geldstrafe.

Wegen fahrlässiger Tötung

hatte sich am 24. Januar vor der Strafkammer in Kreuzburg die Einliegerfrau Maria Kubitz zu verantworten. Sie hatte das im Februar 1907 geborene uneheliche Kind einer Dienstmagd vom Frühjahr bis August 1908 in Pflege. Sie vernachlässigte den Knaben sehr, trank viel und war oft von früh bis Abend fort. In solchen Fällen legte sie dem Kinde etwas Semmel und Brot ins Bett. Einmal war sie von Sonnabend früh bis Montag fort. Eine andere Frau erbarmte sich in dieser Zeit des Kindes und fand es halb verdurstet und ganz mit Kot beudet. Das Kind wurde der Angeklagten wegenommen und starb 14 Tage später. Die Ursache des Todes ist nicht festgestellt. Da nicht nachgewiesen war, daß die Vernachlässigung des Kindes durch die Angeklagte den Tod verursacht hat, erkannte das Gericht auf Freisprechung. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Wenn auch der Tatbestand der fahrlässigen Tötung nicht vorliegt, so sei doch eine Verurteilung der Angeklagten nach § 121 möglich, denn es gehe aus den Feststellungen hervor, daß die Angeklagte eine wegen

jugendlichen Alters hilflose Person, für die sie zu sorgen hatte, in hilfloser Lage vorfinden zu lassen hat.

### Siber über das Treiben vornehmer Lebemann

wurden in einem Prozeß aufgerollt, der einige Tage das mittel-fränkische Schwurgericht in Nürnberg beschäftigte. Als Angeklagter fungierte der Jahrgang Dr. Pfeiffer, der der schweren Kuppelei beschuldigt war. Pfeiffer hatte am Lorenzplatz in Nürnberg eine komfortable Wohnung für 3000 M. gemietet; in diese teilte er sich mit dem Apotheker Hornig und dem Kaufmann Seidel. Weiden gab Pf. häufig Gelegenheit, mit jungen Mädchen intim zu verkehren. Aber auch eine große Anzahl sonstiger Freunde verkehrten im Hause Pfeiffers, und viele nahmen an den Unsitlichkeiten teil, die, wie der Gerichtsvorsitzende sich ausdrückte,

### lebhaft an Sodom und Gomorrah erinnern.

Die Opfer der Lüste waren zum Teil ganz junge, erbärmlich bezahlte Kontoristinnen, hin und wieder auch eine junge Arbeiterin. 24 solcher Mädchen marschierten im Saale als Zeugen auf, neben den zahlreichen vornehmen Herren, die bei Pfeiffer verkehrten. Unter letzteren befindet sich ein halbes Dutzend Offiziere, der Sohn des mittelfränkischen Regierungspräsidenten, der sehr bekannte Freiballonflieger Bankdirektor Ley, und noch andere Stützen der guten Gesellschaft. Doch haben nicht alle diese Herren an den Orgien in Pfeiffers Wohnung teilgenommen. Am buntesten trieben es die drei Inhaber der Wohnung und der Direktor Ley. Die Dinge, die bei Pf. vorkamen, waren in weiten Kreisen der Nürnberger Lebewelt bekannt; sie nannten die drei mit dem Spitznamen

### das „keusche Dreieck“

oder die „keusche Dreiecksität“ oder das „keusche Aleeblatt“. Die Herren besuchten das Volkstheater oder andere Gelegenheiten, wo das vergnügungslustige weibliche Element leicht anzutreffen ist, handelten mit jungen Mädchen, die ihnen gefielen, an und luden sie in die Wohnung zu einem unschuldigen Essen ein. Kommen sie, so gelang es in den meisten Fällen, sie fesse zu machen. Das keusche Dreieck und die anderen Herren, die mit den Mädchen verkehrten, blenden diese mit Geld oder anderen Geschenken. Meist handelt es sich um Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren. In mehreren Fällen ist es auch vorgekommen, daß die Wüstlinge, als sie hörten, daß das von ihnen zu Fall gebrachte Mädchen noch eine Schwester hatte, jene veranlaßten, auch diese mitzubringen. Vieles, was innerhalb dieses Kreises vorlam, läßt sich kaum andeuten, viel weniger schildern. Wie raffiniert Pfeiffer vorging, erhellt aus dem Fall eines 15jährigen Mädchens, einer Verkäuferin, die den Pf. als Jahrgang konsultierte, der sich nach ihrem Alter erkundigte. Das Mädchen hatte seine Hilfe noch mehrmals in Anspruch zu nehmen; an ihrem 18. Geburtstag lud er sie selbst zu sich ein und wollte sie gefügig machen. Sie setzte sich aber entschieden zur Wehr, worauf Pf. sie argwöhnisch als dummes Mädchen tituliert. Damit diese Sache nicht zur Anzeige kam, bezahlte Pf. dem Vater des Mädchens eine Schweigegeld von 1500 M. In einem anderen Falle war Pf. ähnlich gegen eine junge Patientin vorgegangen, bei der er seinen Zweck erreichte; als dem Vater, einem Bankangestellten, Andeutungen von dem Verhältnis hinterbracht wurden, ging er zu Pfeiffer und verlangte die ehrenwörtliche Erklärung, daß nichts unrechtes vorgekommen sei. Pfeiffer gab ohne Bedenken sein Ehrenwort. Es kam oft vor, daß ein eingeladenes Mädchen in Pfeiffers Wohnung diesen mit Ley oder einem anderen Herrn zusammenbrachte; Pf. verschwand dann und ließ das Paar allein. Die Freunde der keuschen Dreiecksität waren in der Wohnung wie zu Hause, benutzten nach Belieben die Betten, sperrten sich mit den Mädchen in den Zimmern ein usw. Es ist ein unglaubliches Stück Schmutz, das hier aufgeführt wurde.

Dr. Pfeiffer wurde zu der geringen Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil man ihn noch Reinigung des Gerichts nur in wenigen Fällen habe fassen können.

Eine für Mieter sehr bemerkenswerte und zum Teil völlig unbekannt Bestimmung der Baupolizeiordnung hat zu einer Anklage, die gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam, geführt. — Von der Polizeiverwaltung in Königsmusterhausen war auf Grund der Baupolizeiordnung für den Kreis Teltow vom 28. Mai 1907 gegen mehrere Einwohner eines Grundstücks in Wilbau, darunter gegen einen Chemiker und gegen mehrere Beamte, ein Strafmandat erlassen worden. Die dabei in Frage kommende Bestimmung stellt das Verziehen der Wohnung vor erfolgter Gebrauchsabnahme unter Strafe. Gegen dieses Strafmandat erhoben die davon Betroffenen Widerspruch. Das Schöffengericht in Königsmusterhausen erkannte auch auf Aufhebung des Strafmandats und Freisprechung der Angeklagten. In diesem Urteil wurde u. a. gesagt, daß die fragliche Bestimmung der Baupolizeiordnung eine unerträgliche Belästigung der Mieter darstelle. Es könne von den Mietern verlangt werden, daß sie in ein neues Haus einzuziehen, unmöglich verlangen werden, erst zur Polizei zu laufen und sich zu erkundigen, ob der Eigentümer auch im Besitze des Gebrauchsabnahmeheschein sei. Außerdem bestiehe auch die Möglichkeit, daß die Polizei, die gar keine Verpflichtung zur Auskunft habe, die Auskunft verweigere.

Gegen das freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vor Gericht führte der Vertreter der Anklage aus, daß nach einer Kammergerichtsentscheidung in einer ganz gleichen Sache nicht nur der Vermieter, sondern auch der Mieter von jener Polizeiverordnung betroffen werde, da in dem Gesetz nur ganz allgemein von dem „Verziehen“ gesprochen werde. Die sich die Mieter davon in Kenntnis setzen, ob der Gebrauchsabnahmeheschein erteilt sei oder nicht, sei ihre Sache. Auch schübe die Unkenntnis der Gesetze nicht vor einer Verletzung. — Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld führte für die Angeklagten aus, daß es sich in dem vorliegenden Falle um eine ganz unzulässige Ausdehnung der Gesetzesauslegung handle. Bezüglich des Vermieters sei es durchaus berechtigt, wenn man von ihm verlange, vor Erteilung des Gebrauchsabnahmehescheines keinen Mieter einzuziehen zu lassen, zumal ihm ja auch nur dieser Schein ausgehändigt werde. Es müsse tatsächlich als eine unerträgliche Belästigung des Publikums angesehen werden, wenn man von einem Mieter, der sich mitten in dem Krudel und den ganzen Anzutraglichkeiten eines Umzuges befindet, verlangen würde, auch noch zur Polizei zu laufen und sich zu erkundigen, ob auch der Gebrauchsabnahmeheschein erteilt sei. — Das Gericht stellte sich auf den Boden der Kammergerichtsentscheidung und der fraglichen Bestimmung, nach welcher ganz allgemein das „Verziehen“ untersagt sei. Hierdurch werde natürlich auch der Mieter betroffen. Das Urteil lautete auf je 1 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil wird Revision eingelegt werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Sincin in die Organisation.

Ueber die Frauenarbeit im Handelsgewerbe sprach am Montag in der Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine der Verbandssekretär Baum-Frankfurt. Der Redner führte unter anderem folgendes aus:

Die Vorbildung des weiblichen Personals bleibt weit hinter jener des männlichen zurück, was sich bei der Bewerbung um kaufmännische Stellen sehr fühlbar macht und zu den unangenehmen Erscheinungen der Frauenarbeit im Handelsgewerbe beiträgt. Dagegen hat die Frauenarbeit den unzulässigen Vorteil, daß einzelne kaufmännische Betriebe, so namentlich Bedarfsartikel für Damen, nur von weiblichen Kräften besetzt werden können; ferner ist die weibliche genaue und zuverlässige Arbeit durchweg anzuerkennen. Trotzdem sind aber die Schäden der Frauenarbeit heute noch überwiegend und haben ihre Ursachen darin, daß viele weibliche Angestellte ihren Beruf nur als einen durchgehenden Posten für die Ehe betrachten und sich während dieser Zeit mit sehr geringen Salären begnügen, die den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen. Ferner kommen hierzu noch Bedenken gesundheitlicher und sittlicher Art. Um eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen, schlägt er vor, Eltern und Vormünder über das Wesen des kaufmännischen Be-

rufes aufzuklären und mit gesunde und geistig befähigte Mädchen zur kaufmännischen Tätigkeit zuzulassen; ferner fordert er die Ausdehnung der Arbeiterinnen-Schutzgesetzgebung und das Verbot der Frauenarbeit in Betrieben mit sittlichen oder gesundheitlichen Gefahren. Er schlug sodann folgende Resolution vor:

„Der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine erklart in der ernsthaften Erziehung und Ausbildung der weiblichen Handlungsgestellten ein wirksames Mittel zur Regelung der ständig wachsenden Frauenarbeit im Handelsgewerbe und hofft, daß auf dem Wege der organisatorischen Selbsthilfe zusammen mit gesetzgeberischen Maßnahmen die vorhandenen salardrückenden Tendenzen der Frauenarbeit beseitigt werden. Zu diesem Zwecke empfiehlt der Verband: Erstens die Durchführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für weibliche Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, sowie eine staatliche Beaufsichtigung der Handelsschulen für Mädchen, und zwar in allen Bundesstaaten. Zweitens die Einführung einer praktischen Lehrzeit für weibliche Angestellte, die mit der theoretischen Ausbildung Hand in Hand gehen soll. Drittens gesetzgeberische Maßnahmen, die das Verbot der Frauenarbeit in Betrieben mit gesundheitlichen oder sittlichen Gefahren herbeiführen. Die Durchführung dieser Forderung ist in erster Linie von einer strengen Organisation der weiblichen Angestellten zu unterstützen, die in eigenen Reihen sowie bei Eltern und Vormündern aufklärend wirken muß.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Daß die Prinzipale die Aufmerksamkeit auf die Organisation als den besten Faktor in dem Kampf gegen die bestehenden Mißstände wenden, ist sehr erfreulich. Man hätte noch hinzufügen müssen, daß die allein gegebene Organisation die des Zentralverbandes der Handlungsgestellten und Gehilfinnen ist. Auch sollten die Inhaber die Konsequenz aus ihrer Anschauung ziehen und mit der Organisation gemeinsam den Kampf gegen die Schandentlohnung, wie sie vielfach anzutreffen ist und die einen wirklichen unlauteren Wettbewerb darstellt, aufnehmen.

### Mutterschutz und Säuglingsfürsorge.

Die badische Regierung hat in einem Erlaß die Bezirksärzte angewiesen, durch die Hebammen Erhebungen darüber anzustellen, ob und in welchem Umfange die Wöchnerinnen stillen. Solche Feststellungen sind auf Karten seit Jahrzehnten durchgeführt worden, sie erstreckten sich jedoch auf zu kurze Zeit, gewöhnlich 1 bis 2 Wochen nach der Niederkunft, so daß man den Ergebnissen nur geringen Wert beimessen konnte. Nun aber sollen die Hebammen die Kinder ein volles Jahr hindurch beobachten und hierüber auf Jahskarten, die jeweils nach Ablauf eines Jahres abzuliefern sind, den amtlichen Ärzten berichten. Es soll genau festgestellt werden, wie die während des Jahres 1911 in Baden geborenen Kinder gestillt werden, ob das Kind nur Brustnahrung, oder Brustnahrung und künstliche Nahrung, oder nur künstliche Nahrung erhält. Solche Untersuchungen für ganze Staaten wurden in den letzten Jahren mehrfach vorgenommen. Das Bedeutungsvollste an der badischen Enquete besteht aber darin, daß hier, falls das Kind keine Brustnahrung erhält, der Grund hierfür (Unvermögen der Mutter, Miskbildung des Kindes oder Weigerung der Annahme der Brust, Gleichgültigkeit oder Unmöglichkeit der Mutter, Rückkehr zur Erwerbsarbeit usw.) angegeben werden soll. Derartige Erhebungen, die nach den Ursachen forschen, wurden bisher nur an einem eng begrenzten Material von privaten Forschern ausgeführt. Die badische Untersuchung, die sich auf die Wöchnerinnen des ganzen Großherzogtums und somit auf eheliche und uneheliche, arme und reiche, städtische und ländliche Mütter erstreckt, wird geeignet sein, Licht in die bisher vielumstrittenen Probleme der Stillungsnot zu bringen.

### Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes.

In Winterthur hielt am letzten Sonntag der Schweizerische Arbeiterinnenverband seine Delegiertenversammlung ab, die von 24 Delegierten und einer Anzahl Gäste besucht war. Der Verband zählt gegenwärtig 13 Sektionen und der Anschluß von drei in der jüngsten Zeit gegründeten neuen Arbeiterinnenvereinen steht zu erwarten.

Der Verbandsrat beschloß die Einführung des Obligatoriums der „Vorkämpferin“ für die Verbandmitglieder, während die Frage der Schaffung einer Hilfs- und Sterbekasse bis zum nächsten Verbandsrat zurückgestellt wurde.

Zwei Referate betrafen das Frauenstimmrecht und die schweizerische Kranken- und Unfallversicherung. Ueber letzteres referierte Genossin Walter. In der von ihr vorgelegten Resolution heißt es:

„Das von Jahr zu Jahr in allen Industriezweigen stets rascher vordringende weibliche Erwerbsarbeit löst für das weibliche und geistige Wohl, für die kulturelle Weiterentwicklung der Nationen ernste gefährdende Wirkungen aus. Ist doch das Weib, als Mutter, die Trägerin von Volkskraft und Volksgesundheit und in solcher Eigenschaft doppelt schutzbedürftig. Ausreichender Arbeiterrinnen-, Mutter- und Kinderschutz wird aber erst geschaffen werden, wenn er energisch und unabwiesbar von der großen arbeitenden Volksmasse und darunter von den Frauen selbst bei Gesetzgebung und Gesetzesänderung immer und immer wieder gefordert wird. Es liegt daher nicht nur im Pflichtenkreis der proletarischen Frauen, die politische Gleichberechtigung des weiblichen mit dem männlichen Geschlecht anzustreben und kämpfend zu erobern. Es ist ebenso sehr Aufgabe der Arbeiter, der Genossen, diese Frauenforderung nachdrücklich zu verfechten und damit den Boden vorzubereiten zur allmählichen Beseitigung aller wirtschaftlichen und sozialen Frauennöten.“

Der Delegiertenrat der Arbeiterinnen, indem er das beabsichtigte Eintreten der Arbeiterinnen für die besonderen Interessen des Frauenproletariats aufs lebhafteste begrüßt, sieht darin den Ausgangspunkt zu planmäßig gemeinsamem Kampf, der allein Gewähr bietet für den machtvoll geistigen Aufstieg der arbeitenden Klasse und damit für die menschenverbrüdernde und menschenbeglückende Völkervereinigung.“

Im Anschluß daran wurde beschlossen, es sollten die Verbandssektionen besondere Frauenstimmrechtskommissionen mit dem Auftrag befehlen, auf die allmähliche gesetzliche Einführung des Frauenstimmrechts hinzuwirken.

Ueber die Kranken- und Unfallversicherung referierte Genosse Greulich und fand eine von ihm beantragte Resolution einstimmige Annahme.

Rögen die Verhandlungen und Beschlüsse des Winterthurer Verbandsrates zur weiteren blühenden Entwicklung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes beitragen!

## Aus aller Welt.

### Vom Flugsport.

Zum Fluge Rom — Paris — Turin startete am Sonntag eine ganze Anzahl Flieger bei Paris. Zwei derselben, Beaumont und Garros, stellten einen neuen Rekord im Ueberlandflug auf, indem sie nach an demselben Tage nach Zurücklegung einer Strecke von 845 Kilometern in Avignon landeten. Die übrigen Wettbewerber blieben weit hinter ihnen zurück. Am Montag setzten Beaumont und Garros den Flug nach Nizza fort, mußten jedoch Zwischenlandungen vornehmen. Auch Frech und Rimmerling sind am Montag in Avignon gelandet.

Weim sächsischen Rundflug wurde am Sonntag die dritte Strecke Leipzig — Plauen zurückgelegt. Bächner und Paitsch trafen nach 1 Stunde 14 Minuten respektive 1 Stunde 46 Minuten am Ziele ein. Lindpaintner gelangte erst am Montag nach Plauen. Auch auf dem Johannishöher Flugfeld wurden am Sonntag schöne Flüge ausgeführt. Schendel machte auf einem Dornier-Eindecker in großer Höhe einen Ueberlandflug nach Karlshorst und

zurück. Auch der Strich-Pilot Pilot Solimüller unternahm einen Höhenflug bis zu 600 Metern Höhe und landete im prächtigen Gleitflug. — Auf dem Flugfeld Bork flieg vor einigen Tagen der neue Strich-Pilot Schall zu einer Höhe von 2150 Metern auf womit er einen neuen Höhenrekord für Deutschland aufstellte.

### Wieder ein Todessturz.

Auf dem Flugfelde von Cameri (Italien) ist am Sonntag der Flieger Cirri angefaßt einer großen Zuschauermenge, unter der sich auch die Frau und zwei Kinder des Aviatikers befanden, aus einer Höhe von 200 Meter herabgestürzt. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert und geriet in Brand, Cirri wurde schwer verwundet hervorgezogen und starb bald darauf.

### Ein Cholerafall in der Steiermark.

Wie amtlich gemeldet wird, sind bei dem Postoffizianten Franzli, der auf seiner Urlaubreise in Venedig an Durchfall erkrankte, nach seiner Rückkehr in seinem Heimatort Walkendorf choleraartige Erscheinungen festgestellt worden. Die bakteriologische Untersuchung hat Cholera asiatica ergeben. Der Erkrankte ist gestern mittag gestorben. Die Behörden haben alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhüten.

### Selbsterkenntnis!

Vor kurzem wurde in dem ostpreussischen Städtchen Liebstadt eine Kirche eingeweiht. Bei dem sich anschließenden Festmahle brachte der Generalsuperintendent D. Braun ein Hoch auf den Kaiser aus, das er nach der „Elbinger Zig.“ mit folgenden Worten leitete:

„Ich hege eine unbegrenzte Verehrung für unseren Kaiser, und darin würde mir jeder nachsehen, der Gelegenheit hat, wie ich, den Reichtum seines Innenlebens kennen zu lernen. Diefem Mann gegenüber sind wir alle, vergehen Sie, meine Herrschaften, den etwas harten Ausdruck „Schafsköpfe“, so groß ist meine Bewunderung seines Geistes, der alles aufsaugt und umfaßt und verarbeitet!“

Der Mann muß sich und seine Freunde ja kennen! Offenbar hat er auch recht, denn niemand der Festteilnehmer hat ihm widersprochen.

### Kleine Notizen.

Zusammenstoß zweier Torpedoboote. In der Nacht vom Sonntag sind bei einer Uebung der deutschen Flottenflotte bei Slagen die Torpedoboote S 139 und G 172 zusammengestoßen. Hierbei wurde der Matrose Eberlein tödlich verletzt.

Von Räubern entführt. Auf einer Studienreise ist im nord-griechischen Gebirgslande der bei der Firma Raab & Reich angestellte Beamte Richter von Räubern überfallen und entführt worden. Trotz eifriger Verfolgung konnte man bisher der Räuber, die zwei militärische Begleiter des Reisenden ermordet haben, nicht habhaft werden.

Bei einer Rauferei zwischen Soldaten und Zivilpersonen in Budapest wurde die einschreitende Wachabteilung arg bedrängt und gab fünf Salven ab. Ein Soldat wurde tödlich, vier schwer, drei Polizeibeamte und fünf Zivilpersonen leicht verletzt.

Hungernot in Tripolis. Wie ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, wütet eine furchtbare Hungernot unter der Bevölkerung von Tripolis und dezimiert in manchen Gegenden die Bevölkerung; der Bezirk Orfele ist nahezu entvölkert.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Abends 8 Uhr, vom vier Kruppen — Fahrkarte —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Quark und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. 46. 1. Ja. 5 bis 34 M. 2. Wenn die Frau zu Bestellungen ermächtigt war, sind Sie abnahme- und zahlungspflichtig. Die Ermächtigung kann auch darin gefunden werden, daß die Frau vorher Bestellungen gemacht hat. 3. Nein. — Rommes 100. 1. Ja. 2. Die mündliche Erklärung, wenn sie von der Frau angenommen ist, halten wir für bindend. 3. Ja, mit Ausnahme der Haushaltungsgegenstände. 4. Nein. Sie ist aber zur Zahlung verpflichtet. 5. Gegen das Verbot darf die Frau nicht landen. — 16. In einem Rotar. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — 17. Die statutarische Bestimmung ist maßgebend. — Berlin 28. Der Besitzer des Hundes ist in vollem Umfange haftbar. Befehlen Sie sich ein Armbandszeugnis und legen Sie beim Amtsgericht. — 12. 1. Die Tochter ist auf Verlangen der Schulbehörde zum weiteren Schulbesuch verpflichtet. Die Konfirmation hat damit nichts zu tun. 2. Sie ist nur in einer Gemeinde steuerpflichtig. Das Vermögen von 3000 Mark unterliegt keiner Vermögenssteuer. — 11. Nein. — 3. 71. Sie müssen beim Amtsgericht Nibors Ihre Austritt anmelden. Demnachst erhalten Sie eine Verladung, der Folge zu leisten ist. — 22. Das Schöffengericht genügt der Form nach nicht. — 3. 72. 150 M.; die Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. — 5. 77. Ein Antrag besteht nicht; versuchen Sie es mit einem Antrag. — 6. 100. Ja, vom Januar 1910 ab, unter Verletzung auf 41 M. 3 des Invalidenversicherungsgesetzes. — 100 J. 23. Sie halten nicht. Falls Pfändung Ihres Eigentums erfolgt, müssen Sie intervenieren. — 3. 344. 1. Sie müssen Kenntnis erhalten, falls Ihre Adresse bekannt ist. 2. Ja, am zweckmäßigsten durch eine dritte Person. — 3. 100. Wenn der Versicherer Insulaner ist, wenn, wenn Insulaner, kann er Abfindung mit dem dreifachen Betrage der Jahresrents beanspruchen. Insulaner haben die Möglichkeit der Weiterversicherung.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

## Speise-Eis

Essen, unerreichbar fein, natürliches Fruchtaroma. Alle zugehörigen Substanzen. Gute Rezepte gratis. Otto Reichel, Berlin SO., Chudobnjak 4.

## „Orientperle“

Orientalischer Red. Wein zur Stärkung für Blutmangel, Genuß und Kinder sehr empfohlen. Zu haben bei Alfred Nickel, Kolonialwaren Berlin, Wilhelmstr. 15. Kostproben gratis.

## 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert Wäscheabrik Leib- und Bettwäsche, Kleiderstoffe an reelle Leute. Offerten unter T. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zambona, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhaller Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch 1. zur dauernden Kundhaft

## Dr. Raphael Friedeberg

(früher Berlin) 74/13 praktiziert als Badearzt Bad Kudowa (Schlesien) im Winter: Ascona - Locarno (Lago Maggiore).

## Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden Dr. Popke, Rosenhaller Str. 70, Spr. 2-2, 6-9, Sonnt. 9-3

## Syphilis-Nachweis

In allen frisch u. veraltet. zweifelhafte. Fall. durch mikroskop. Untersuchung, sofort; bestg. Darm- (bes. auf Gonorrhoe-Häuten) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Regenbrunnen, I. 8724. Verf. Maßstab. bis 1. u. kostenl. Gedächtnis von 8-8 Sonntags von 12-1.

## Mahlsdorf,

Cu. R. von 8 M. an, 20 J. - Jahrt. J. Rieger, Gendarmstr. 5.

Todes-Anzeigen

Die Beerdigung der Frau Rosine Paradis...

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 28. Mai, früh 9 1/2 Uhr...

Paul Hercht

im 52. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. Mai...

Deutscher

Transportarbeiter-Verband.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht...

Hermann Heider

am 16. d. Mts. im Alter von 33 Jahren...

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht...

Otto Käsling

am 23. d. Mts. im Alter von 37 Jahren...

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht...

Paul Hercht

am 28. d. Mts. im Alter von 61 Jahren...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 28. d. Mts. verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Mai...

Am Sonntag, den 28. Mai, früh 9 1/2 Uhr...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am Sonntag, den 28. Mai, verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

Am 26. Mai verstarb unser Mitglied...

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts...

37. Kommunalwahlbezirk

Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung

in Hensfelds Harmonie, Invalidenstr. 1a.

Tages-Ordnung:

1. Die Stadtverordnetenwahl im 37. Kommunalwahlbezirk.

2. Aufstellung des Kandidaten. — 3. Diskussion.

Das Wahlkomitee. G. u. W. Baumann, Bernauer Str. 9.

Referent: Stadtverordneter Dr. Hermann Weyl.

227/18\*

Kraft-Rotwein Fl. 150 u. 200. Santa Lucia. Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.

Beeilen Sie sich und besichtigen Sie die letzten 17 Barjellen in Jevernia...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239.

Mittwoch, 31. Mai 1911, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für den Norden

im Voigt-Theater, Badstraße 58.

Tages-Ordnung:

Erledigung der in letzter Bezirksversammlung zurückgestellten Angelegenheiten.

Kollegen! Die Wichtigkeit dieser Versammlung erfordert zahlreiches Erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 31. Mai 1911, abends 6 Uhr:

Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verchiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Erwerbslose (Kranke)! Achtung!

Wegen der Pfingstfeiertage findet die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung (Kranke) wie folgt statt:

für den 3. und 4. Juni am Freitag, den 2. Juni, 5. 6. " " Sonnabend, den 3. Juni, bis 12 Uhr. — Nachmittags geschlossen.

Am 3. Feiertag (6. Juni) bleibt das Bureau geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Brauerei-Handwerker!

Mittwoch, den 31. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Große Versammlung der in Brauereien beschäftigten Handwerker

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Das lokale Verhalten der Brauereien unter dem neuen Tarif. 2. Diskussion.

Kollegen! Wir erwarten vollzähliges und pünktliches Erscheinen. Aktivist für guten Besuch der Versammlung. Kein Handwerker darf fehlen.

Mit Gruß Die Kommission der Brauerei-Handwerker. G. u. W. Siering.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. — Telefon: Amt III, 9714.

Mittwoch, den 31. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:

Oeffentliche Versammlung der Innungskollegen.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Anfrage. 2. Beschlusfassung über die weiteren Maßnahmen.

Nur Innungskollegen haben Zutritt. — Kollegen! Wir erwarten vollzähliges Erscheinen! Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Das Verbandsbureau ist geschlossen: Am Sonnabend, den 3. Juni nachmittags, am Montag, den 5. u. Dienstag, den 6. Juni den ganzen Tag.

Die Unterhaltungsabteilungen für Sonnabend, den 3. und Montag, den 5. Juni erfolgen am Sonnabend, den 3. Juni; die Auszahlungen für Dienstag, den 6. Juni am Mittwoch, den 7. Juni.

Wer am Sonnabend Arbeitslosenunterstützung erheben will, muß am Freitag Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte auf dem Nachweis abgeben.

Die Arbeitsnachweise sind am 3. Feiertage geschlossen. 84/3

Die Hausfrau praktisch,

wie immer, kauft sie zur Reisezzeit für die ganze Familie Florians Zahnpflege-Kasten, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.—

Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8,50, 24 Stück M. 18.— franko Nachnahme durch Arthur Wasservogel, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die Chemischen Werke Florian & Co., Britz-Berlin.

"Tipp-Topp-Rollschne"

aus der Berliner Rollschuh-Fabrik G. m. b. H. Berlin

Bülow-Str. 66 im Hause von Mix & Genest hinter der Luther-Kirche

sind die besten der Welt! Verkauf werktäglich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. — Reparaturen billig und sachgemäß.

Mit Kugellager schon von 5.— Mark an bis 20.— Mark.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Mitglieder-Versammlung der Sektion I (Sandsteinarbeiter).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Ed. Ritter über: „Das Innungswesen und seine Bedeutung für die Arbeiter.“

2. Gemeinschaftliches. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung. 171/20\*

Total vernichtet

werden alle Wanzen mit Brut bei Anwendung von Reichel's

verstärktem Wanzenfluid „Radikal“. Bekanntestes Spezialmittel. Flasche 50 Pf., R. 1.—, 2.—, 3.—

mit der Brut bei Reichel's Schwabenpulver „Poudre Martial“, Dose 50 Pf., R. 1.—, 2.—, 3.—

werden ganz sicher getötet durch Reichel's Spezial-Mottenpulver „Total“, Pack 50 Pf., R. 1.— und 2.—, 3.—

Sprühapparate von 50 Pf. an. Man nehme in den Drogerien nur die echten Originalpackungen mit Marke „Tod und Teufel“, die einzige Garantie für Erfolg. Otto Reichel, Berlin 54, Eisenbahnstr. 4. Amt IV, 4751, 4752, 4753.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden

fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch Herren-Schneiderei nur Frankt. Allee 75, 1. Eingang Thälter-Str.

Reste

Damentuche, schwarze und farbige, Kostüm-, Stoffe, gezeigte Muster, Trikot-Stoffe, Seiden-, Pflanz-, Sammete, Reide etc.

Konfektion

Paletots, Jacketts, Regenmäntel, Kostüme und Kostümstücke in grosser Auswahl.

C. PELZ Kottbuserstr. 5.

Vorwärtsleser aufgepaßt!!!

In der Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstr. 34 I kauft man verfallene Pfänder und auf Auktion zurückgekauften Jackentanzüge, Rockanzüge, Paletots, Lusterjacketts, Litwas, Hoson für jede Figur passend.

Uhren, Ketten, Ringe usw. zu noch nie dagewesenen Preisen.

Wasserparzellen

Neu! von 200 M. an. Neu! Abzüglich gelegener, ca. 30 km östlich von Berlin. See-, Wald-, Fließ- u. Landparzellen (polibillig). Pläne gratis.

J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.

Für Damen Frauen-Bedienung. \* Lieferant für alle Krankenkassen.

Der Geist der Unzufriedenheit

in Bildern, Lössern und Versen

Von G. Brandt • Preis M. 2,50

Diese aktuelle politische Satyre in Bild und Wort wird allen „Freunden unserer Polizei“ viel Vergnügen bereiten. Es ist ein ganz eigenartiges Werk, das überall großes Aufsehen erregen muß.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Gänsefuß.)

Dr. H. Unger in Würzburg. In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-Apothek, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Volks-Versammlungen

hente Dienstag, den 30. Mai, abends 8 Uhr.

1. Kreis:

Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

2. Kreis:

Bock-Brauerei, Tempelhofener Berg.

3. Kreis:

Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15. Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

4. Kreis:

Fittin, Memeler Str. 67. Elysum, Landsberger Allee 40/41. Borgmanns Festsäle, Andreasstr. 21. Graumann, Raunhynstr. 27. Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.

5. Kreis:

Königsäle, Neue Königstr. 26 (Eing. Wabzackstr.).

6. Kreis:

Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147. Gesellschaftshaus, Ewinemünder Str. 42. Frankes Festsäle, Badstr. 19. Pharusäle, Müllerstr. 142. Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49. Bock-Brauerei, Ubt. II, Chausseest. 64.

Teltow-Beeskow:

Adlershof, Wöllsteins Lustgarten. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3. Köpenick, Stadt-Theater. Johannisthal-Niederschöneweide, Rest. Kyffhäuser

Birdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 48/49. Schöneberg-Friedenau, Neue Rathausäle, Weininger Str. 8.

Steglich-Güdenbe, Birkenwäldchen. Creptow, Sport-Restaurant, Elfenstr. 115/116. Wilmersdorf, Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112

Nieder-Barnim:

Friedrichsfelde, Bube, Prinzen-Allee 30. Lichtenberg, Gebr. Arnhold, Frankf. Chaussee 5/6. Pankow, Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102. Reinickendorf-West, Müllers Festsäle, Scharnhöferstraße 14. Rummelsburg, Café Bellevue, Hauptstr. 2. Stralau, Markgrafensäle, Markgrafendamm 34. Tegel-Borsigwalde, Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1. Waidmannslust, Schweizerhaus, am Bahnhof. Spandau, Köpnieks Restaurant, Fischerdorfer Straße 39.

Tages-Ordnung:

Bäckerstreik und Konsumenten.

Freie Diskussion:

Referenten: Bauer, Clara Bohm-Schuch, Brückner, Davidsohn, Martha Demming, Dittmer, Ewald jun., Fendel, Gehrman, Handke, Hartmann, Hesse, Hildebrandt, Martha Jeetze, Marie Juchacz, Wilhelmine Kähler, Anna Kiesel, Friedr. Kunze, Hermann Kunze, Berta Lungwitz, Peterhansel, Poetzsch, Ritter, Siering, Georg Schmidt, Frida Schulte, Schütte, Stoermer, Ucko, Weise, Clara Weyl, Frida Wulfi, Luise Zietz.

Alle Konsumenten Groß-Berlins, besonders aber die Frauen, werden dringend zum Besuch der Versammlungen eingeladen.

Genossen und Genossinnen, agitiert für Massenbesuch!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Biesenstr. 16.

19. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 29. Mai 1911, vormittags. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose bei der Abtheilung.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 300 32 84 421 545 508 29 70 92 730 643 921 44 1047 570 288 474 77 82 514 685 88 785 830 919 2192 83 251 228 503 30 651 755 838 54 10000 840 1000 3007 64 403 87 500 11 30 47 630 86 900 54 58 4002 60 353 78 1000 455 640 732 38 951 5021 1000 235 307 413 68 587 5044 66 67 78 82 130 1000 58 477 371 783 883 925 7080 121 234 72 430 43 87 271 10000 618 824 90 846 96 8087 1000 247 280 305 488 503 643 812 905 63 9074 322 734 97 600 804 10000 1014 7 48 218 69 76 1000 322 534 1000 797 99 895 970 93 1100 92 128 1000 78 356 65 408 19 40 609 736 44 868 953 12000 1000 124 90 354 73 216 478 598 13182 510 606 77 88 878 991 14013 154 204 77 1000 884 281 1000 45 638 736 58 085 15033 44 819 30 775 883 1000 10157 227 306 53 430 512 21 639 915 17553 1000 203 421 70 872 819 751 33 87 999 18047 456 542 716 65 80 810 1000 998 19116 27 10000 123 308 63 94 523 618 24 45 97 801 1000 34 69 507 50 20201 8 70 307 73 884 87 21003 8 303 481 889 48 67 484 712 1000 807 970 22021 54 87 94 187 580 854 23099 1000 138 1000 300 288 413 365 66 687 78 24649 29 184 381 1000 828 1000 729 81 634 910 73 25487 118 89 1000 421 75 727 26175 241 73 1000 444 543 1000 818 10000 27027 32 844 94 487 438 917 25364 103 14 203 684 872 29014 63 120 290 388 430 264 77 687 823 72 397 1000 968 30950 400 810 803 82 485 545 672 779 31123 1000 400 417 54 674 1000 736 79 909 19 32009 30 108 70 217 88 221 2200 55 33147 248 91 303 55 86 443 83 87 881 1000 625 1000 800 63 34217 201 10000 473 83 249 430 821 25 88 908 35005 1000 87 1000 140 250 61 68 354 497 588 1000 83 10000 647 729 843 90 828 47 36089 107 45 47 231 1000 450 509 782 814 1000 37057 253 484 71 556 633 83 892 38181 225 1000 81 482 898 718 853 39139 209 83 1000 558 91 508 811 23 1000 31 1000 909 1000 40079 84 1000 117 397 1000 88 858 99 1000 494 654 80 88 737 65 903 91 41022 253 394 481 434 42018 21 82 219 744 827 990 43189 91 98 294 367 397 443 90 784 44044 92 97 165 380 426 534 759 919 45107 97 323 723 55 953 1000 46006 151 207 12 630 1000 713 821 822 27 47077 214 604 71 82 795 1000 48594 612 819 943 49159 203 19 408 71 605 79 87 808 23 963 1000 50041 74 383 423 518 639 778 908 80 81005 92 130 1000 62 207 487 433 526 77 99 52132 251 418 830 88 1000 909 53305 13 402 11 948 54045 415 379 680 71 750 849 1000 55052 159 382 97 1000 936 664 1000 95 736 1000 56011 22 1000 51 99 104 289 328 85 223 54 841 77 226 57048 1000 93 163 243 710 47 866 1000 938 58089 297 504 717 67 75 572 80 92 59413 45 63 1000 77 842 964 60118 1000 300 780 913 61066 829 72 1000 870 78 825 32 97 701 819 23 1000 921 62007 122 254 866 813 65 77 905 93 63138 241 212 124 901 64143 256 675 820 85 65388 442 77 800 54 85 765 618 904 66541 81 617 1000 813 67014 148 264 307 475 600 15 27 81 95 706 81 586 68312 23 89 821 780 940 87 69010 11 94 1000 793 733 66 692 849 88 90 729 829 70001 208 200 670 706 75 820 957 71022 1000 142 243 328 47 478 98 781 879 913 81 72016 303 430 86 96 641 603 86 784 882 81 73077 177 263 348 483 94 623 65 810 30 1000 74181 413 1000 21 768 75001 109 428 27 512 1000 80 641 67 757 76359 1000 62 552 640 801 1000 17 87 1000 929 1000 77079 100 47 404 513 38 413 60 95 1000 747 73 876 828 78037 91 134 38 45 870 73 561 1000 806 10000 44 790 828 943 79 10000 79005 40 120 84 206 12 230 481 510 714 78 80823 50 117 219 544 81 960 81084 123 225 142 56 688 608 82001 63 80 130 375 1000 419 19 82 92 613 960 83059 128 39 284 364 438 1000 625 56 1000 706 84188 1000 284 314 85 615 86 778 886 85111 294 871 476 788 825 1000 25 39 86068 128 62 220 411 907 87147 245 265 410 537 803 24 88018 61 1000 213 57 863 22 1000 92 502 603 747 884 89104 229 28 72 1000 862 788 90212 25 1000 59 287 536 644 81 91016 134 86 1000 514 725 27 70 83 556 59 92143 411 512 747 77

93015 35 89 91 204 85 309 483 603 30 13 46 1000 73 878 94618 45 104 248 81 84 319 37 670 74 89 704 827 78 1000 95097 290 624 58 88 500 329 98204 21 208 402 540 671 725 860 68 97005 167 655 771 901 98493 87 618 643 99048 90 107 380 490 737 911 10000 808 101008 177 1000 219 90 87 546 619 88 732 890 91 102073 79 121 263 364 478 660 772 103053 147 70 502 63 328 434 872 104637 4 621 78 1000 870 68 105096 90 1000 903 79 991 100059 68 71 123 240 322 487 519 877 324 107004 146 10000 85 220 55 1000 350 1000 828 857 108005 1000 15 23 157 300 895 400 500 897 917 1000 58 1000 109197 1000 438 555 80 856 110006 111 1000 97 287 1000 560 59 1000 872 798 808 849 111078 188 376 398 1000 94 978 88 112078 212 555 88 865 78 701 896 113153 207 15 82 343 50 407 628 62 88 618 1000 58 114403 27 759 843 115123 28 89 1000 84 97 303 1000 23 36 417 1000 641 49 85 71 39 641 116144 87 424 507 621 28 1000 805 895 117098 226 448 1000 525 118083 414 539 63 714 15 1000 829 119006 49 64 222 401 589 1000 625 724 858 826 120000 120 206 480 579 614 781 1000 128 121008 368 82 1000 415 525 601 814 68 122018 588 651 708 43 947 123019 130 51 217 650 62 1000 741 322 80 894 124160 190 301 544 1000 614 25 553 54 125113 84 1000 538 58 647 681 78 126051 58 133 60 76 1000 54 1000 218 265 89 664 76 126051 58 133 60 76 1000 54 1000 500 511 551 58 605 817 605 13 74 911 33 63 128000 10 37 180 91 84 306 331 459 379 887 99 1000 129132 60 1000 78 78 1000 420 487 92 600 1000 752 896 929 1000 130005 157 1000 66 546 357 1000 451 577 91 753 82 1000 908 97 131021 90 160 236 31 65 307 46 95 96 588 809 11 1000 49 713 855 83 132133 289 41 58 1000 89 869 883 78 80 133228 566 707 35 72 901 134445 77 281 407 666 80 84 720 97 98 849 135158 48 65 1000 87 808 568 85 925 95 98 900 98 136007 48 188 608 1000 770 82 1000 819 41 83 137256 521 25 139 19 295 27 56 138157 215 308 483 625 36 66 78 139106 240 423 263 506 32 718 598 943 140130 222 58 63 474 501 740 83 81 805 141074 88 258 27 314 406 573 697 841 142105 240 82 875 612 633 718 803 926 143254 561 1000 675 756 84 873 975 144021 1000 23 77 241 69 91 320 48 91 427 721 934 95 82 145000 119 20 58 1000 212 311 19 419 890 912 1000 48 146003 20 812 520 217 642 708 64 643 97 147001 200 400 500 99 858 991 1000 148114 33 97 244 301 341 700 844 1000 647 663 734 61 81 843 806 63 89 149223 26 224 621 750 864 150005 306 484 516 72 923 1000 151176 806 216 517 647 880 841 1000 152011 95 209 65 454 572 604 718 38 17 900 153002 72 1000 362 71 316 641 853 96 938 154049 78 1000 74 81 181 322 30 433 1000 89 900 806 1000 29 155180 313 630 727 156169 48 230 512 37 160000 27 438 66 15 856 991 1000 157102 19 30 213 310 20 21 507 523 158180 245 500 563 933 1000 723 1000 159146 553 641 10000 80 778 806 920 64 160001 114 370 1000 568 1000 71 416 808 963 1000 161196 243 348 1000 301 231 47 829 162056 196 206 86 840 47 163074 77 80 181 225 344 1000 65 71 89 401 569 605 47 92 164028 248 79 87 306 425 35 251 1000 165042 67 60 1000 80 92 1000 107 73 434 800 166083 265 97 222 418 55 628 728 806 84 167000 198 270 315 408 478 774 85 940 95 168043 87 175 770 344 404 65 514 77 610 913 169041 244 465 1000 512 73 641 704 874 170018 26 213 62 1000 404 270 623 81 883 808 85 171111 17 26 263 302 1000 421 75 63 64 95 1000 619 915 29 21 173075 459 838 98 174021 682 560 175006 102 26 315 22 430 311 1000 19 673 1000 806 176182 218 88 490 1000 678 730 906 13 11 48 75 177285 292 848 885 1000 178133 234 449 1000 564 619 261 61 179281 840 56 446 500 788 180006 1000 146 225 802 78 91 97 181143 65 281 86 432 71 653 678 990 182111 54 82 390 451 89 1000 99 307 696 872 183019 75 97 200 29 35 354 328 1000 478 561 814 983 1000 184103 348 1000 607 788 1000 292 185181 62 206 481 1000 778 863 926 1000 186011 706 84195 214 80 81 829 39 775 830 89 187079 130 422 19 1000 226 1000 708 99 882 188167 86 203 440 279 1000 962 719 613 97 189142 1000 43 1000 383 413 69 85 684 763 78 825 1000 881 Im Gewinnrade verbleiben: 2 Prämien zu 300 000, 2 Gewinne zu 10 000, 20 zu 10 000, 20 zu 5000, 212 zu 2000, 512 zu 1000, 839 zu 500

19. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 29. Mai 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose bei der Abtheilung.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 35 123 1000 99 883 499 516 790 1156 87 473 682 11000 289 30 2148 71 306 602 7 79 848 964 3214 553 60 1000 568 901 4506 181 402 36 1000 589 51 32 1000 793 996 5000 118 1000 214 502 13 91 625 67 983 6113 32 617 700 803 43 7072 148 93 1000 263 433 571 698 849 879 163 85 237 1000 59 90 402 600 83 9071 78 126 251 301 601 88 733 433 800 10119 63 80 225 282 500 48 97 856 978 23 30 11264 289 1000 438 1000 68 569 723 12024 138 237 348 801 13000 82 281 45 207 426 514 82 601 32 702 43 88 365 14121 1000 214 302 78 1000 414 580 707 1000 806 916 22 15000 120 236 70 405 33 63 823 758 65 854 97 603 16121 1000 60 64 300 368 88 84 625 731 53 64 1000 942 19 17075 322 78 1000 323 24 634 68 781 1000 888 287 88 18447 62 68 89 99 071 771 1000 19044 118 1000 213 508 47 89 20042 285 1000 479 777 84 881 21285 47 84 444 38 528 618 74 864 1000 97 903 22146 1000 81 970 25 411 515 39 50 855 737 825 900 23066 196 97 229 54 519 98 1000 681 1000 780 861 84 90 24044 105 1000 23 217 80 842 1000 442 51 93 719 979 25200 87 91 447 48 67 880 900 7 11 74 75 28022 184 289 753 27006 48 197 413 682 84 864 981 25109 411 66 369 96 29171 222 272 82 91 406 508 43 44 91 825 41 48 303 30313 770 78 532 60 88 31091 219 89 306 8 554 68 977 92 1000 32042 149 684 58 734 853 33076 110 70 74 78 287 898 1000 780 48 988 34008 15 187 79 207 305 1000 18 43 420 95 529 33 88 840 951 35156 618 30 62 86 900 901 36129 478 842 1000 71 802 38 37004 194 246 262 74 818 718 811 33091 385 1000 473 547 70 978 39097 261 255 427 987 3503 1000 473 547 40004 64 1000 251 245 92 582 446 647 705 873 80 81 41000 2 568 864 95 710 897 349 86 42303 529 638 792 821 56 43072 73 280 384 439 410 1000 932 89 44028 88 228 1000 242 78 483 744 84 821 68 990 45014 247 223 411 1000 259 98 647 1000 719 71 46015 1000 29 76 98 322 88 97 427 51 513 49 1000 74 88 647 58 82 721 67 81 911 47099 65 68 428 553 87 1000 92 651 734 67 863 48185 408 488 546 634 821 49083 190 232 141 448 504 628 748 57 89 1000 823 925 85 1000 50297 633 787 820 43 74 86 990 51083 214 403 17 34 89 607 729 88 803 92 500 949 52116 18 1000 309 1000 222 259 70 956 53196 11 1000 446 744 98 1000 919 47 54099 65 110 297 305 804 350 1000 80 70 72 95 55112 278 1000 212 507 634 1000 23 1000 74 720 77 81 828 87 72 56288 78 214 615 18 875 961 37014 110 12 1000 237 67 620 39 1000 43 88 65 865 921 24 58170 289 409 698 884 88 621 59013 434 1000 22 645 77 60558 78 220 45 625 84 788 1000 77 815 819 59 61058 111 212 545 1000 618 25 913 20 45 51 1000 71 62098 146 79 1000 81 280 429 77 1000 543 61 83 10 000 87 643 733 92 807 1000 63226 81 89 1000 190 307 489 1000 58

Hausfrauen! Arbeiter! Mitbürger!

Helft den Arbeitern in den Bäckereien in ihrem gerechten, ihnen aufgezwungenen Kampfe um eine bescheidene Existenz, um ein eigenes Heim, um eine Familie, indem Ihr nur Brot und Backware aus Bäckereien bezieht, wo die berechtigten Forderungen der Bäckergehilfen bewilligt sind. — Weidet auch die Milchgeschäfte und Wiederverkäufer, wo unser Plakat nicht anhängt, und kauft nur von den Landbrodbäckern und Frühstücksansträgern, die im Besitze unserer Legitimationspapiere sind.

Beilligt haben folgende Bäckereien:

Table listing various bakeries across Berlin districts, including addresses and names of owners or bakers. Columns include district names like 'Berlin', 'Grünthal', 'Koppenstr.', and 'Rathausstr.', followed by specific street addresses and names such as 'H. H. H.', 'K. K.', etc.





# grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands

sind, verdanken wir den Sympathien des grossen Publikums, das die qualitative Erstklassigkeit unserer Biere dauernd anerkennt. Damit uns dieses entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin erhalten bleibe, bitten wir, beim Bezuge von Caramel-Bieren in Flaschen ausser auf das **blaue Etikett** auch auf die Firma zu achten. Minderwertige Nachahmungen sind, wegen der Aehnlichkeit der Etiketten, geeignet, unserem Renommee Schaden zuzufügen. Seien Sie daher vorsichtig und achten Sie stets auf den Namen:

# Engelhardt-Caramel-Bier

A. D.

Unsere Biere sind überall käuflich!

## Ohne Anzahlung!

Deliero an jedermann bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

**Garderobe f. Herren, Damen, Kinder auf Kredit**  
neueste Fassons, grösste Auswahl  
Wochenrate von 1 Mk. an  
**Möbel**  
Komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige  
**Gardinen, Lein- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung.**  
**S. DORN,** Alte Schönhauser Str. 3 Ecke Linienstrasse.

## 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung  
Lieferer elegante  
**Herren-Moden**  
fertig und nach Mass  
Garantie für tadelloser Sitz und feinste Verarbeitung  
**J. KURZBERG**  
Mass-Schneiderei  
Rosenthaler Strasse 40-41  
am Hackebornmarkt  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstrasse.



## Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabaks** in Umlauf.  
Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:  
**Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak**  
(ges. geschätzt 75 658).  
Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.  
**Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,**  
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

## Verkäufe.

**Sehn Prozent Rabatt „Vorwärts“.**  
Lern.  
**Zeppiche.** Herrenkleider, sehr feinfach billig. Nierenfabriklager, Große Frankfurterstrasse 125. im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vormärzlieferer noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.  
**Gardinen, Habrücke, Fenster** 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 ufo.  
**Totalverkauf** von angelegentlich Gardinen, Stores, Bettdecken laufend billig. Große Frankfurterstrasse 125.  
**Tuch- und Wäscheverleger, Garnitur** 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Habrücke Lager Große Frankfurterstrasse 125.  
**Steppdecken billig**, Fabrik Große Frankfurterstrasse 125.  
**Tuch- und Wäscheverleger** mit feinen Feinern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstrasse 125. Nur im Hause der Möbelfabrik. 29048\*  
**Zeppiche:** (sehrbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Grimm, Hofscheider Markt 4, Bahnhofs Ecke. (Vater des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!  
**Herrengarderobe** ohne Geld bei feiner Anzahlung in reicher Auswahl. Der ganze Osten kauft bei uns. Krellmann u. Co., Koppensstrasse 4 (Schlesischer Bahnhof).  
**Vormärzlieferer** erhalten fünf Prozent Ermässigung, selbst bei Gelegenheitskäufen. Zeppich-Thomas.  
**Zeppiche, farbigeherbst, spottbillig.**  
**Schlafdecken, Schülerplaid** 1,15.  
**Steppdecken, Similifelle** 3,75.  
**Zeppich, Thomas, Dranienstrasse** 100, Dranienplatz; Rosenfelderstrasse 64.  
**Reihhaus „Schöneberg“**, gegenüber dem Bahnhof, Sedanstrasse 1, Telefon Nr. 6, 15687, bietet stets Gelegenheitskäufe in verändelter gemessener und neuen Anzüge, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, übermten Herren- und Damen-Remontoirs, Uhren, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Bräutigam, Ohrringe, Platinen, Fahrrad, Freispringer 10 Mark an. Richard Engelmann. 29088\*  
**Zeppiche.** Die Restbestände einer Zeppichschiff kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Zeppichschiff, ganz schwere Qualität: Stuhngänge, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergrube, früher 22,75 jetzt 24,50; Salongänge, früher 43,50 jetzt 35,00. Zeppichhaus Georg Lange, Chausseestrasse 73/74.  
**Vortieren, Plüsch und Filz** Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.  
**Erbsen-Store**, ein großer Kasten mit Volant, volle Breite und Länge 4,75. 29719\*  
**Steppdecken, eigene Anfertigung** richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Zeppichhaus Georg Lange, Chausseestrasse 73/74. Vormärzlieferer 5 Prozent.  
**Herbrechen und Rekonstruktion** als soziale Krankeitsheilung von Paul Hirsch. Preis 2.- Mark, geh. 20 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstrasse 69.  
**Tüllgardinen, Stores, Rouleaux** Umsatz - Ausnahmepreise. Fenster 1,15, 1,65, 2,50 bis 5.-. Prachtvolle Negergardinen: Fenstergarnitur 3,50 bis 13,50. Weiss Zeppichhaus, Dresdenstrasse 8 (Kollwitztor). Abonnement Rabatt. 29908\*  
**Teilzahlung.** Herrengarderobe Damengarderoe, Kleider, Kleiderhose, Betten, Wäsche, Gardinen, Steppdecken, Zeppiche, Wäsche, Vortieren, Spiegel, Bilder, Uhren, Gramophon, Kinderwagen, Schmidt, Petersburgerstrasse 23. 24728\*  
**Zeitwäscherei.** Jober, Elywanitz, Bademannstr. Spezialfabrik Reichenbergerstrasse 47. Lerner 5 Proz. **Verantwortlicher Redakteur:** Ernst Wags, Berlin. Für den

**Wäsche der Revolutionen**, von H. Gombay, wöchentlich ein Heft a 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.  
**Wortplatz** 58a im Leibhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Novatieren getragene Jagdtanzüge, Rodanzüge, Paletots, größenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjacketts, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 30 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwische, Betten, enorm billig. Wortplatz 58a. 29879\*  
**Billige Damenmode.** Hochlegante Herrenmoden aus feinsten Raystoffen 30-40 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.  
**Vorjährige elegante Herrenanzüge** und Paletots aus feinsten Raystoffen 30-40 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 12888\*  
**Germanianus** 6. Pfandleihanhaus. Täglich spottbilliger Warenverkauf. Jedermanns allerbilligste Einkaufsquelle. Nierenauswahl besonders preiswerter Jagdtanzüge, Herbstanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Vortierensachen, Stummend-billiger Bettensverkauf. Vermietungsbüro. Draufbetten, Bettwäsche, Leinwände, Kissen, Bettdecken, Zeppichverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Wäsche, Bettdecken, Geschmackvolle Festgebilde, Tischdecken, Kleiderauswahl, Ringenauswahl, Brillanten, Schmuckstücke, Bandwürmer, Wandbilder, Ferngläser, Schilde, rühmlich dorthinbesten Warenverkauf im Pfandleihanhaus Germanianus, Sonntag ebenfalls geöffnet. 429\*  
**Billig, billig, billig!** Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Seidenschleier, Hands, Smoking kauft man nur bei Reisinger, Pringensstrasse 28 I, Ehaus Ritterstrasse, früher 20 Jahre Wilschingerstrasse.  
**Herbstkleid, Stand** 11,00, zweifachschalig 16,00, Brautbetten 24,00, Jagdtanzüge, neu, 8,00, 16,00, hochseide 24,00, Hosen, Sommerjoppen, Kinderanzüge, spottbillig. Leibhaus, Unter, Königbergerstr. 19. 28612\*  
**Küsterplan** 7, Pfandleihanhaus, spottbilliger Verkauf von Schmuck-sachen, Uhren, Ketten, Ringe, Gardinen, Vortieren, Betten, Anzüge, verschiedenes. 29678\*  
**Wäschekredit!** Lemm, Dittenstrasse 12. 7712\*  
**Pfandleihanhaus, Dranienstrasse** 23a, I. Etage, günstigste Gelegenheits- in Sommerpaletots, Herrenanzüge, Betten von 10,00, Brautbetten 24,00 bis 36,00, Bettbezüge, Bekleben, Vortieren 3,75, Prachtstücke, Wäsche, schlafdecken, Steppdecken 3,25, Uhren, Ketten, Freispringer, Bilder. Fahr-geld vergütet. 7813\*  
**Zeppiche (Herbstenkleider)** Gelegenheitsverkauf, Habrücke Lager, Mauerboff, Kur Große Frankfurterstrasse 9, Flureingang. Begründet 1874. Vormärzlieferer 10 Prozent. Sonntags geöffnet.  
**Steppdecken billig** Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, Flureingang.  
**Gardinenhaus.** Große Frankfurterstrasse 9, Flureingang. 24918\*  
**Glossen zu Fred Gutzkow** und Egidiusmund Lacroix. Die wahre Gestalt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstrasse 69, Laden.  
**Jährlich nur einmal** Inventur-Räumungsverkauf im Zeppichhaus Emil Lejdore, Dranienstrasse 158. Extrahefte gratis. 19928\*  
**Echte Wäsche** prima Qualität. 130/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,00 Inventurpreis. Zeppichhaus Emil Lejdore, nur Dranienstrasse 158. 19928\*  
**Goldplind, Vogelbauer, Gesangs-plind** billig. Hedemannstrasse 16, 24811.  
**Teilzahlung.** Uhren, Goldwaren, Wäsche, wöchentlich 1,00 an, Lurmsstrasse 16, Galpari. 19935\*  
**Kinderwagen** verkauft Friedrich, Reichenbergerstrasse 36. 4134

**Totalverkauf.** Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Raystoffen, Geschäftsaufgabe halber spottbillig. Deutsches Verkaufshaus, Regerstrasse 63, I. 20405\*  
**Geschäftsverkäufe.**  
**Reparatur.** spottbillig oder später zu vermieten. Günstige Gelegenheits. Rixdorf, Döberstrasse 27. \*  
**Wollerei, Goldgrube, 11 Rube,** sofort zu verkaufen Dranienburgerstrasse 5. 7910\*  
**Grünram.** Materialgeschäft, gute Exzellenz, Tagesläufe circa 40,00, wegen Grundstücksübernahme, sofort billig veräußert. Auskunft Rixdorf (Bahnhof), Hermannstrasse 110, II. Walter.  
**Kohlen.** Kartoffelgeschäft veräußert, geringe Anzahlung. Besteht drei Jahre. Rixdorf, Fontanestrasse 17, Ede Seidower. 430  
**Spezial-Gelegheitsgeschäft** billig veräußert Landberger Allee 28, Restaurant. 4134  
**Möbel.**  
**Möbel-Verleger, Brunnenstrasse** 7, am Kolonnenalder Tor, Wohnungs-einrichtungen auf Kredit und gegen bar. Nieren-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Wöhen, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Borgeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.  
**Möbel ohne Geld** bei ganz feiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äusserer Preisermässigung. Der ganze Osten kauft bei uns. Krellmann u. Co., Koppensstrasse 4, Schlesischer Bahnhof. 1961R  
**Möbel-Gelegheitskäufe** in aller-günstigster Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Wäsche, Schreib-tische 45, Sofa 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Verikos 27, Kronen, Zeppiche, Bilder, Küchen-möbel, Klaviersel, Ledersofas, Um-bau, Ledertische usw. spottbillig. Lennerdts Möbelgeschäft, Lothring-erstrasse 55, Kolonnenalder-Tor. Die Möbel sind in vier Tagen auf-gestellt. 2653R  
**Möbel!** Für Brautleute günstigste Gelegenheits- für Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Jederverstellung daher ausgeschlossen. Bei Brautleuten-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft R. Goldhaus, Hoffenerstrasse 38, Ede Ouelmannstrasse. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R  
**Wiedel-Boebel, Wappplatz** 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus finden in fünf Tagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äusserst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zwei-zimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194.-, 200.-, 422.-, modern 479.-, 2 Zimmer und Küche modern 501.-, 667.-, 721.-, Schlafzimmer, englisch 199.-, modern, echt Eiche, 347.-, Wohnzimmer, modern, 297.-, Speisezimmer 335.-, Herrenzimmer 300.-, englische Bett-stelle mit Matrize 44.-, Kleider-schrank 30.-, Trumeau, geistlich 34.-, Schlafsofa 36.-, Wäsche-loja 55.-, Umbau 50.-, Zeppiche, Nierenlager, Befähigung erbeten. Transport und Lagerung lohn-frei. Eventuell Habungsbereitungen. Gedruckt 8-8, Sonntags 9-2. Rein Laden. Verkauf nur im Habrückegebäude. Musterbuch P. gratis und franco. 19056\*  
**Wiedelstricker, Darnat Tischler-meister,** gegründet 1901, Stallschreiberstrasse 67 (Wortplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Preisen. Unab-erhoffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungsbereitigung. Vormärzlieferer 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Habrückegebäude. 19056\*

**Mischleiderpind** 22-30-35, Wuschelerteile 28-35-40, Kommode 12 Dresdenstrasse 14, Hofpartiere. 2688R  
**163 Trumeau** mit Stufen und prima Facetglas 29.- auch Rahm-ganz große Auswahl! Möbelgeschäft des Südostens, Stallherstrasse 25.  
**Sofort veräußert:** Händler ver-bieten! Hochfeiner Schreibtisch, elegantes Wäsche-loja, Umbau, 2 englische Bettstellen, Ankleidebrant, Spiegel-waschtische, Klaviersel, Kleider-schrank, Spiegelverlo, Chaiselongue, Trumeau, prachtvolle Wandbilder, Gastkone. Königbergerstrasse 11, vorn I rechts bei Hoyer. 815  
**Wäsche-loja, rot, labellos.** Herbst, Lothringstrasse 47. 813\*  
**Reichfeld, Badstrasse** 49 (Gefund-brunnen), liefert ein Zimmer und Küche für 165.-, auch ausserhalb.  
**Reichfeld, Badstrasse** 49, liefert Englische Bettstellen, Matrize für 32.-.  
**Reichfeld, Badstrasse** 49, liefert ge-brauchte Bettstellen, Matrize für 12.-, 15.-, 18.-, 21.-.  
**Reichfeld, Badstrasse** 49, liefert Wuschelbrante für 27.-, gebrauchte 12.-, 15.-, 18.-.  
**Reichfeld, Badstrasse** 49, liefert komplette Schlafzimmer, hell für 200.-, 2531R\*  
**Reichfeld, Badstrasse** 49, liefert nagelneue Wäsche-loja für 45.-.\*  
**Möbelhandlung** Karlsruherstrasse 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. Vormärzlieferer 3 Prozent. Rabatt. 29038\*  
**Einzelmöbel** und ganze Ein-richtungen jeder Art; auch ge-brauchte, belieben gemessen, spott-billig. Kleinauswahl, 5 Etagen. Möbelverleger Neue Röhren, 6/6, Habrückegebäude. Sonntags gedehnt. Teilzahlung gestattet. 24320\*  
**Chaiselongue, nagelneu** 16,00. Herbst, Lothringstrasse 47. 20330\*  
**Wiesmannstr. 10, Ede** Röhren, S. Braun, bekannt als beste Bezugs-quelle. Kassa und Teilzahlung.  
**Dame verkauft** Haushaltungswirtschaft mit neu, mit prachtvollen Küchen-möbeln, Zeppich, Wandbildern, Küchenge-schirr, zusammen 200.-, Wäsche, Schreib-tisch. Alle Schönheits-erstrasse 19, I. 20505  
**Bettstellen, Tisch, Sofa, Kleider-schrank** sofort billig Poppelallee 2, Hof III. 4128  
**Fahrräder.**  
**Herrenfahrrad, Damenfahrrad,** einmal benutzt, 35.-, Holz, Blumenstrasse 36b. 2108R\*  
**Geschäftsdreirad, auherst** stabil. 50,00 an Holz, Blumenstrasse 36b. 2108R\*  
**Fahrräder, Teilzahlungen.** Spezialräder 45,00 Barzahlung. Inno-berstrasse 20. Wilhelmshafen-erstrasse 73 (Ede Lurmsstrasse). 21708\*  
**Wartensfahrräder, neu** und gut-erhaltene, spottbillig. Heinz, Schind-lerstrasse 6. 26458\*  
**Dreiwahrräder, Teilzahlungen.** eventuell ohne Anzahlung. Heide, Danzigerstrasse 95. 26608\*

## Musik.

**Pianinos.** 80,00 an, Teilzahlung, meistwelle 6,00. Scherer, Chausseestrasse 105. 22768\*  
**Schlesinger, Pianinos,** von Wien zurück, preiswert veräußert. Dolplanofabrik: Potsdamerstrasse 27b.  
**Verschiedenes.**  
**Lewandowsky-Gesellschaft** Bielefeldstrasse 31. 495\*  
**Potenanwalt Müller, Güttingerstrasse** 81. 24898\*  
**Kaufhoferei** von Frau Kolosky, Schindlerstrasse 8 III.  
**Zur Beachtung.** Der Auktionsmeister Kallinich, Gollnowstr. 13, dessen Verkauft in dem Inserat der Holzarbeiter bisher wegen Streit oder Unbilligkeiten als gesperrt bezeichnet ist, legt Wert darauf, daß seine Firma nicht wegen Streit infolge Unbilligkeiten gesperrt ist, sondern weil Herr Kallinich seine Arbeiter, die am 1. Mai gefeiert haben, entlassen hat.  
**Die Erbsenverwaltung** Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

**Patentanwalt Bessel, Güttingerstrasse** 94a.  
**Kaufhoferei** Leyser, Große Frankfurterstrasse 67. 29998\*  
**Wohnung** Gesellschaftsbau, Grenz-lauerstrasse 41, nahe Alexanderplatz, Vereinszimmer, 30 Personen, Saal mit Bühne, 200 Personen, passend für Gesangsvereine und Versammlungen, einige Tage frei. 4121\*  
**Technikum, Berlin, Reanderstrasse** 3 (Schinkel-Akademie), Inhaber Rector Berner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiffbau, Tiefbau, Ingenieurkunde, Technischer, Baumeister, Restaurierung, Anmalungsmeister, Holzerkunst, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. \*  
**Wachankalt** Helm, Köpenick, Dorothienstrasse 18, liefert bei schönster Behandlung im freien ge-trocknete Wäsche. Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 2687R  
**Goldfaden, Fahngewichte, Bahn** bis 70 Pfennig, Pfandheime und Aller-tümer laßt Stanthweg, Rixdorf, 14, Roabit. 812  
**Fahngewichte, Bahn** bis 80 Pfennig, Goldfaden, Pfandheime, Stanthweg, höchstschönd. Rohn, Neue König-strasse 76. 21413\*  
**Neu!** Bibliotheken Restaurations-schnellens. Buchbinderei Sieber, Annenstrasse 50, Josephstrasse 2.\*  
**Gutfliegen** Karlsruherstrasse 14 II. Die Beleuchtung, welche ich gegen Franz Krüger, Erzerstrasse 18, er-bitten habe, nehme hiermit zurück. B. Gering, Erzerstrasse 19 a.  
**Großwäscherei** Dresche, Köpenick, Rixdorfstrasse 18, liefert schnellere im freien gebrauchte Wäsche. 4 Hand-tücher 0,10. Abholung Donnerstags.  
**Gesangsverein, Heiner, lacht** Wilschingerstrasse 20: „Goldfaden“.  
**Wachankalt, Rixdorf, Vor-gaben, Simonsstrasse** 19/20, Bett-wäsche, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10.

**Mietsgesuche.**  
**Möbliertes** Zimmer, 1. Juni, Gegend Köpenickerstrasse, bis 23 Park, gesucht. Preisofferten Köpner, Wilschingerstrasse 46. 41  
**Herr** sucht möblierte Schlafstelle, allein, Nähe Wortplatz. Offerten mit Preisangabe „Röhre“ Postamt 68.  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Suche als Arbeiter Stellung gleich weicher Art, am liebsten in einer Fabrik. Langjährige Fertigkeit vorhanden. F. Gerich, Kallberge (Markt), Bergstrasse 13. 2690R  
**Stellenangebote.**  
**Musiker** für Spigen und selbsten Stoffe verlangt. Gebrüder Allenbergs Järderel, Weihensee, Langhausstrasse 4. 4148\*  
**Deckenmacher** verlangt. Dolhaus, Gollnowstr. 2658R  
**Junger** Arbeiter, zuverlässig, nicht-ten, kautionsfähig, für eingetragene Tour sofort gesucht. Offerten V. 4 an die Expedition des „Vorwärts“.\*  
**Steinmetz** gesucht werden ein-gestellt. Reubon Rantstrasse 13. 4141  
**Stricker** verlangt. Goldschmidt-fabrik, Lurmsstrasse 5. 29005  
**Singer** in der, Wilsch, verlangt. Heide, Kallstrasse 24. 4134  
**Größe** Knabenwäscherei - Nabe-riemen, Vertriebsfirmen. Knipp, Reinholdstrasse 42.  
**Zur Arbeitsmarkt** durch be-sonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.  
**Achtung! Holzarbeiter.**  
Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gesperrt:  
**Kollerfabriken:**  
**Einbrodt u. Kalb, Köpenicker** Strasse 109a.  
**Tredesius u. Knappe, Köpenicker** Str. 126.  
**Märkische Holzwaren-in-dustrie (Lohmann), Blum-enstrasse** 81.  
**Wagner, Rixdorfstr. 52.**  
**Reichelt, Rixdorfstr. 39.**  
**Greulich (Krüger), Grüner** Weg 28.  
**Findeisen, Rixdorfstr. 65.**  
**Bilderrahmenfabrik Jost, Eteg-lyer Str. 18.**  
**Gautschierei Gebr. Faul,** Ronnemannstr. 22.  
**Jalousiefabrik Heier, Freese,** Berlin-Wiesendammstr.  
**Tischlerei Schneider, Man-tenstrasse** 59 und Kanitzer Strasse 10 v. v.  
**Pianofabrik Spätho, Potsd-amer Str. 29** und Spätho in Gera.  
**Sämtliche Betriebe** in Ham-burg, Liegnitz, Posen, Hinterpole, Schönwalde u. Oranien-burg.  
Des Berliner Arbeitsmittler-Vermittlungsbureau v. golden „Handwerker-Verbandes“.  
Gesperrt wegen Auslieferung unserer Kollegen wegen der Waise:  
**Tischlerei Kallinich, Gollnowstrasse** 13.  
**Zur Beachtung.** Der Auktionsmeister Kallinich, Gollnowstr. 13, dessen Verkauft in dem Inserat der Holzarbeiter bisher wegen Streit oder Unbilligkeiten als gesperrt bezeichnet ist, legt Wert darauf, daß seine Firma nicht wegen Streit infolge Unbilligkeiten gesperrt ist, sondern weil Herr Kallinich seine Arbeiter, die am 1. Mai gefeiert haben, entlassen hat.  
**Die Erbsenverwaltung** Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.  
**Buchdruckerei u. Verlagsanstalt** Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Partei-Angelegenheiten.

Auf die heutigen Volksversammlungen weisen wir nochmals hin und erwarten Massenbesuch.

Der Zentralvorstand.

Hoffen. Am Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Runger: Wahlvereinsversammlung. Der Vorstand.

Reinholdsdorf-Ort. Eine öffentliche Versammlung, die zum Bäderstreik Stellung nimmt, findet der heute Abend in den „Hubertus-Sälen“, Probingsstr. 77-79 tagenden Mitgliederversammlung wegen nicht statt. Da das Thema jedoch auf die Tagesordnung der heutigen Versammlung steht, erwarten wir, daß sich die Genossen und Genossinnen zahlreich an dieser Versammlung beteiligen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Vom Auszug der Blumentage.

Aus Pankow wird uns geschrieben: „Der zurzeit grassierende Margueritenfieber scheint für Pankow und seine Nachbarorte allgemach zu einer ständigen Einrichtung und damit zu einer Art Landpflanze werden zu sollen. Nachdem in Pankow bereits am zweiten Osterfesttag diese neue Form der Aufbringung von Mitteln für die Privatwohltätigkeit seitens des hiesigen Hauspflegevereins erprobt worden, mußte am Himmelfahrtstage Nieder-Schönhäusern einen sogenannten Blumentag über sich ergehen lassen. Eine weitere öffentliche Nidelschnorrerei in Pankow, Nieder-Schönhäusern und Schönholz ist für den zweiten und dritten Pfingstfesttag von der hiesigen Ortsgruppe des Vaterländischen Frauenvereins in Aussicht genommen. In der hiesigen Lokalpresse wird diese Art der Mittelbeschaffung für alle möglichen Gebiete der Privatwohltätigkeit mit der offenen Begründung empfohlen, daß die bisherige Form der Veranstaltung von Bazaren, Vällen, Konzerten, Hauskollekten usw. nicht entfernt so reichliche finanzielle Erträge einbringe. In der Tat handelt es sich ja auch um die Abwälzung der Mittelaufbringung für Wohltätigkeitszwecke von den bisherigen engeren Wohltätigkeitskreisen auf die Allgemeinheit. Brauchen erstere doch nicht mehr selber so tief in den eigenen Geldbeutel zu greifen und können sie sich dennoch mit größeren Erfolgen in der Öffentlichkeit brüsten. Recht merkwürdig nimmt sich die Behauptung eines hiesigen Lokalblättchens aus, daß bei dem Nieder-Schönhäuser Blumentag am Himmelfahrtstage die Berliner Ausflügler sich „dickfellig“ gezeigt und die Taschen zugehalten und die Veranstalter das gute Ergebnis lediglich der Einwohnererschaft Nieder-Schönhäusers zu danken hätten. Das ist natürlich bärer Unsinn. Ohne die Nidel der Berliner Ausflügler wären Blumentage in den Vororten unmögliche Unternehmen. Das wissen die Veranstalter auch sehr gut und wählen hierzu Tage, an denen auf ungezählte Tausende von Berliner Ausflüglern zu rechnen ist. Ohne den edlen Motiven eines Teiles der Wohltäter — Veranstalter wie Spendern — zu nahe treten zu wollen, muß doch gesagt werden, daß es Sache des Staates und der Gemeinden ist, den Opfern der heutigen Gesellschaftsordnung wirksam beizuspringen, und daß die Arbeiter alle Veranlassung haben, sich diesem neuen Wettel gegenüber wirklich „dickfellig“ zu verhalten.“

Potsdam wird seinen üblichen Blumentag am Tage der Frühjahrsparade haben. Neben einen Blumenorso hat man eine leibhaftige Prinzessin gewonnen, die stundenlang im Kasino als Verkäuferin tätig sein will. In der „Soldatenstadt“ hält man es für selbstverständlich, daß auch die Soldaten ihren Nidel opfern müssen. Ob man sich im Vaterländischen Frauenverein wohl die Frage vorgelegt hat, woher die Soldaten das Geld nehmen sollen? Etwa von der „königlichen“ Löhnung?

Die Frage der Beteiligung an den Blumentagen ist von dem Lehrerkollegium der Auguste Viktoria-Schule zu Charlottenburg zum Gegenstand eingehender Beratung gemacht und folgender Beschluß gefaßt worden: „Das Kollegium der Auguste Viktoria-Schule zu Charlottenburg hat wesentlich aus erzieherlichen Gründen Bedenken dagegen, daß sich die Schulkinder am Kinderhilfestage beteilige.“

Aus der Krankenhausverwaltung.

Die Krankenhausdeputation beschäftigte sich in ihrer jüngsten Sitzung auf Anfrage des Magistrats mit der Aufstellung eines Generalplanes der bei den städtischen Krankenhäusern für die nächste Zukunft erforderlichen baulichen Maßnahmen. Man einigte sich dahin, dem Magistrat als besonders dringliche Aufgaben folgende vier Maßnahmen zur unverzüglichen Ausführung zu empfehlen. Die Errichtung eines Profituiertenkrankenhauses, Umbau der Nachweilspavillons im Krankenhaus Moabit, die seit 1870 bestehenden; Errichtung eines Infektionspavillons im Urban-Krankenhaus und Neubau des Diphtheriepavillons sowie des Badehauses im Krankenhaus Friedrichshain. In der weiteren Aussprache wurde betont, daß ein neues allgemeines Krankenhaus in Berlin zu errichten in absehbarer Zeit nicht notwendig sei, wenn es gelänge, Leichterkranken, Nervenkranken, Sieche und Tuberkulöse, die gegenwärtig die städtischen Krankenhäuser belasten, künftig in besonderen Pflegestätten unterzubringen. Als dringend wünschenswert wurde ferner ein neues Kinderkrankenhaus für den Süden Berlins bezeichnet, da das im Norden gelegene Kaiser- und Kaiserin-Heinrich-Krankenhaus trotz aller Erweiterungsbauten den Bedürfnissen nicht genüge. Das neue Kinderkrankenhaus, für das schon im Jahre 1904 bei der damals aufgenommenen Anleihe Mittel eingestellt worden waren, soll insbesondere zur Aufnahme von Säuglingen dienen. Endlich soll nach der baulichen Erweiterung des Urban-Krankenhauses durch Hinzunahme des sogenannten Erziehungshauses am Urban das Krankenhaus in der Gitschiner Straße, das 150 weibliche Kranke aufnehmen kann, modernen Ansprüchen aber nicht mehr genügt, aufgelöst werden.

Das Krankenhaus für geschlechtskranke Profituierte soll mindestens 400 Profituierten und 100 geschlechtskranke Fürsorgezöglinge Raum gewähren. Was den Davplatz angeht, so soll hierfür ein der Stadt Berlin gehöriges, im Weichbild belegenes Grundstück in Anspruch genommen werden, wenn die mit der Gemeinde Nummernbuch nach dieser Richtung gepflogenen Verhandlungen nicht in aller kürzester Frist zum Abschluß gelangen.

Das Rosarium im Tiergarten

wird zum Pfingstfest in herrlicher Blütenpracht stehen. Am Sonntag läßt dieses Blumenparterre eine überaus große Anziehungskraft auf die Spaziergänger aus, die durch die vier Eingangstore ununterbrochen ein- und ausströmen. Nach ungefähre Schätzung dürften etwa 20000 Personen das Rosarium durchwandeln haben. Die warme Witterung hat bereits einen wunderbaren Blütensturz hervorgezaubert. Die verschiedenartigen mächtigen Azaleen in weiß, blau, rosa und dunkelrot und die anderen Blumenarten leuchten schon von weitem und laden zum

Besuch ein. Selbst die Kletterrosen an den Säulen der Wandelhallen und an den künstlichen Pyramiden haben ihre ersten Blüten erschlossen. Die Edelrosen tragen Tausende von Knospen, die zum Ausbrechen reif sind. Dienstag oder Mittwoch dürften die ersten Rosen erblühen, zum Pfingstfest aber wird das Rosarium in herrlicher Blütenpracht stehen. Auch die in den künstlichen Bassins eingesezten Sumpfs- und Wasserpflanzen lassen sich ausgezeichnet an und fesseln die Besucher durch die Verschiedenartigkeit und Schönheit ihrer Farben. Recht lebhaft bebauert wird, daß der Springbrunnen in der Mitte der Wandelhalle kein Trinkwasser spendet. Unendlich oft ziehen die Besucher ihren Taschentuchbecher hervor, um einen Schluß kühlen Wassers zu schöpfen. Ein kleines Schild mit der Aufschrift „Kein Trinkwasser“ hindert aber daran. Siehe sich hier keine Aenderung ermöglichen?

Im Dienst des Silberhändlers Erich Rumpf

soß sein Reisender Raed schon seit etwa Mitte Mai nicht mehr tätig sein. Raed ist jener Silberhändler, über dessen unverkennbares Auftreten in Arbeiterwohnungen wir wiederholt berichtet haben. Als wir die ersten Nachrichten über ihn veröffentlicht haben und die Hoffnung aussprachen, auch den Namen des Reisenden und die Firma des Geschäftsführers feststellen zu können, meldete sich bei uns unausgefordert Herr Emil Rumpf aus der Wälschingstraße und sagte aus, daß es sich um einen seiner Reisenden handle. Auf Befragen gab Rumpf an, der Reisende heiße Raed. Alles das hatten wir inzwischen schon selber ermittelt und wir gaben unseren Lesern davon Kenntnis. Herr Rumpf fügte seinen Mitteilungen die Versicherung hinzu, Raed sei schon nicht mehr für ihn tätig. Das sagte er am 13. Mai. Inzwischen haben wir erfahren, daß in der zweiten Hälfte des Mai ein für den Silberhändler Erich Rumpf arbeitender Reisender dadurch aufgefallen ist, daß sein Benehmen in manchen Punkten sehr an jenen Herrn Raed erinnerte. Da Herr Rumpf, wie gesagt, selber erklärt hat, Raed reise nicht mehr für ihn, so müssen wir annehmen, daß noch ein anderer seiner Reisenden in Arbeiterwohnungen sich in einer Weise aufhält, die gegenüber ihm alle Voricht geboten erscheinen läßt.

Dieser Reisende, den wir X. nennen wollen, solange sein Name noch nicht sicher festgestellt ist, hatte sich Ober-Schöne-weide als Feld seiner Tätigkeit auszeichnen. Dem Reisenden Raed, dessen Wirken wir bis Mitte Mai verfolgen können, sind Fälle nachgewiesen worden, in denen er sich als Beauftragter der sozialdemokratischen Partei gab, um seine Bilder von Singer, Bebel, Liebknecht usw. besser los zu werden. Der Reisende X., über dessen Anpreisungsmethode wir erst aus der Zeit nach Mitte Mai etwas wissen, ging anders vor. Bei einer Frau S. begann er so: „Wollen Sie sich mal den 1. Mai ansehen? Das sind Bilder, die von der Partei eingeführt sind?“ Infolge dieser Anrede glaubte die Frau, einen Beauftragten der Partei vor sich zu haben. Als sie nach seinem Namen fragte, nannte er sich „Lehmann.“ Eine Frau E. wollte ihn abweisen mit der Erklärung, sie könne nicht ohne Wissen ihres Mannes bestellen. Wenn sie allerdings solche Bilder, wie die da, bestellte, so würde er wohl, fügte sie hinzu, nichts dagegen sagen. Da antwortete der Silberhändler: „Das möchte ich meinen! Sonst kann er sich mal Bescheid holen bei uns.“ Auch dem Reisenden X. ist die gewöhnliche Ungezogenheit des Tones eigen, den der Reisende Raed in der Unterhaltung anzuschlagen pflegte. Bei einem Hl. S. dem er seine Bilder anbot, fragte er bald, wo sie arbeite. Als sie eine Färberei nannte, sagte er, da könne sie ihm ja mal ein paar Hofen färben. Er erzählte dann, daß er Steuerrekommationen, Klageschriften und dergleichen anfertige. Auch das war ja eine Spezialität des Reisenden Raed. Zu einer Gruppe von Frauen sagte X.: „Ihr wollt alle nichts von mir wissen, und die Verwalterin da drüben, winkt schon nach mir mit dem Blumenstrauch.“ Er behauptete, den von ihm besuchten Frauen habe er schon oft Kuchen spendiert und er dürfe überall wiederkommen. Im Laufe der Unterhaltung machte er lustige und gottige Bemerkungen und wagte sehr eindeutige Griffe. Von welcher Firma er sei, wollte er zunächst nicht sagen. Daß er für Erich Rumpf reiste, ergab sich erst, als eine Bestellung aufgegeben worden war und er eine Anzahlungsquittung überreicht hatte. Auf ihre fehlte die Unterschrift des Reisenden X., der selbstverständlich mit seinem Namen hätte quittieren müssen, da er persönlich die Anzahlung entgegengenommen hatte. Eine Frau W. fragte ihn, ob er etwa der Raed sei, dessen Treiben der „Vorwärts“ geschildert habe. Da wurde er ungemütlich und wehrte ab: „Ach seien Sie still! Sie sind ja aufgellärter als ich.“ Frau E. fragte einige Tage später bei Rumpf an, ob der Reisende vielleicht Raed sei. Ihr wurde geantwortet, der sei entlassen. An demselben Tage kam dann zu ihr ein Herr, der sich einführte mit der Erklärung, er wolle bestellte Bilder liefern. Nachher gab er an, er sei Rumpf selber, und wies zu seiner Legitimierung ein Schriftstück der Steuerverwaltung vor. Auf die Frage nach dem Namen des Reisenden antwortete er, in Ober-Schöne-weide seien mehrere Reisende für ihn tätig, aber einen „Lehmann“ beschäftige er nicht. Als ihm gesagt wurde, der Reisende habe an der Stirn eine Narbe, nannte er einen Namen, der als „Simon“ verstanden wurde. Wir gaben diesen Namen mit dem Vorbehalt wieder, daß ein Irrtum möglich ist und es sich vielleicht doch um eine andere Person handelt. Nur das steht fest, daß es wieder ein Reisender des Herrn Rumpf war.

Aus der Tätigkeit des Herrn Raed für Herrn Rumpf möchten wir noch eine beachtenswerte Einzelheit mitteilen. Mander wird fragen, wie eigentlich dieser Herr Raed, der sich als Beauftragter der sozialdemokratischen Partei gab, bei seinen Hausbesuchen die Sozialdemokraten richtig herausfand. Oft mag er sich da auf den Zufall verlassen haben, der ihm zum meist günstig gewesen sein wird. In Rixdorf aber hat er sicherer zu gehen gewagt. Hier riskierte er den frechen Schwindel, bei „Vorwärts“-Auszügerinnen sich als Beauftragter der Parteispedition auszugeben und sie zur Kennung von „Vorwärts“-Abonnenten zu veranlassen. Man sieht, ein wie gefährlicher Dursche dieser Reisende des Herrn Rumpf war.

Von der Kreisbahn Weesow-Fürstentwölbe ist eine Teilstrecke, die von Fürstentwölbe nach Saarow-Pinskow und von Petersdorf bis Waldhaus am Scharnhölzsee fertiggestellt und soll in den nächsten Tagen dem Verkehr übergeben werden. Die Abnahme soll am Dienstag, den 30. dieses Monats, stattfinden, so daß man bereits Pfingsten die Bahn benutzen kann.

Fanatismus oder grober Unfug? Am Sonntag, den 28. Mai, unternahm der bekannte Berliner Volscher eine Dampfpartie nach Rauchfangswerder. Abends gegen 1/10 Uhr, gerade, als der Dampfer zur Rückfahrt sich in Bewegung setzte, fiel ein scharfer Schuß vom Ufer aus, einem der Fahrgäste drang eine Kugel durch die linke Wange in den Mund. Dem Verletzten wurde auf dem Dampfer sofort ein Notverband angelegt. Die strengste Untersuchung des Falles, die Ermittlung des Schützen,

ist im Interesse aller Ausflügler zu fordern und zu wünschen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Anwohner alles aufbieten, um den Vorfall aufzuklären.

Seine Pforten geschlossen hat der große vor etwa einem Jahre eröffnete Sportpalast in der Potsdamerstraße. Die Schlichtung ist keine freiwillige. Das Unternehmen ist finanziell so schlecht fundiert gewesen, daß der Zusammenbruch unvermeidlich war. Der Direktor Kossin, der am Sonnabend verhaftet worden war, ist gegen eine Kaution von 50000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

Das Schächten auf dem städtischen Schlachthof beschäftigte wieder einmal das Kuratorium. Mit Rücksicht auf die beim Schlachten unbedingt zu vermeidenden Tierquälereien sollen alle Tiere vor dem Schlachten betäubt werden, eine Ausnahme davon sollte nur den von dem jüdischen Rabbiner zugelassenen Schächtern gestattet werden. Ein Antrag, allen Schlächtern die Pflicht der Betäubung aufzuerlegen, da Tierquälereien auch durch religiöse Gebräuche nicht gehehligt und gebudet werden könnten, wurde schon früher abgelehnt. Nun gibt es aber in Berlin einige Duzend sogenannte „wilde Schächter“, d. h. solche, die wohl nach jüdischem Ritus schlachten aber nicht unter Aufsicht des Rabbiners stehen. Diesen war eingeschrieben worden, innerhalb zwei Monaten den Nachweis durch den Rabbiner zu führen, daß sie zum Schächten zugelassen sind.

Dieser Nachweis konnten die Leute nicht erbringen. Ein Teil hätte seine Existenz aufgeben müssen, wenn sie den finanziellen Verpflichtungen hätten nachkommen wollen, die vom Rabbinat an sie gestellt wurden; dann aber hat man selbst solchen, die diese Lasten auf sich nehmen wollten, die Ausnahme seitens des Rabbinats ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Daraufhin beschloß das Kuratorium, die jetzt auf dem Schlachthof befindlichen, nicht unter Aufsicht des Rabbinats stehenden jüdischen Schächter, besonders mit Rücksicht darauf, daß diese gerade der armen jüdischen Bevölkerung billigeres Fleisch liefern, auch weiter zuzulassen, da kein Grund vorliegt, für eine Religionsgemeinschaft ein besonderes Privilegium mit finanziellem Erfolg zu schaffen.

Parade-Ferien.

Der Kultusminister hat angeordnet, daß der Unterricht in den Berliner Schulen und denen der Vororte am Tage der diesjährigen Frühjahrsparade, am 1. Juni ausfällt. Das Generalkommando des Gardekorps hat sich bereit erklärt, auch bei der diesjährigen Frühjahrsparade einer größeren Anzahl von Schülern aus den Gemeinde- und höheren Anstalten Gelegenheit zu geben, dem Vorbeimarsch der Gardetruppen vor dem Kaiser beizuwohnen. Es hat zu diesem Zweck unmittelbar vor den Zuschauertribünen zwei zwanzigteilige Aufstellungsräume in solcher Größe herzustellen lassen, daß jedes der dort stehenden Unterabteile für 40 Schüler ausreichende Platz bietet. Den Schülern wird empfohlen vorher hintergebende Nahrung zu sich zu nehmen. Angehörige dürfen nicht mitgebracht werden.

Wir möchten den Eltern raten, ihre Kinder nicht nach dem Tempelhofer Felde zu schicken, angesichts der Gefahren, denen die Kinder schon gesundheitlich ausgesetzt sind.

Von einem Kraftomnibus überfahren und getötet wurde Sonntagabend gegen 8 Uhr ein vier Jahre altes Kind Frida Bartsch aus der Kölliner Str. 8. Die Kleine spielte in der Gerichtstraße in der Nähe der elterlichen Wohnung und fiel aus dem Fahrdamm hin, als gerade der Kraftwagen 1306 der Linie 4a vorüberfuhr. Sie stürzte so unglücklich, daß sie vor ein Hinterrad zu liegen kam. Dieses ging über sie hinweg, ohne daß der Wagenführer sie auch nur gesehen hätte. Die Verunglückte verschied auf der Stelle. Ihre Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Große Diebstähle sind in der Zeit vom Februar bis Mitte Mai in einem hiesigen großen Pelzwarengeschäft verübt worden. Es soll sich um Werte von 80-100000 M. handeln. Es sind in der Sache umfangreiche Verhaftungen erfolgt. Es sollen 18 bis 20 Personen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Der falsche Gerichtsvollzieher. Wegen umfangreicher Schwindelereien ist gestern vormittag der frühere Bureauvorsteher eines hiesigen Rechtsanwaltes, Fritz St., von der Lichterberger Kriminalpolizei verhaftet worden. Der 27jährige Mann war vor einem Vierteljahre aus seiner Stellung entlassen worden und hatte sich dann in den Besitz von Formularen für Gerichtskostenvorschüsse gesetzt. Er benutzte zu seinen Schwindelzwecken die Terminzettel, welche auf den Korridoren der hiesigen Gerichte angebracht sind, indem er sich darauf die darauf bezeichneten Parteien und der sie vertretenden Rechtsanwälte anwies. Danach fertigte St. auf den gestohlenen Formularen Gerichtskostenvorschüsse aus und bezog sich dann selbst als Gerichtsvollzieher zu den Klägern resp. Beklagten, um die Beträge einzuziehen. Natürlich wurde in den allermeisten Fällen Zahlung geleistet, und so scheint der Betrüger eine große Zahl von Prozessierenden mit Beträgen von 5 bis 20 M. hincingelegt zu haben. Das Mandat blieb freilich nicht unentdeckt. Als der wirkliche Gerichtsvollzieher wegen Kostenvorschüssen bei Parteien erschien, kam der Schwindel zutage. Es wurde festgestellt, daß St. sich in letzter Zeit in Lichterberger aufgehalten habe, und es gelang der Lichterberger Behörde, den „Herrn Bureauvorsteher“ am gestrigen Morgen in einem Restaurant zu verhaften. Die Lichterberger Kriminalpolizei ersucht Geschädigte, sich auf der dortigen Polizeidirektion zu melden.

Ueber Bord gefallen und ertrunken. Gestern nachmittag ist der Sohn des Schiffseigentümers Wolf Hornig, welcher mit seinem Vater an der Rixdorfer Vasanstalt liegt, beim Spielen ins Wasser gefallen und ertrunken.

In beklammernswertem Zustand wurde Sonntag von Ausflüglern ein Selbstmordkandidat im Tegeler Forst aufgefunden. Der 24jährige Fabrikarbeiter Max Warth aus der Wallerstraße hatte sich in der Nähe der Waldhütte mit Lpsol vergiftet. Der Lebensmüde brach am Waldweg benutzlos zusammen, und erst nach längerer Zeit kamen Spaziergänger vorüber und nahmen sich des jungen Menschen an. Man brachte W. nach Tegel zu einem Arzt, auf dessen Veranlassung der Lebensmüde nach dem Krankenhaus eingeliefert wurde.

Wagnisfall. Infolge mangelhafter Abdeckung stürzte, wie uns nachträglich berichtet wird, am Freitag, ein bei der Firma Deutscher Eisenhandel, Havens, auf dem Neubau Wälsinger, Saarbrücker Straße beschäftigter Eisenkonstruktionsarbeiter beim Transportieren großer Eisenträger eine Etage ab und schlug auf untenliegende Träger auf, wobei er sich schwere innere Verletzungen zuzog. In einer Drohsche mußte er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Da bei der Firma mit ganz wenigen Ausnahmen alle Arbeiter unorganisiert sind und sich darum auch nicht an dem gegenwärtigen Streik beteiligen, zeigen sie auch für die Durchführung der Infallberühungsvorschriften kein Interesse.

Eine dreiste Telephonstrolchlerin brandschakt seit einigen Tagen hiesige größere Fabriken. Die Gaunerin, ein etwa 20jähriges Mädchen, ruft telephonisch in den Fabriken an, gibt sich als eine dort beschäftigte Arbeiterin aus und bittet um Vorlauf, da ihre Mutter plötzlich gestorben und sie nun in der größten Notlage sei. Sie werde einen Woten schicken, der das Geld abhole. Kurz darauf erscheint dann ein Anabe in der Fabrik, der von der angeblichen Arbeiterin geschickt worden ist. Da die Angelegenheit stets sehr dringend und eilig behandelt wird, so wird zumeist nicht kontrolliert, ob die Angaben des Mädchens auf Wahrheit beruhen und so glückt der Betrügerin ihr Trick in den meisten Fällen. Das Geschäft muß sich sehr gut rentieren, denn die Gaunerin tritt sehr elegant geputzt auf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabendnachmittag beim Bau eines Fliegergeschwaders auf dem Flugplatz in Johannisthal. Beim Umlaufen eines 5 Meter hohen Torres überschlug dasselbe. Den Zimmermann Paul Klatte, Rüdigerbergstr. 20 wohnhaft, traf das schwere Tor so unglücklich, daß er außer anderen Verletzungen einen Bruch des Rückgrates erlitt. Im Krankenhaus Friedrichshagen fand er in sehr bedenklichem Zustande Aufnahme.

Von einer Straßbahnwagen wurde am Montag mittag gegen 12 1/2 Uhr an der Ecke der Potsdamer- und Linienstraße der 31jährige Arbeiter Karl Faber, Große Hamburger Str. 88 wohnhaft, angefahren. Er wollte mit einem Handwagen kurz vor dem Waggon die Schienen passieren, wurde jedoch von dem Vorderperron erfasst und zu Boden geschleudert. Man schaffte den Verunglückten zur nahegelegenen Unfallstation, wo der Arzt feststellte, daß Faber Querschnitten am linken Arm und am Rücken davongetragen hatte. Der Verunglückte konnte in seine Wohnung gebracht werden.

Lieber in den Tod, als in das Gefängnis ging der 23 Jahre alte Schneidergeselle Gustav Schulz aus der Lottumstraße 16. Der junge Mann hatte sich an kleinen Kindern vergangen und war dafür zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. Zur Verbüßung dieser Strafe sollte er am Sonntag Morgen von zwei Kriminalbeamten aus seiner Schlafstelle, die er erst seit acht Tagen bewohnte, abgeholt werden, weil er sich ihr bisher stets entzogen hatte. Als die Beamten um 5 1/2 Uhr morgens seine Stube betraten, lag er noch im Bett. Er übersah sofort, um was es sich handelte, ergriff seinen Revolver, den er unter dem Kopfkissen liegen hatte, schoß sich eine Kugel in die Brust und war sofort tot.

Radrennen auf der Olympia-Bahn, 28. Mai. Die vom besten Wetter begünstigten Rennen waren sehr gut besucht und brachten folgende Ergebnisse: Hauptfahren. 1200 Meter 100, 75, 50, 30 M. Endlauf: 1. Walter Kütt, 2. Bruno Wegener, 3. A. Großmann, 4. Eugen Stabe. Ueberlegen gewonnen. 64 Fahrer in den acht Vorläufen tätig, von denen je die beiden ersten vier Zwischenläufe bestritten, deren Sieger in den Endlauf kommen. — Großer Olympia-Preis. Dauerrennen mit Motorführung über 100 Kilometer. 2000, 1200, 1000, 700, 500 M. 1. Albert Schippe-Berlin in 1 Std. 20 Min. 46 Sek.; 2. E. Niquel-Paris 1400 Meter; 3. Fern. Ryzhremel-Berlin 2000 Meter; 4. Actur Stellbrin-Berlin, weit zurück; 5. John Stol-Amsterdam, beim 75. Kilometer aufgegeben. Stellbrin und Stol hatten gleich von Anfang an Rad- und Motorfahrad zu leiden, wenn sie auch zeitweise gut fuhren, so vermochten sie doch nicht, das verlorenen Terrain wieder aufzubringen. Bis zum 50. Kilometer war der Franzose Niquel an erster Stelle, dann wurde er von Schippe überholt, der ihm noch 3/4 Stunden abnahm. Schippe fährt eine Ehrenrunde, an der auch Niquel teilnimmt.

Vorgabefahren. 1000 Meter. 60, 40, 30, 20, 10 M. Endlauf: 1. Paakebusch (110 Meter Vorgabe), 2. Wegener (10), 3. Hildebrandt (130), 4. Gemmel (115), 5. Ehler (130); außerdem nicht placiert sieben Fahrer. Vier Vorläufe, an denen 69 Fahrer teilnahmen, unter ihnen Kütt als Mannmann, der jedoch unplatziert endete.

50 Kilometer-Rennen mit Motorführung. 600, 400, 300, 200 M. 1. Max Grilla-Berlin in 37 Min. 57 Sek.; 2. Walter Ebert-Weipzig, 300 Meter; 3. Paul Thomas-Breslau, 7300 Meter; 4. Feig Thybus-Oranienburg a. O. weit zurück. Spannender Kampf zwischen Grilla und Ebert, der sich nicht überwinden läßt und zuletzt noch etwas aufholt. Thomas und Thybus blieben von Anfang an zurück. Die Zeiten dieses 50 Kilometer-Laufes sind besser als die im Großen Olympia-Preis. Die Rennen verliefen ohne Unfälle.

Unter dem Namen „Luisenstädtischer Männerchor“ haben sich die Vereine „Friedrichstädtischer Männerchor“ und „Sorgenfrei“ zusammengeschlossen. Die Übungsstunde findet Dienstags, abends von 9 bis 11 Uhr, bei Meyer, Drantzenstr. 103, statt.

Wer ist der Tote? Die Leiche eines circa 40jährigen Mannes ist an der Ostendter Brücke über die Havel bei Potsdam angeschwemmt worden. Papiere oder andere Anhaltspunkte zur Identifizierung fehlen. Er war etwa 1,70 Meter groß, kräftige Statur, rötlich, kurz geschorenes Haar und trug einen dunklen Jodetanzug.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 5. April d. J. in der Ritterstraße vor den Häusern Nr. 50 und 51 ein Arbeiter, der einen zweirädrigen Wagen vor sich her schob, von einem Straßenbahnwagen der Linie 94 erfasst und umgefahren wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Julius Wilm, Hollmannstraße 34, gebeten.

## Vorort-Nachrichten.

### Steglitz.

Eine Anstalts- und Fürsorgeanstalt zur Bekämpfung der Tuberkulose ist in dem Hause Südendstraße 55 eröffnet worden. Sie steht unter der ärztlichen Leitung des Herrn Dr. med. Lüders und umfasst ein Aufnahmezimmer, ein Wartezimmer, ein Untersuchungszimmer nebst Laboratorium, ein Schweitzsternzimmer und die nötigen Nebenräume. Das vom hiesigen Vaterländischen Frauenverein ins Leben gerufene und verwaltete Unternehmen wird von der Gemeinde subventioniert. Obgleich uns die Fürsorgeanstalt als kommunale Einrichtung sympathischer gewesen wäre — wie von unseren Gemeindeverordneten schon bei Bewilligung der Subvention ausgeführt wurde —, so ist sie doch im Interesse der Volksgesundheit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft, die ja der Tuberkulose die große Zahl der Opfer bringen muß, zu begrüßen. — In der Anstalts- und Fürsorgeanstalt werden Lungenerkrankte und lungenerkrankte Verdächtige unentgeltlich untersucht und in Fürsorge genommen. Den Familienangehörigen werden Verwaltungsmassregeln für den eigenen Schutz, für den Umgang mit den Kranken, für Sauberkeit und Lüftung der Wohnung eingeprägt und ihre Befolgung von Schwestern der Anstalt kontrolliert. Besonders bedürftige Kranke, denen es an kräftiger Nahrung fehlt, werden durch die Mittagessen-Ausgabe des Vereins unterstützt. Wenn es der Arzt für nötig hält, wird für Unterbringung der Kranken in einer Heilstätte gesorgt. Die ärztlichen Sprechstunden für männliche Patienten sind Dienstags von 12 bis 1 Uhr, für Frauen und Kinder Freitags von 12 bis 1 Uhr.

### Wilmerdorf.

Bei der am Sonntag, den 28. Mai, stattgefundenen Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer für den Stadtkreis Wilmerdorf wurden für die Kandidaten der Gewerkschaftsunterkommission 554 Stimmen geteilt abgegeben. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Bei der Wahl vor drei Jahren betrug die Stimmenzahl 423.

### Lankwitz.

Ungültige Gebührengordnung. Der Architekt Jäger war auf Grund der Lankwitzer Gebührengordnung zu Kanalanschlussgebühren herangezogen worden. Er klagte aus verschiedenen Gründen gegen den Gemeindevorstand auf Freistellung. Das Oberverwaltungsgericht erkannte am 23. Mai zu seinen Gunsten, indem es die Gebührengordnung mit folgender Begründung für ungültig erklärte: Ein Fehler der Gebührengordnung sei schon der, daß danach die Gebühr schon verlangt werden könne, sobald der Antrag auf Anschluß gestellt sei. Eine Benutzung sei die Voraussetzung. — Ungültig sei ferner — und das mache die ganze Ordnung ungültig — die Bestimmung, wonach bei unbedauten Grundstücken die Gebühren sich nach dem gemeinen Wert richten sollten. Der gemeine Wert sei ein völlig ungenügender Maßstab. Deshalb sei diese Bestimmung hinfallig. Sie stehe aber in innigem Zusammenhange mit den ganzen anderen Bestimmungen der Gebührengordnung. Somit werde die ganze Gebührengordnung durch die Ungültigkeit der Bestimmung ungültig.

### Friedenan.

Als eine blumige Irreführung der Deffenlichkeit muß eine Notiz des hiesigen Lokalblätchens: „Die Mustergemeinde“ bezeichneter werden. Es wird darin auf Schöneberg exemplifiziert, das unsere Spiegher, indem es in verschiedenen Fragen sozialpolitischer Art den dringendsten Bedürfnissen der Zeit etwas mehr Verständnis entgegenbringt als sie selbst, in tiefer Seele verhaßt ist. Die kürzlich im „Gesellschaftshaus des Westens“ abgehaltene Versammlung der Gemeindeglieder, die den jetzt von der Stadt Schöneberg bezahlten Anfangslohn von 3,75 M. als viel zu niedrig bezeichnete und im allgemeinen über die Behandlung von Arbeiterfragen durch die städtischen Behörden Klage führte, wird einer gewissen Seite (gemeint sind unsere Genossen in der Gemeindevertretung), die immer über die schlechte Bezahlung sowie Behandlung der Gemeindeglieder in Friedenau klagt, vor Augen geführt. Nach diesen Auslassungen muß der Uneingeweihte annehmen, die Gemeinde Friedenau bezahle ihre Arbeiter halbwegs anständig. Sind die Schöneberger Löhne verbesserungsbedürftig, so sind es die Friedenauer in noch weit erheblicherem Maße. Nach dem Vorschlag für 1911 beträgt der Durchschnittslohn für die Arbeiter der Tiefbauabteilung 3,88 M. täglich, für die Arbeiter der Straßenreinigung, abzüglich der Sonntags- und Ueberstundenarbeit, 3,45 M. Berücksichtigt man hierbei, daß dies den Durchschnittslohn darstellt, so kann man sich, wenn man annimmt, daß ein Teil der Arbeiter schon mehrere Jahre beschäftigt ist und infolgedessen einen höheren Lohn bezieht, ein Bild davon machen, wie erbärmlich niedrig der Anfangslohn in Friedenau ist und wie weit er noch hinter dem der so schlecht zahlenden Stadt Schöneberg zurückbleibt. Ueber die Behandlung der Arbeiter und ihrer Angelegenheiten läßt das Verhalten des Gemeindevorstandes sowie der Gemeindevertretung keinen Zweifel aufkommen. Gerechtigkeit stelle ich über alles, sprach der Bürgermeister Herr Walger. Ein jeder Arbeiter kann seine Beschwerden bei mir vorbringen. Darum ist ein Arbeiterauschuss unzulässig. Ein Arbeiter, der es versuchte, konnte wohl seine Klagen vorbringen, als man ihn angehört hatte, wurde er entlassen. In der Gartenbauverwaltung wurde kürzlich einem 73jährigen Arbeiter der Wochenlohn von 21 M. auf 16 M. herabgesetzt. Dem „Friedenauer Lokalanzeiger“ sind die Lohnverhältnisse sowie die Art der Behandlung von Arbeiterangelegenheiten genau bekannt, es gebührt daher ein gut Teil Dreistigkeit, eine solche Notiz zu veröffentlichen.

### Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Einer neuen Hundesteuerordnung sowie einer Polizeiverordnung über das Halten von Hunden wurde zugestimmt. Die Steuer für einen Hund beträgt jährlich 20 M. Für Hundezüchter kann ein Pauschalbetrag festgesetzt werden. Von der Steuer befreit sind: Hunde, die zur Bewachung oder zu einem Gewerbe unentbehrlich sind; Hunde tauber oder blinder Personen, die derselben zu ihrer persönlichen Sicherheit bedürfen; Hunde solcher Personen, deren Jahreseinkommen unter 900 M. beträgt und die Hunde zur Ausübung eines Gewerbes benutzen. Steuerfreie Hunde dürfen auf den Straßen nicht frei herumlaufen. Wichtige Hunde müssen mit einem Auslauf versehen sein. In öffentlichen Anlagen müssen die Hunde an der Leine geführt werden. Auf dem Wochenmarkt und in Geschäften, in denen Lebensmittel feilgehalten werden, dürfen Hunde nicht mitgebracht werden. Die Inhaber solcher Geschäfte machen sich strafbar, wenn sie die Nahrungsmittel vor dem Laden so aufstellen, daß diese von den Hunden verunreinigt werden können. — Zu dem Erlaß einer neuen Grundstücksumschlagsteuer bemerkte Bürgermeister Dr. Stiller: Es empfiehlt sich die Annahme einer Steuerordnung, die es ermöglicht, alles zu treffen, was in Betracht kommt, auch die Schiedungen und verschleierten Eigentumsübergänge. Der Gemeindevorstand schlägt vor, den Satz für bebauete Grundstücke auf 1 Proz. zu belassen, für unbedauete aber von 1 1/2 Proz. auf 2 Proz. zu erhöhen. Der Vorschlag des Vorstandes wurde angenommen. Die Genossen Barth und Sonnenburg wandten sich entschieden gegen die Steuerfreiheit der Krone und deren Familienmitglieder, des Fiskus und der Kirche. Wegen die Stimmen unserer Genossen wurde jedoch diesen Privilegien zugestimmt. — Für den Fürsorge-Erziehungstag wurde ein Jahresbeitrag von 20 M. bewilligt. Genosse Sonnenburg gab unter Zustimmung seiner Freunde dem Wunsche Ausdruck, daß der Erziehungstag darauf hinwirken möge, daß Fürsorgewesen einer gründlichen Reform zu unterziehen und nach pädagogischen und philanthropischen Grundsätzen umzugestalten. — Ein Vermächtnis der verstorbenen Witwe Federhart in Höhe von 2000 M. zum Besten der freiwilligen Feuerwehr wurde angenommen und der Betrag der Unterstützungskasse der Feuerwehr überwiesen. — Ein Antrag des Schöffen Dr. Wallburg, die übrigen Punkte der öffentlichen Sitzung zu vertragen und eine geheime Sitzung folgen zu lassen, wurde vom Genossen Sonnenburg heftig bekämpft. Die Debatte über die Grundzüge zum Wohltätigkeitsfonds sei unerlässlich, da der am 1. Pfingstfeiertag arrangierte Blumentag hiermit wohl eng im Zusammenhang stehe. Der Bürgermeister empfahl ebenfalls den Vertragen. Der Ertrag des Blumentages sei ausschließlich zum Besten der Jugendpflege bestimmt und soll nicht dem allgemeinen Wohltätigkeitsfonds zufließen. Genosse Sonnenburg erwiderte nochmals um Erledigung der Tagesordnung mit dem Hinweis, daß über den äußerst dringlichen Antrag des Wahlvereins, des Gewerkschaftsstellens, des Arbeiterturnvereins, „Vorwärts“ und des Gesangsvereins „Männerchor“ um Errichtung einer Gemeindebadanstalt sowie über die enorme Erhöhung der Wadepreise seitens der Badenanstalt Bescheid unbedingt eine sofortige Aussprache der Vertretung erfolgen müsse. Es wurde jedoch beschlossen, die öffentliche Sitzung auf Mittwoch, den 31. Mai, zu vertragen. — In der darauffolgenden geheimen Sitzung nahm die Vertretung Stellung zu dem Vertrag zwischen der Gemeinde und der Stadt Köpenick wegen Lieferung von Elektrizität. Der Verlauf der Verhandlungen ergab ein befriedigendes Resultat, so daß eine Verständigung mit Köpenick in Aussicht steht. Bei der Einführung von Elektrizität handelt es sich zunächst um bestimmte Ortsteile. Die Versorgung weiterer Wohnorte mit elektrischer Energie bedarf der Genehmigung der Gemeinde Friedrichshagen. Erfolgt dieselbe, ist Köpenick zur Stromlieferung verpflichtet. — In der Sitzung am 31. Mai steht in geheimer Sitzung der Vertrag nochmals zur Beratung.

### Ober-Schöneweide.

Ein frecher Streich wurde am Sonnabendnachmittag hier verübt. Als der Kohlenhändler Kr. seine Kunden besorgte, sprangen plötzlich zwei Burschen auf das Fuhrwerk und jagten davon. Passanten, die das Fuhrwerk launten, machten dem Besten sofort Mitteilung. Die Spur ging nach Kummelsburg. Vater und Sohn fuhren sofort nach. Durch Hilfeleistung eines Stadtfahrers wurde das Fuhrwerk am Bahnhof Kummelsburg angehalten und dem Besten wieder übergeben. Die Spitzbuben sind entkommen.

### Zenthen.

Die Gemeindevertreterwahl in der 3. Klasse findet heute abend von 6 bis 8 Uhr statt. Wir erlauben die Wähler dieser Klasse, dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten, Zimmerer Karl Kalies ihre Stimme zu geben. Wenn jeder, dem eine Verbesserung der kommunalen Verhältnisse des Orts am Herzen liegt, nach Kräften für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten agitiert, so muß derselbe als Sieger hervorgehen.

### Vorhagen-Kummelsburg.

Von mangelhafter Gesetzeskenntnis zeugt das Verhalten eines Schuhmannes, über das uns folgendes berichtet wird. Am gestrigen Montag saßen die Wahlen zum Gewerbegericht. Dazu wurden von der Gewerkschaftskommission, Abteilung Vichtenberg-Kummelsburg, Flugblätter, die zur Wahl auffordern, vor den in Frage kommenden Betrieben verteilt. Raum halten zwei Kollegen am Freitag früh 5 Uhr vor dem Kohlenwerk Alt-Vorhagen angefangen

mit dieser Tätigkeit, als ein schon älterer Schuhmann an dieselben herantrat und sie nach Durchlesen eines solchenzettels fragte, ob sie die Erlaubnis dazu hätten. Es wurde ihm erklärt, daß eine solche hierzu nicht notwendig, da es ja eine öffentliche Wahl sei. Doch der Beamte verlangte eine Legitimation, die Angabe der Adresse eines Kollegen genüge ihm nicht, und er forderte ihn nun auf, mit zur Wache nach der Seumeistraße zu gehen. Dort angekommen, las der Wachtmeister das Flugblatt durch; dann verschwand beide in einem Nebenraum. Nach einer kurzen Zeit wurde dem Kollegen erklärt, daß er wieder gehen könne. Auf die Frage des Kollegen, was nun sei, erklärte der Schuhmann: „Ihre Adresse werde ich hier behalten.“

Man sollte es nicht für möglich halten, daß Beamte so wenig über ihre Dienstpflicht unterrichtet sind. Arbeiter, die aus Unkenntnis den Befehlen zuwiderhandeln, werden bestraft, doch ein preußischer Schuhmann ist dem Befehle gegenüber vogelfrei.

Auf einem Leitergerüst schwer verunglückt ist der 15 Jahre alte Malerlehrling Will Lehmann aus der Neuen Bahnhofsstr. 24. Der junge Mann trat bei der Arbeit fehl, stürzte in die Tiefe und verletzte sich so schwer, daß er auf dem Bürgersteig bestimmungslos liegen blieb. Man brachte den Verunglückten nach dem Krankenhaus in Duxow, wo er sehr bedenklich danieder liegt.

### Karlshorst.

„Politische Wetterzeichen vor dem Wasserkrieg“, so lautete das Thema, über welches Genosse Reichstagsabgeordneter Adolf Gerd am Sonntag vor gut besuchter Versammlung sprach. Die Zeit der Abrechnung, betonte Redner, sei gekommen. Denn das, was sich gerade jetzt die Mehrheit im Reichstage am Volksentscheid leisten, überhaupt, was der Hottentotten-Reichstag sonst auf dem Kerbholz habe, müsse den Wählern mit einem entscheidenden „Bis hierher und nicht weiter!“ erwidert werden. Genosse Gerd ermahnte zum Schluß um eifrige Mitarbeit, zur Stärkung unserer Reiben, dann lobte die gegnerische Koalition besiegte werden. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Genosse Epstein applaudierte im Sinne des Referenten an die Versammelten. Ferner verwies er auf die bewilligten Bekleidungsarbeiten, welche von den Arbeitern unterliegt werden müssen. Unter begeisteter Stimmung schloß die Versammlung.

### Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Dem Verkehrsverein wurde neben seinem bisherigen jährlichen Beitrag von 1000 M. ein außerordentlicher Zuschuß von 1200 M. gewährt. Gelegentlich der Anlage eines Zeichensaales und der Verwandlung der Rektorwohnung in zwei Klassen in der Gemeindechule in der Margaretenstraße regie der Stadt. Diese an, bei diesem Umbau die Anlage von Drausebädern für die Schulkinder mit zu berücksichtigen. So etwas kennt man in Potsdam nicht; da ist man bereits von dem benachbarten Rommels überflügelt. Die biederen Stadtväter waren zum Teil bei dieser Forderung sprachlos vor Verwunderung, der andere Teil lachte. Der Referent Stadtk. Richter glaubte, mit dem Hinweis, daß sich Stellräume dazu nicht eignen, am besten über eine solche Einrichtung hinwegzukommen; trotzdem hat der Rektor dieser Schule seine eigene Badeeinrichtung dort. Bei der Frage der Errichtung eines neuen Müllabladeparkes auf den ehemals Köfischen Wiesen bei Hermannswerder wurde die Frage der Müllverbrennung erogen, aber abgelehnt, weil sie sich für die Stadt zu teuer stellt. — Die Vorlage betreffend die Bewilligung der Kosten für den Empfang einer ausländischen Studienkommission wurde in die nichtöffentliche Sitzung verlegt. Die Mitte nächsten Monats die Reichshauptstadt besuchende türkische Studienkommission soll hier von Wilhelm II. empfangen werden. Die Stadt Potsdam, dieselbe Stadt, die ihren städtischen Arbeitern zum Teil einen Tagelohn von 1,70 M. zahlt, will hier wieder auf Stadtkosten für einen würdigen Empfang sorgen.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (C. D. 71.) Heute abend 9 Uhr im Restaurant Jadenstr. 18/19: Sitzung.

## Eingegangene Druckschriften.

Märztrieb. Von R. Serou. 4 M. — Städte und Sterne. Von R. Frey. 2 M. — Ein Mann. Von D. Kemmner. 4 M. Ged. 5 M. — Jäbinnen. Roman von R. Prod. 4 M. — Das Haus an der Bernabrücke. Von F. Palm. 2 M., geb. 3 M. H. Jander, Charlottenburg, Schellstr. 11. — Mehr Geschäftsbericht des Arbeiterssekretariats Kraus 1910. 24 S. Selbstverlag. — Die letzte Episode der französischen Revolution (Grazius Babus). Von Ernest Belfort Day (in englischer Sprache). Geb. 6 Sch. Grant Richards Ed. London. — Ueber Notwendigkeit der Ausbildung der Lehrer in Gesundheitspflege. Von Dr. G. Deubischer. 50 Bl. — Welche Mittelschulbildung ist für das Studium der Medizin wünschenswert? Von Dr. J. v. Müller. 50 Bl. — Die Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Schulhygiene, der Erziehung und des ersten Unterrichtes. Von E. Dillhoff. 1,60 M. — Natur-Paradoxe. Von Dr. I. Schiffer. 3 M. H. G. Teubner, Leipzig. — Thomas und Fritz Watter und Theodor Agrippa d'Anagnin Lebensbeschreibung. Von D. Fischer. 2 M. H. W. Köhler, München. — Rührer's Bücherkatalog. 777 Prospekte und Gertrudes Schicksale. Roman von H. Hermann. — 778. Die kleine Frau. Roman von D. v. d. Landen. — 779. Das Geheimnis. Roman von Th. Kropf. Einzelh. 20 M. O. Müller, Berlin.

Marktpreise von Berlin am 27. Mai 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Getreide, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00, Speisebohnen, weiße 30,00—50,00, Wint. 30,00—50,00, Kartoffeln 6,00—9,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40, Rindfleisch, Rindfleisch 1,20 bis 1,70, Schweinefleisch 1,20—1,90, Kalbfleisch 1,40—2,50, Hammelfleisch 1,40—2,20, Butter 2,20—2,80, 60 Stück Eier 2,50—4,40, 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,00, Kote 1,40—3,00, Hender 1,40—3,20, Hühner 1,20 bis 2,80, Parke 0,80—2,00, Schafe 1,20—3,40, Fische 0,80—1,60, 60 Stück Straße 2,00—36,00.

### Wasserkunde-Wachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserkunde	am 28. 5.	am 27. 5.	Wasserkunde	am 28. 5.	am 27. 5.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	133	+1	Seale, Großh.	104	+18
Bregel, Jüterburg	-38	-8	Qascl, Spandan	42	-6
Briegel, Thorn	214	+29	Katzenom	82	-6
Ober, Rathoe	266	-22	Spree, Ehrenberg	78	-2
• Kronen	254	+20	Reckow	71	+3
• Frankfurt	220	+18	Beser, Rindon	-80	+3
Wartze, Schömm	55	+5	Rindon	-10	-2
• Landsberg	31	+7	Rhein, Marienland	454	-4
Rege, Barchann	6	-4	Raub	241	-6
Elde, Leitnerr	14	-40	Rönn	228	-10
• Dresden	-82	-12	Redar, Weißbrom	62	-13
• Barch	196	-13	Rain, Berthelm	-	-
• Rugeburg	162	-16	Wojel, Trier	43	-2

) + bedeutet Sturz, — Fall, — ?) Unterpegel.

### Witterungsübersicht vom 29. Mai 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Swandau	769,00	2	Weller	14	4	Qasow	769,00	4	Weller	11	11
Candurg	768,00	3	Weller	17	15	Wetterburg	772,00	1	Weller	15	15
Berlin	767,00	4	Weller	19	16	Scilly	765,00	1	Weller	16	16
Frank a R.	762,00	4	Weller	18	16	Chersee	773,00	1	Weller	14	14
Randow	761,00	4	Weller	16	16	Wartze	763,00	2	Weller	17	17
Wien	764,00	4	Weller	16	16						

Wetterprognose für Dienstag, den 30. Mai 1911. Die Nacht wird am Tage warm bei ziemlich lebhaften Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.